

# **Arbeitspapiere**

zu Problemen  
der Internationalen Politik  
und der Entwicklungsländerforschung

---



**Katharina Konarek**

**Die Fatah –  
Die Determinanten der Transformation zu einer  
politischen Bewegung**

**Nr. 56/2009**

---

LEHREINHEIT PROF. DR. MIR A. FERDOWSI

---

Geschwister-Scholl-Institut  
für Politische Wissenschaft der  
Ludwig-Maximilians-Universität München

**Herausgeber: Mir A. Ferdowsi und Peter J. Opitz**

**Katharina Konarek**

**Die Fatah –  
Die Determinanten der Transformation zu einer politischen  
Bewegung**

**Nr. 56/2009**

Die vorliegende Untersuchung ist die überarbeitete Fassung einer im Oktober 2008 bei Prof. Dr. Mir A. Ferdowsi am GSI der LMU München eingereichten Magisterarbeit.

ISSN 1861-6437

**Oettingenstraße 67, 80538 München, Telefon (089) 2180-9094/9099**

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	S. 4
1.1 Problemhintergrund und politikwissenschaftliche Relevanz .....	S. 4
1.2 Forschungsstand und Quellenlage .....	S. 6
1.3 Leitfrage und Hypothese .....	S. 9
1.4 Vorgehensweise .....	S. 9
2. Die Entstehung der Fatah.....	S. 11
2.1 Die politischen Ziele und die Organisation.....	S. 11
2.2 Yasir Arafat als Gründungsvater.....	S. 15
2.3 Der bewaffnete Kampf.....	S. 18
2.4 Die Übernahme der Führung in der PLO .....	S. 26
2.5 Fazit .....	S. 34
3. Einflussfaktoren der Transformation.....	S. 35
3.1 Der ausbleibende militärische Erfolg .....	S. 35
3.1.1 Der Schwarze September und die Vertreibung aus Jordanien.....	S. 35
3.1.2 Strategiewechsel auf der 12. PNR-Tagung nach dem Oktoberkrieg .....	S. 42
3.1.3 Die Niederlage im Libanon 1982.....	S. 48
3.1.4 Die erste Intifada .....	S. 56
3.1.5 Fazit .....	S. 61
3.2 Die politische Isolation.....	S. 63
3.2.1 Der israelisch-ägyptische Frieden in Camp David.....	S. 63
3.2.2 Die Konkurrenz aus der eigenen Gemeinschaft: Die Hamas .....	S. 66
3.2.3 Die Parteinahme für Saddam Hussein in Kuwait.....	S. 70
3.2.4 Fazit .....	S. 76
4. Zusammenfassende Betrachtung und Ausblick.....	S. 77
Literaturverzeichnis .....	S. 81

## 1. Einleitung

### 1.1 Problemhintergrund und politikwissenschaftliche Relevanz

„Mr. Prime Minister, [...] the PLO commits itself to the Middle East peace process and to a peaceful resolution of the conflict [...] and declares that all outstanding issues [...] will be resolved through negotiations. [...] Accordingly the PLO renounces the use of terrorism and other acts of violence.“<sup>1</sup>

Mit diesen Worten, in einem Briefwechsel an den israelischen Premierminister Yitzhak Rabin gerichtet, schaffte Yasir Arafat als Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) am 3. September 1993 die Grundlage für eine gegenseitige Anerkennung und für die Unterzeichnung der „Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements“ (DoP). Dieses so genannte Gaza-Jericho-Abkommen war auf insgesamt 11 Geheimgesprächen zwischen Vertretern der PLO und Israel im norwegischen Oslo erarbeitet worden und beschrieb erste Schritte zur friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts, darunter auch grobe Richtlinien für eine palästinensische Teilautonomie im Gazastreifen sowie der Stadt Jericho.<sup>2</sup> Im Konflikt um Land, Wasser, Flüchtlinge und die Stadt Jerusalem setzte Arafat damit auf Diplomatie und friedliche Verhandlungen. Das scheint geradezu paradox: Denn Yasir Arafat war nicht nur PLO-Vorsitzender, sondern auch Mitbegründer und zentrale Führungspersönlichkeit der „Fatah“, einer Bewegung, die zunächst nur im bewaffneten Kampf das geeignete Mittel zur Durchsetzung der palästinensischen Interessen sah. Gegründet wurde die Fatah 1959 von einer Gruppe ehemaliger palästinensischer Aktivisten der Kairoer Studentenunion um den Ingenieur Yasir Arafat in Kuwait.

Das Wort „Fatah“ ist das umgekehrte Akronym des arabischen Ausdrucks „Harakat at-Tahrir al-Filastini“, der „Bewegung der palästinensischen Befreiung.“ Von vorne gelesen bedeuten diese Buchstaben „Tod“. Von rückwärts gelesen ergeben sie das Wort „Eroberung“ oder „Öffnung“, „Fatah“, das auch die 48. Koransure, die „Surat al-Fatah“, betitelt und das ursprüngliche Interesse der Bewegung deutlich macht. Nach dem Vorbild der algerischen Revolutionsgruppe „Front de Libération Nationale“ (FLN), die nach einem blutigen achtjährigen Krieg im Juli 1962 die Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich erreichte, beschlossen die Fatah-Gründer weder eine Partei noch eine Vereinigung ins Leben zu rufen, sondern vielmehr eine Bewegung mit all ihren dynamischen Folgen. Ziel dieser Bewegung war es, ganz Palästina – im Sinne der Grenzen, die es zur Zeit des britischen Mandats gehabt hatte – zu befreien. Denn 1948 nach Ende der britischen Mandatszeit und der israelischen Staatsgrün-

<sup>1</sup> Letter from Yasser Arafat to Prime Minister Rabin, 9 September 1993, Washington D.C., <http://www.jmcc.org/research/series/dop.html> [Zugriff: 2.10.2008].

<sup>2</sup> Zu den Geheimverhandlungen von Oslo, ihren Ergebnissen und Auswirkungen mit besonderem Augenmerk auf die PLO vgl. u.a. R. Rothstein / M. Ma'oz / K. Shikaki, 2002: *The Israeli-Palestinian peace process. Oslo and the lessons of failure. Perspectives, predicaments and prospects*, Brighton: Sussex Academic Press; N. Parsons, 2005: *The politics of the Palestinian Authority. From Oslo to al-Aqsa*, New York: Taylor and Francis Group; U. Steinbach, 1994: *Das Gaza-Jericho-Abkommen. Wegmarke im Friedensprozeß*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 21-22/1994, S. 3 - 14.

dung war Palästina geteilt und rund 700 000 Palästinenser<sup>3</sup> aus dem neuen israelischen Staatsgebiet zwischen Mittelmeer, Golanhöhen, Westjordanland und der Sinai-Halbinsel vertrieben worden. Mit der Rückeroberung dieses Gebiets und der Gründung eines palästinensischen Staates dort wollte die Fatah diese „Nakba“, diese „Katastrophe“ der Vertreibung der Palästinenser wieder gutmachen.

Dabei trat sie in Konkurrenz zum damals in der arabischen Welt dominierenden arabischen Nationalismus, dem „Panarabismus“, der vor allem vom ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser propagiert wurde. Während die Panarabisten eine Befreiung der Palästinenser durch die Errichtung eines arabischen Einheitsstaates erreichen wollten, setzte die Fatah mit ihrer Parole „Palästina zuerst“ auf eine selbstständige Befreiung der Palästinenser und zwar durch den bewaffneten Kampf. Dieser bewaffnete Kampf, an dem die Fatah vor allem in den 60er und 70er Jahren festhielt, war mehr als nur eine Befreiungsstrategie. Er war Motivationsmittel, Hoffnungsträger, Mobilisator und Grundpfeiler der ganzen Bewegung. Mit ihm als Strategie machte sich die Fatah zu einer bewaffneten Widerstandsgruppe und wählte den Guerillakrieg in Anlehnung an den spanischen Unabhängigkeitskrieg von der französischen Fremdherrschaft im 18. Jahrhundert als taktische Kampfform und Abwehrmittel eines kräftemäßig schwächeren Volkes gegen die Eroberer.<sup>4</sup> Durch diese Verbindung schuf die Fatah eine positive Konnotation des Begriffs „Widerstand“ und versuchte ihren Kampf so als Kampf gegen Eroberer zu legitimieren.

Mit dieser Strategie wurde die Fatah zum Vorbild vieler erst nach dem Oktoberkrieg 1967 gegründeter palästinensischer Gruppierungen wie zum Beispiel der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) oder der „Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas“ (DFLP). Doch schon ab 1974 setzte innerhalb der Fatah ein Wandel, ein Umdenken ein. Zwar wurde immer noch am Konzept des bewaffneten Kampfes festgehalten, doch engagierte sich die Bewegung verstärkt im sozialen Bereich – insbesondere in den 1967 durch Israel besetzten Gebieten im Gazastreifen und am Westufer des Jordanflusses, dem so genannten Westjordanland. Außerdem zeigte sie sich zunehmend zu diplomatischen Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung mit Israel und damit auf den Verzicht einer Befreiung ganz Palästinas bereit. Das Ganze gipfelte 1988 auf der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrates (PNR), dem höchsten Gremium der seit 1969 Fatah-dominierten PLO, mit der Ausrufung eines unabhängigen Staates Palästina, dessen Staatsgebiet nur einen Teil von Gesamtpalästina umfassen sollte und der Konflikte nur noch mit friedlichen Mitteln beilegen wollte. Das erst ermöglichte ab 1991 den so genannten Osloer Friedensprozess zwischen dem israeli-

---

<sup>3</sup> Vgl. M. Hudson, 1969: The Palestinian Arab Resistance Movement. Its significance in the Middle East Crisis, in: Middle East Journal, Vol. 23, No. 3, S. 291 – 307, S. 296.

<sup>4</sup> Zum Entstehung des Begriffs „Guerilla“ vgl. D. Schiller, 1982: Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie. Die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918 bis 1981, München: Bernhard und Graefe, S. 22 ff.

schen Premierminister Yitzhak Rabin und dem PLO-Vorsitzendem Yasir Arafat und die anschließende gegenseitige Anerkennung. Heute verdeutlicht Mahmoud Abbas als auf diplomatischer Ebene verhandelnder Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und gleichzeitig Vorsitzender des Fatah-Zentralkomitees, des zentralen Leitungsorgans der Fatah, den Wandel dieser Bewegung. Innerhalb von rund 50 Jahren hat die Fatah damit eine Transformation von einem Gewaltakteur hin zu einem politisch-diplomatisch handelnden Akteur vollzogen. Welche Faktoren diesen Wandel begünstigt haben, soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist diese Transformationsbeobachtung dabei für zwei Forschungsgebiete von Bedeutung. Erstens für den Bereich der Friedenskonsolidierung und Konfliktforschung: Denn ein entscheidender Faktor für die Konsolidierung von Frieden als Teil der Krisenprävention ist auf sicherheitspolitischer Ebene die Demilitarisierung der ehemaligen Konfliktparteien und auf politischer Ebene die Integration aller gesellschaftlich relevanten Akteure in die Nachkriegsordnung. Nun besteht der Nahost-Konflikt trotz ausgehandelter Friedensabkommen nach wie vor und die palästinensische Gesellschaft ist eher „interkonfliktär“ als „postkonfliktär“. Dennoch leisten die konkreten Erkenntnisse über die Determinanten des Wandlungsprozesses der Fatah einen Beitrag zur Beschreibung des politikwissenschaftlichen Phänomens der Befriedung eines Gewaltakteurs, wie es sich zum Beispiel auch in Nordirland bei der für eine Befreiung von der britischen Besatzung kämpfenden Irish Republican Army (IRA), bei dem in Südafrika gegen die Apartheid kämpfenden African National Congress (ANC) oder bei der für ein unabhängiges Kosovo kämpfenden „Ushtria Çlirimtare Kosoves“ (UÇK) finden lässt.

Die Kenntnis über begünstigende Faktoren des Fatah-Transformationsprozesses ist also für die Friedens- und Konfliktforschung von Nutzen – wenn auch nur bedingt durch das besondere Augenmerk auf die Region und die Umstände vor Ort.

Diese besonderen Umstände erweisen sich für die politikwissenschaftliche Forschung allerdings auch als Vorteil: Durch sie wird diese Untersuchung auch für die Nahost-Forschung relevant. Selbst wenn sich die säkulare Fatah nur schwer mit der religiös-nationalistischen Hamas vergleichen lässt, geben die Erkenntnisse über begünstigende Determinanten der Transformation erste Anhaltspunkte darüber, wie die Hamas zu einer Abkehr vom bewaffneten Kampf bewegt und in den Friedensprozess eingebunden werden kann.

## **1.2 Forschungsstand und Quellenlage**

Seit Mitte der 70er Jahre beschäftigt sich die politikwissenschaftliche Forschung verstärkt mit dem bewaffneten palästinensischen Widerstand. Besonderer Fokus liegt dabei auf der PLO.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit deren Entstehung, Zielen, Interessen, Rolle im Nahost-Konflikt und der unter ihrem Dach zusammen geschlossenen Gruppen – dabei vor allem mit der Fatah als ab 1969 dominierende Kraft – findet sich unter anderem bei Helga Baumgarten<sup>5</sup>, Helena Cobban<sup>6</sup>, Abdallah Frangi<sup>7</sup>, Andrew Gowers und Tony Walkers<sup>8</sup>, Alan Hart<sup>9</sup> und Yezid Sayigh<sup>10</sup>. Mit der ersten Intifada 1987 und dem Osloer Prozess wandte sich die Forschung dann verstärkt der durch die Fatah initiierten Abkehr der PLO vom bewaffneten Kampf und dem einsetzenden Transformationsprozess zu.

Dass sich ein solcher Wandel innerhalb der PLO und damit auch innerhalb der Fatah zwischen 1970 und 1993 vollzogen hat, darüber ist man sich in der politikwissenschaftlichen Forschung einig. Deshalb stand bei den ersten Untersuchungen vor allem die Frage im Vordergrund, wann genau dieser Wandel eingesetzt hat: Unter den Wissenschaftlern wurden dabei vier Zeitpunkte diskutiert: 1970/71 nachdem die palästinensischen Widerstandsgruppen aus Jordanien vertrieben wurden, wie es unter anderem Alain Gresch oder Mohammed Nasser vertreten, 1974 mit der Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertreterin der Palästinenser durch die Vereinten Nationen und die arabischen Staaten, wie Helga Baumgarten annimmt, 1982 nach der palästinensischen Niederlage im Libanon, wie es unter anderem Yezid Sayigh erklärt, oder erst 1987 mit dem Ausbruch der ersten Intifada, was unter anderem Emile Nakhleh und Hanan Ashrawi annehmen<sup>11</sup>. Heute ist man sich in der politikwissenschaftlichen Forschung einig, dass durch die Prozesshaftigkeit des Wandels kein einzelner Zeitpunkt festgelegt werden kann, sondern dass alle vier diskutierten entscheidende Einschnitte darstellen, die den Prozess wesentlich beeinflusst haben.

Generelles Manko der meisten Studien, die sich mit dem Wandlungsprozess des palästinensischen Widerstandes und der PLO beschäftigen, ist die fehlende transformationstheoretische Grundlage. Oft werden in diesen Studien deshalb nur Teilaspekte des Wandels, wie zum Beispiel die Erschließung neuer Finanzquellen, oder nur ein kurzer Zeitraum, wie zum Beispiel die Entwicklung der PLO während der Intifada, betrachtet.<sup>12</sup> Dieser Mangel ist auf

<sup>5</sup> H. Baumgarten, 1991: Palästina. Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

<sup>6</sup> H. Cobban, 1984: The Palestinian Liberation Organization. People, power and politics, New York: Cambridge University Press.

<sup>7</sup> A. Frangi, 1982: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a. M.: Fischer.

<sup>8</sup> A. Gowers / T. Walker, 1994: Arafat. Hinter dem Mythos, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

<sup>9</sup> A. Hart, 1987: Arafat. Terrorist or Peacemaker, London: Sidgwick and Jackson.

<sup>10</sup> Y. Sayigh, 1997a: Armed struggle and the search for state. The Palestinian National Movement 1949 - 1993, Oxford: Clarendon Press.

<sup>11</sup> Vgl. u. a. A. Gresch, 1985: The PLO. The struggle within. Towards an independent Palestinian state, London: Zed Books; M. S. Nasser, 1985: PLO. Theorie und Praxis. Versuch einer kritischen Analyse, Frankfurt a. M.: Verlag für akademische Schriften; H. Baumgarten, 2002: Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München: Ullstein; Y. Sayigh, 1989: Struggle within, struggle without. The transformation of the PLO politics since 1982, in: International Affairs, Vol. 65, No. 2, S. 247 - 271; H. Ashrawi, 1995: This side of peace. A personal account, New York: Simon and Schuster; E. Nakhleh, 1988: The West Bank and Gaza. Twenty Years later, in: Middle East Journal, Vol. 42, No. 2, S. 209 - 226.

<sup>12</sup> Vgl. u.a. N. Livingstone / D. Halevy, 1990: Inside the PLO. Covert units, secret funds and the

eine bis heute in der Politikwissenschaft fehlende Theorie über die Befriedung von Gewaltakteuren zurückzuführen. Zwar wurde in der Vergleichenden Politikwissenschaft in den frühen 90er Jahren das empirische Phänomen einer „dritten Welle“ der Demokratisierung, im Zuge derer vor allem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion viele Länder in Osteuropa einen Systemwechsel vollzogen haben, konzeptionell in Form der modernen Transformationsforschung aufgearbeitet. Deshalb beschäftigt sich diese Transformationsforschung aber bisher auch vorwiegend mit Demokratisierungsprozessen und diese begünstigende oder hemmende Faktoren. Dafür bestehen erste theoretische Ansätze.<sup>13</sup>

Im Bezug auf den Wandlungsprozess vom Krieg zum Frieden, zu dem auch die Befriedung eines Gewaltakteurs gehört, weist die heutige Transformationsforschung allerdings eine konzeptionelle Lücke auf. Hier findet sich bisher kein theoretischer Ansatz, mit dem sich dieses empirische Phänomen vergleichend untersuchen und allgemein beschreiben lässt.<sup>14</sup>

Neben einer theoretischen Grundlage ist für diese Transformationsbeobachtung auch wichtig, wie und aus welchen Interessen heraus der Akteur Entscheidungen trifft. Im Bezug auf die Fatah hat sich die politikwissenschaftliche Forschung damit bisher wenig und meist nur im Rahmen einer Untersuchung der PLO beschäftigt. Vor allem Studien aus der Entstehungszeit um 1960 haben aufgrund Fatahs anfänglicher Geheimhaltung Lücken im Bezug auf diese internen Entscheidungsprozesse.<sup>15</sup> Aktuelle Studien wie die von Anat Kurz arbeiten diesen Mangel durch die Analyse von Aufsätzen und Artikeln, die von führenden Fatah-Persönlichkeiten wie Yasir Arafat oder Salah Khalaf verfasst wurden, auf und liefern so erste Erkenntnisse über die begünstigenden Determinanten des Wandels. Durch die enge Verknüpfung der Fatah mit der PLO seit 1969 analysieren diese Studien oft auch die PLO-Beschlüsse und können dabei nachvollziehen, wie Entscheidungen innerhalb der Fatah und der PLO zu Stande gekommen sind und damit auch, welche Faktoren einen Strategiewandel beeinflusst haben.<sup>16</sup> Trotzdem besteht in der politikwissenschaftlichen Forschung momentan noch ein Defizit an Fatah-spezifischen Studien, die ihren Transformations- und Entscheidungsfindungsprozess untersuchen.

---

war against Israel and the United States, New York: Morrow; H. Cobban, 1990: The PLO and the Intifada, in: Middle East Journal, Vol. 44, No. 2, S. 208 - 233.

<sup>13</sup> Vgl. u. a. D. Collier / S. Levitsky, 1997: Democracy with adjectives. Conceptual innovation in comparative research, in: World politics, Vol. 49, S. 430 - 451; S. P. Huntington, 1991: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman: University of Oklahoma Press; W. Merkel (Hrsg.), 1994: Systemwechsel 1. Theorien. Ansätze und Konzeptionen, Opladen: Leske und Budrich.

<sup>14</sup> Vgl. V. Matthies, 1995: Der Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden. Ein vernachlässigtes Forschungsfeld, in: ders. (Hrsg.): Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung, Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS), Band 8, Bremen: Edition Temmen, S. 8 - 38.

<sup>15</sup> Vgl. u.a. E. Yaari, 1968: Al Fath's political thinking, in: New Outlook, November / December, S. 19 – 34 und ebd., 1970: Strike terror. The story of Fatah, New York: Sabra Books.

<sup>16</sup> Vgl. A. Kurz, 2005: Fatah and the politics of violence. The institutionalization of a popular struggle, Brighton: Sussex Academic Press.

Sehr gut dokumentiert sind in der Nahost-Forschung hingegen die historischen Wegmarken des Nahost-Konflikts und die Geschichte der Palästinenser, sowie der PLO, anhand dessen sich erste den Wandel bestimmende Faktoren herausarbeiten lassen. Besonders die fachspezifischen Zeitschriften wie das Middle East Journal, das Journal of Palestine Studies, der Palestine Report, die Zeitschrift Middle East Quarterly, das Palestinian Affairs oder der Middle East Contemporary Survey geben in zahlreichen Artikeln einen guten Überblick. Hier finden sich auch historische Dokumente wie die Osloer Prinzipienklärung oder die Beschlüsse einzelner Tagungen des Palästinensischen Nationalrates (PNR). Analysen über die aktuelle Entwicklung der Fatah, ihre Strukturen und Entscheidungsfindungsprozesse, meist geleitet von der Frage, ob sich die Fatah heute als eine Partei im politikwissenschaftlichen Sinn bezeichnen lässt, finden sich unter anderem in Artikeln der Stiftung Wissenschaft und Politik sowie in den aktuellen Jahresberichten des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten.<sup>17</sup>

### **1.3 Leitfrage und Hypothese**

Die eingangs dargestellte Entwicklung der Fatah innerhalb der letzten 50 Jahre und die bislang lückenhafte Forschung hinsichtlich des dabei erfolgten Strategiewechsels führen zu folgender Forschungsfrage, die diese Arbeit leitet:

Welche Faktoren begünstigten die Transformation der Fatah hin zu einem politischen Akteur?

Der Begriff „politischer Akteur“ wird hier in Abgrenzung zum Begriff „Gewaltakteur“ verstanden. Damit soll verdeutlicht werden, dass die Fatah als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele den bewaffneten Kampf gegen friedliches, politisch-diplomatisches Handeln eintauschte. Warum diese Wandlung geschah und was sie beeinflusste, soll in dieser Arbeit dargestellt und untersucht werden.

Der Arbeit zugrunde gelegt wird dabei die Hypothese, dass dieser Wandel vor allem aus einem Kosten-Nutzen-Kalkül der Elite, der Führungsspitze der Fatah also, erfolgte, um einen Verlust an politischer Relevanz und Macht zu verhindern.

### **1.4 Vorgehensweise**

Nach einer kurzen Einführung in die Thematik (Kapitel 1), folgt zunächst eine nähere Betrachtung der Entstehung der Fatah (Kapitel 2). Hierbei wird vor allem auf ihre Vorbilder, ihre politischen Ziele, ihre Organisation und ihre Forderung nach dem bewaffneten Kampf sowie

---

<sup>17</sup> Vgl. u.a. M. Asseburg, 2002: Arafat vor dem Aus. Und dann?, September, in: SWP-aktuell, Nr. 37, Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=449](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=449) [Zugriff:2.10.2008]; Jahresbericht 2007 des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten, internes Dokument eingesehen von der Verfasserin bei einem Praktikum in diesem Büro im November 2007.

dessen Umsetzung eingegangen. Dabei soll gezeigt werden, inwiefern sie sich von den anderen palästinensischen Widerstandsgruppen unterschied. Wichtig ist an dieser Stelle auch eine kurze Darstellung des politischen Profils von Fatah-Gründer Yasir Arafat, der durch seine Führungsrolle die meisten von der Fatah getroffenen Entscheidungen prägte. Außerdem wird hier auch auf das Verhältnis zwischen der PLO und der Fatah eingegangen, um zu zeigen, inwieweit die PLO und ihre Entscheidungen seit 1969 mit der Fatah zusammenhängen. Insgesamt soll diese umfassende Darstellung der Fatah zeigen, auf welche Art und nach welchem Prinzip innerhalb der Fatah Entscheidungen getroffen wurden. Das soll erste Erkenntnisse über mögliche Determinanten liefern, die innerhalb der Fatah zur Abkehr vom bewaffneten Kampf geführt haben

Aufgrund des nicht vorhandenen theoretischen Rahmens werden dann in einer empirischen Analyse zwei ausgewählte Faktoren dargestellt und daraufhin untersucht, inwieweit sie den Wandlungsprozess der Fatah begünstigt haben (Kapitel 3).

Das ist zum einen der ausbleibende militärische Erfolg des bewaffneten Kampfes bei seiner Umsetzung in die Praxis. Das soll anhand von vier historischen Ereignissen dargestellt und untersucht werden: Der Vertreibung der PLO aus Jordanien, dem Oktoberkrieg 1967, der palästinensischen Niederlage im Libanon und der ersten Intifada. Besonderes Augenmerk soll dabei darauf liegen, welche Rolle die PLO sowie die Fatah – insbesondere deren Führer – bei diesen Ereignissen gespielt haben. Außerdem soll anhand der in dieser Zeit gefassten und gut dokumentierten Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates (PNR) gezeigt werden, wie diese Ereignisse die Fatah in ihrer Abkehr vom bewaffneten Kampf beeinflusst haben.

Als zweiter den Wandel begünstigender Faktor wird anschließend die politische Isolation dargestellt, die die Fatah durch die israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen in Camp David, die Hamas als Konkurrenz aus der eigenen Gemeinschaft und die Parteinahme für Saddam Hussein in Kuwait auf innerpalästinensischer, regionaler und internationaler Ebene erfuhr. Auch hier soll wieder herausgearbeitet werden, inwieweit diese Isolation die Entscheidungsprozesse innerhalb der Fatah und besonders unter ihren Führern geprägt und die Hinwendung zu diplomatisch-politischem Handeln verstärkt hat.

Den Abschluss der Arbeit bilden zusammenfassende und schlussfolgernde Überlegungen zu den beiden die Transformation der Fatah begünstigenden Faktoren und ein Ausblick auf die mögliche Weiterentwicklung der Fatah. Alle Namen und Ausdrücke, die arabischen Ursprungs sind, werden in dieser Arbeit transkribiert, das heißt ihrer Aussprache nach, geschrieben.

## 2. Die Entstehung der Fatah

### 2.1 Die politischen Ziele und die Organisation

Auf den 10. Oktober 1959 datiert Salah Khalaf<sup>18</sup> das geheime Gründungstreffen der Fatah in Kuwait, bei dem sich die Anwesenden auf die organisatorische Struktur und ein politisches Grundprogramm der Bewegung einigten.<sup>19</sup> Kern dieser politischen Überlegungen war der Gedanke des palästinensischen Nationalismus – durch den Slogan „Filastine awwalan“, Palästina zuerst<sup>20</sup>, treffend zum Ausdruck gebracht. Diese Idee, die im direkten Gegensatz zum damals in der arabischen Welt dominierenden arabischen Nationalismus, dem Panarabismus, stand, hatte sich bereits einige Jahre zuvor an der Kairoer Universität unter den Mitgliedern der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) entwickelt. Auslöser war dabei die palästinensische Enttäuschung über das Verhalten der arabischen Staaten im Krieg von 1948, beim Zusammenbruch der Ägyptisch-Syrischen Union und der Besetzung des Gaza-Streifens durch israelische Truppen nach der Suezkrise 1956.<sup>21</sup> Die jungen palästinensischen Studenten waren davon überzeugt, dass sie sich im Bestreben, etwas zu Gunsten des Flüchtlingsvolks der Palästinenser zu bewegen, nicht auf ihre arabischen Nachbarn verlassen konnten. Deshalb ersannen sie einen eigenen Plan, um der Lethargie des Flüchtlingsdaseins zu entkommen:

„Yasir Arafat and I [Salah Khalaf] [...] knew, what was damaging to the Palestinian cause. We were convinced [...] that the Palestinians could expect nothing from the Arab regimes, for the most part corrupt or tied to imperialism [...]. We believed that the Palestinians could rely only on themselves.“<sup>22</sup>

Als Präsident der GUPS verbreitete Yasir Arafat dieses „Palästina zuerst“-Denken engagiert unter den Studenten und stieß dabei auf Gleichgesinnte, zu denen er enge Kontakte knüpfte. Es verwundert deshalb nicht, dass sich sechs der neun Männer, die im Oktober 1959 in Kuwait den Widerstandszirkel „Fatah“ ins Leben riefen, bereits gut aus ihrer Kairoer Studentenzeit kannten und die Idee des palästinensischen Nationalismus teilten. Die Bewegung basiert damit auf sehr engen Freundschaften – ein Grund für ihren Erfolg und ihr rund 50-jähriges „Überleben“ bis heute.<sup>23</sup> Zu den Gründern gehörten: Yasir Arafat, der 1959 als studierter Bauingenieur eine Firma in Kuwait betrieb und die Zusammenkunft arrangierte, sowie Salah Khalaf und Khalil al-Wazir, beide Lehrer in Gaza und Saudi-Arabien. Außerdem Faruk al-Kaddumi und Zuhair al-Alami, die für den kuwaitischen Gesundheitsdienst arbeiteten und Khaled al-Hassan, angestellt in der Planungsbehörde von Kuwait. Die drei anderen Grün-

<sup>18</sup> Salah Khalaf, mit Decknamen „Abu Iyad“, war Mitbegründer der Fatah und galt hinter Arafat als Nummer zwei der Bewegung. Er wurde 1991 in Tunis von Fatah-Abtrünnigen der Abu-Nidal-Organisation ermordet.

<sup>19</sup> Vgl. Abu Iyad / E. Rouleau, 1981: *My home. My land. A narrative of the Palestinian struggle*, New York: Times Books, S. 29 ff.

<sup>20</sup> Vgl. A. Kurz, a.a.O., S. 16.

<sup>21</sup> Vgl. E. Yaari, 1968, a.a.O., S. 21 ff.

<sup>22</sup> Abu Iyad, 1981, a.a.O., S. 20.

<sup>23</sup> Vgl. A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 37.

dungsmitglieder Mohammed Yussuf al-Najjar, Kamal Adwan und Mahmoud Abbas waren zwar keine GUPS-Mitglieder gewesen, gehörten aber einer Palästinensergruppe aus Katar an, deren Ziele mit denen von Arafat identisch waren. Darüber hinaus teilten die Neun, die schon bald zu Schlüsselfiguren der ganzen Bewegung wurden, mit Ausnahme von Arafat ein gemeinsames Schicksal: Sie entstammten Flüchtlingsfamilien, die während der Nakba 1948 aus ihrer Heimat in den Gaza-Streifen vertrieben worden waren.<sup>24</sup>

Geprägt durch diese Erfahrung von Flucht und Vertreibung und umspannt von dem Gedanken des palästinensischen Nationalismus, einigten sich die Gründungsmitglieder auf vier grundlegende Prinzipien, die fünf Jahre später auch in der Fatah-Verfassung Eingang fanden: Zentrales politisches Ziel der Fatah sei demnach die Befreiung der Heimat Palästina.<sup>25</sup> Der Begriff „Heimat“ macht deutlich, dass es hier um die Rückgewinnung des an Israel verlorenen Territoriums, also um die Befreiung von Land, geht, die den rund 700 000 palästinensischen Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre angestammten Gebiete ermöglicht. Implizit bedeutet das die Eliminierung des Staates Israel<sup>26</sup>. An dessen Stelle schwebte den Fatah-Gründern ein ganz Palästina umfassender, demokratischer Staat vor, „in which Jews, Christians and Muslims could live in harmony as equal citizens.“<sup>27</sup> Die einzige Möglichkeit, diese Befreiung zu erreichen, sahen die Gründer in einem von den Volksmassen ausgehenden bewaffneten Kampf<sup>28</sup> – dem zweiten Prinzip der Fatah. Nach dem dritten Prinzip musste dieser Kampf unabhängig von allen Einflüssen durchgeführt und von den Palästinensern selbst getragen werden. Eine Kooperation mit anderen befreundeten arabischen oder internationalen Kräften war dabei laut dem vierten Prinzip zwar erlaubt. Die anderen arabischen Staaten durften sich diesem Kampf aber nur als Helfer unter der Führung der Palästinenser anschließen.<sup>29</sup> Dabei war es den Gründern wichtig zu betonen, dass es sich bei der Fatah trotz der Einigung auf diese Prinzipien nicht um ein Partei oder eine Front mit einer sozial-determinierten Weltanschauung oder festgelegten Ideologie handelt. Vielmehr sei die Fatah „eine Bewegung, da sie all ihre Vorstellungen der Praxis und dem Pragmatismus unterordnet.“<sup>30</sup> Anstelle einer Ideologie setzten die Fatah-Gründer eine „Theorie der Befreiung“. Demnach strebte die Fatah als Widerstandsbewegung eine Revolution, einen „popular war of liberation“, an. Dieser Befreiungskampf sollte aber nicht auf „klassenspezifischen oder sozialen Rechten“ basieren, sondern einen rein nationalen Charakter haben und zur Erreichung der drei folgenden politischen Nahziele führen: Des Wiederherstellens der verloren gegang-

<sup>24</sup> Vgl. E. Yaari, 1970, a.a.O., S. 20 ff.

<sup>25</sup> Vgl. The Fatah Constitution, 1964, published by the Israel/Palestine Center for Research and Informations, [www.ipcri.org/files/fatah1964.html](http://www.ipcri.org/files/fatah1964.html) [Zugriff: 2.10.2008], Article 12.

<sup>26</sup> Vgl. u.a. M. Lüders, 1982: PLO. Geschichte. Strategie. Aktuelle Interviews, Hannover: Fakelträger, S. 54 ff; H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 24.

<sup>27</sup> Abu Iyad, 1981, a.a. O., S. 31. Vgl. dazu auch The Fatah Constitution, 1964, a.a.O., Article 13.

<sup>28</sup> Vgl. The Fatah Constitution, 1964, a.a.O., Article 17.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., Article 2; E. Yaari, 1968, a.a.O., S. 25 f.

<sup>30</sup> Faruk al-Kaddumi zitiert nach M. S. Nasser, 1985, a.a.O., S. 51.

genen palästinensischen Entität „Kiyān“, des Stärkens des Bewusstseins der Palästinenser und des Einens der verstreut lebenden Diasporagemeinde. Erst dadurch könne das Hauptziel – die Befreiung Palästinas – erreicht werden. Jeder Palästinenser konnte somit am nationalen Befreiungskampf der Fatah teilnehmen. „Die Hauptkräfte der Bewegung sind [folglich] alle Kräfte des Volkes.“<sup>31</sup>

Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zum Denken der zur selben Zeit entstehenden anderen palästinensischen Widerstandsgruppen. Denn im Gegensatz zur von Dr. George Habash gegründeten, marxistisch-leninistischen PFLP und der maoistischen DFLP, bedienten sich die Fatah-Gründer als Strategie zur Erreichung ihrer politischen Ziele zwar zunächst auch der revolutionären Idee des bewaffneten Kampfes von Mao Tse Tung, Che Guevara und Frantz Fanon. Ideologisch legten sie sich dabei aber nicht fest, sondern machten vielmehr Pragmatismus zum Fundament ihres politischen Denkens.<sup>32</sup> Strategische Entscheidungen und Handlungen der Fatah orientieren sich demnach bis heute lediglich an den täglich gemachten Erfahrungen, an der Realität, und nicht am ideologischen Konzept eines revolutionären Vordenkers. Die Bewegung bleibt damit flexibel und kann sich an die jeweiligen politischen Gegebenheiten anpassen.

Warum aber legten die Gründungsmitglieder so viel Wert auf diese Ungebundenheit? Aus politischem Machtkalkül, antworten Wissenschaftler wie Anat Kurz oder David Schiller. Zum einen sprachen die Fatah-Gründer durch diese rein nationalistische Zielsetzung auf palästinensischer Ebene nahezu alle Bevölkerungsschichten der stark heterogenen Diasporagemeinde an und gewannen in den eigenen Reihen so eine Vielzahl an Anhängern. Zum anderen ermöglichte ihnen diese Ungebundenheit auf regionaler Ebene eine breite finanzielle und materielle Unterstützung von Ländern mit den unterschiedlichsten Gesellschaftssystemen. So empfing die Fatah-Führung in den 60er Jahren beispielsweise Geld von konservativ-gemäßigten Ölscheichtümern wie Saudi-Arabien oder Kuwait und ließ sich von Ägypten die Tür Richtung Sowjetunion öffnen, während Fatah-Kämpfer gleichzeitig in den algerischen Revolutionslagern ausgebildet und von Syrien mit Waffen versorgt wurden. Die Fatah war damit – im Gegensatz zu den anderen palästinensischen Widerstandsgruppen – nicht nur finanziell gut ausgestattet. Sie bewahrte sich so auch eine ihrem dritten Prinzip entsprechende relative Unabhängigkeit von jedem einzelnen „Förderer“. Der Fatah-Führung verlieh das zusätzlich Macht.<sup>33</sup>

Neben diesen vier Prinzipien fassten die Gründer noch einen weiteren, überlebenswichtigen Beschluss: Zum Schutz besonders vor israelischen und arabischen Geheimdiensten wollte die Bewegung zunächst im Verborgenen bleiben:

<sup>31</sup> Aus: Revolutionäre Studien und Erfahrungen zitiert nach M. S. Nasser, 1985, a.a.O., S. 52 f.

<sup>32</sup> Vgl. E. Yaari, 1968, a.a.O., S. 28 f.

<sup>33</sup> Vgl. u.a. A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 30 f.; D. Schiller, 1982, a.a.O., S. 303 f.

„Until 1968 the Fatah operated like an underwater current. [...] Leaders' names were kept secret. [...] Fatah disclosed no information about the organization's structure and size. [...] Secrecy became a cult with Fatah.“<sup>34</sup>

Diese Geheimhaltung ging zum Beispiel soweit, dass sich fast alle Führungsmitglieder mit einem „Nom de guerre“, einem Kriegsnamen tarnten. Aus Yasir Arafat wurde Abu<sup>35</sup> Ammar, Salah Khalaf zu Abu Iyad, Khalil al-Wazir zu Abu Dschihad, Faruk Kaddumi zu Abu Lutuf, Khalid al-Hassan zu Abu Said und Mahmoud Abbas zu Abu Mazen.<sup>36</sup>

Um ihre politische Botschaft trotz diesem Geheimhaltungsbeschluss unter den Palästinensern zu verbreiten, beschloss der Gründungszirkel auf Anregung von Khalil al-Wazir die Herausgabe einer Untergrundszeitschrift: Der „Filastinuna, Nida'u al Hayah“ – „Unser Palästina, der Ruf des Lebens“. Zwischen 1959 und 1964 erschienen insgesamt 40 Ausgaben, publiziert und gesponsert von Tawfik Hourri, einem einflussreichen Freund al-Wazirs aus Beirut. Als Sprachrohr der Bewegung brachte die „Filastinuna“ aktuelle Informationen, Hintergrundberichte und mit Pseudonymen versehene Artikel, in denen die Gründer in einfachen und verständlichen Worten die Grundideen und Forderungen der Bewegung darstellten und diskutierten.<sup>37</sup> Ziel der Zeitschrift war es, die Palästinenser politisch wach zu rütteln, ihnen die Idee der Revolution näher zu bringen und vor allem die Jugend zu mobilisieren. Die 5 000 bis 10 000 Exemplare pro Ausgabe, die überall in der arabischen Welt „unter der Ladentheke“ verkauft wurden, verfehlten ihre Wirkung nicht. Schon nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe meldeten sich über das Beirut Postfach der Zeitschrift viele Kandidaten, die mitkämpfen wollten.<sup>38</sup> So rekrutierte die Fatah – obwohl noch immer im Untergrund – ihre ersten Mitglieder.

Um diese entsprechend in die zunächst im Untergrund agierende Bewegung einzubinden, bedurfte es einer guten Organisationsstruktur. Aus erneut pragmatischen Aspekten entschieden sich die Fatah-Gründer dabei für das Konzept des zentralen „Apparats“ (Jihaz) und der „regionalen Organisationen“ (Munazzamah iqlimimiyah).<sup>39</sup> Das bedeutete: Der zentrale Fatah-Apparat deckte primär alle Aktivitätsbereiche der Bewegung ab. Parallel entstanden überall im Nahen Osten kleine regionale Untergrundzellen und Organisationen, in denen die Mitglieder selbstständig aktiv werden und sich engagieren konnten. Ohne die Existenzberechtigung der Bewegung in Frage zu stellen konnten so unterschiedliche Meinungen zwischen Führungsschicht und den Untergruppen nebeneinander bestehen. Der Führungsappa-

<sup>34</sup> E. Yaari, 1970, a.a.O., S. 263.

<sup>35</sup> Das arabische Wort „Abu“ bedeutet ins Deutsche übersetzt „Vater“.

<sup>36</sup> Vgl. L. Meulen, 1989: Fremde im eigenen Land. Die Geschichte der Palästinenser und der PLO, München: Knesebeck u. Schuler, S. 160.

<sup>37</sup> Vgl. Abu Iyad, 1981, a.a.O., S. 35.

<sup>38</sup> Vgl. E. Yaari, 1970, a.a.O., S. 28 ff.

<sup>39</sup> Vgl. u.a. Abu Iyad, 1981, a.a.O., S. 36; H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 26.

rat selbst zeichnet sich bis heute durch einen streng hierarchischen, pyramidenförmigen Aufbau aus:<sup>40</sup>

Den Sockel bildet die Generalkonferenz, die durch gewählte Repräsentanten der einzelnen lokalen Organisationen alle Mitglieder der Fatah vertritt.<sup>41</sup> Darauf folgt der Revolutionsrat als Bindeglied zum obersten Fatah-Organ: Dem Zentralkomitee, das sich um die täglichen Aufgaben der Fatah kümmert.<sup>42</sup> Grundlegende politische Entscheidungen innerhalb der Fatah sollten von der eigentlich alle fünf Jahre zusammentretenden Generalkonferenz getroffen werden. Da diese aber bis 2007 gerade fünf Mal zusammentrat, übernahm das Zentralkomitee diese Aufgabe von Anfang an. Das machte nicht nur die Generalkonferenz zum bloßen Papiertiger, sondern entzog auch weitestgehend dem Revolutionsrat, der ursprünglich zwischen der Konferenz und dem Komitee vermitteln sollte, seine Daseinsberechtigung. De facto war und ist das Zentralkomitee damit das entscheidende Führungs- und Leitungsorgan innerhalb der Fatah, in dem sich die Macht der Bewegung konzentriert.<sup>43</sup> Alle neun Fatah-Gründer machten sich selbst zu Mitgliedern des Zentralkomitees und behielten dieses Amt meist auf Lebenszeit. Darunter auch Yasir Arafat, der sich schon bald an die Spitze des Komitees setzte und damit ganz entscheidend Einfluss auf die politische Zielsetzung und den Wandel der Fatah nahm. Sein Programmatik und die Rolle innerhalb der Fatah, vor allem während der Gründungszeit der Bewegung, soll im Folgenden betrachtet werden, um die politische Entwicklung der Bewegung besser nachvollziehen zu können.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass sich die Fatah als säkulare, nationalistische Untergrundbewegung gründete, mit den drei Hauptzielen: Befreiung, Herstellung von Identität und Schaffung einer Nation. Palästina sollte dabei durch den bewaffneten Kampf – ausgehend von den palästinensischen Volksmassen und unabhängig von allen anderen arabischen Staaten – von der israelischen Besatzung befreit werden, um dort einen palästinensischen, demokratischen Staat zu errichten, der religiöse Gegensätze zwischen Muslimen, Christen und Juden überwindet.

## **2.2 Yasir Arafat als Gründungsvater**

Bis zu seinem Tod im November 2004 war Yasir Arafat einer der führenden Köpfe der Fatah. Als Mitglied des Zentralkomitees und Oberbefehlshaber des militärischen Arms repräsentierte Arafat wie kein anderer das autokratische Führungssystem der Bewegung und prägte so fast 50 Jahre lang ihre Entwicklung entscheidend mit. Auch bei der Transformation der Fatah war er die treibende Kraft.<sup>44</sup> Sein politisches Denken und Handeln darzustellen, ist damit

<sup>40</sup> Vgl. PASSIA Diary, 2008, Jerusalem, S. 400.

<sup>41</sup> Vgl. The Fatah Constitution, 1964, a.a.O., Article 40.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., Article 63.

<sup>43</sup> Vgl. H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 25.

<sup>44</sup> Vgl. u.a. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 232 f; Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 680 ff.

grundlegend für die vorliegende Arbeit. Es lassen sich daraus nämlich sowohl die Motive der Fatah hin zum bewaffneten Kampf als auch erste Gründe für eine Abkehr davon und für einen Wandel der Bewegung von einer Guerillagruppe hin zu einem politisch-diplomatisch handelnden Akteur erkennen.

Wer also war Yasir Arafat? Was hat sein politisches Denken geprägt und nach welchen Prinzipien hat er gehandelt? Er selbst beschrieb sich in zwei Interviews von 1969 und 1982 folgendermaßen:

„Ich bin Flüchtling. Ich besitze nichts, denn ich bin vertrieben und meiner Heimat beraubt worden.“<sup>45</sup>

„Can you imagine the meaning of living deprived of your home and national identity, of the most basic rights and rudiments of normal human life? I am such a man.“<sup>46</sup>

Arafat verweist damit auf das für ihn zentrale Thema, das er auch in die Fatah hineinträgt: Es ist die Suche der Palästinenser nach Heimat und Identität und die damit verbundene Anerkennung als Vertriebene und Flüchtlinge. Sowohl aus persönlichen Gründen als auch aufgrund der politischen Ereignisse in seiner Jugend, ließ ihn diese Suche nach Heimat und Identität nie los.

Als Mohammad Abdul Ra'uf Arafat al-Qudwa al-Husseini wurde Yasir Arafat am 4. August 1929 in Kairo als Sohn eines Kaufmanns aus Gaza geboren. Seine Mutter entstammte der angesehenen Jerusalemer Familie Abu Saud, bei denen der junge Arafat nach dem Tod der Mutter aufwuchs. Nur widerstrebend verließ er 1937 auf Geheiß des Vaters „seine Stadt“ Jerusalem Richtung Kairo und begann dort 1949 sein Studium an der Fakultät für Ingenieurwesen.<sup>47</sup> In Kairo erlebte er die palästinensische Nakba, die Katastrophe, die ihn völlig veränderte. Denn Arafat, der sich nach dem Massaker von Deir Yassin selbst einem ägyptischen Kampfverband der Muslimbruderschaft anschloss, musste mit ansehen, wie die schlecht organisierten und undisziplinierten arabischen Armeen kaum etwas gegen die Vertreibung der Palästinenser unternahmen und eine herbe Niederlage gegen die israelischen Truppen einsteckten. Eine Demütigung, die die gesamte arabische Welt in den 40er und frühen 50er Jahren bewegte und die öffentliche Meinung vor allem in Ägypten gegen die arabischen Regime aufbrachte. Auch Arafat bemerkte schon damals, „dass sich hinter dem Einsatz der völlig unvorbereiteten Armeen ein Komplott verbarg.“<sup>48</sup>

Zwei Lehren zog Arafat aus diesem Ereignis, die beide direkten Eingang in das politische Konzept der Fatah fanden. Erstens: Auf die anderen, untereinander zerstrittenen arabischen Staaten ist kein Verlass. Jeglichem Handeln ihrerseits in der Palästinenserfrage muss mit Misstrauen begegnet werden. Zweitens und daraus folgend: Die Palästinenser können sich

<sup>45</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 3.

<sup>46</sup> Y. Arafat, 1982: A discussion with Yasser Arafat, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 11, No. 2, S. 3 - 15, S. 4.

<sup>47</sup> Vgl. A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 13 ff.

<sup>48</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Kapeliuk, 2005: Yassir Arafat. Die Biographie, Heidelberg: Palmyra -Verlag, S. 42.

nur aus eigener Kraft befreien.<sup>49</sup> Dieser Idee folgend wurde Arafat 1949 politisch aktiv und engagierte sich an seiner Universität in der palästinensischen Studentenvereinigung GUPS, die ihn nach der gewonnenen Studentenwahl 1952 zu ihrem Präsidenten machte. In dieser Rolle unternahm Arafat seine ersten politischen Gehversuche und sammelte viele wichtige Erfahrungen, die seinen späteren Politikstil prägten. So trat Arafat in dieser Funktion zum Beispiel seine erste politische Auslandsreise an. 1955 fuhr er zum unter sowjetischer Schirmherrschaft abgehaltenen Treffen der internationalen Studentenunion nach Prag und erregte als „Mr. Palestine“ großes Aufsehen unter den anderen Studenten: Denn er trug hier zum ersten Mal – bewusst gewählt, um aufzufallen – sein späteres politisches Markenzeichen, die „Kufiyah“, das Palästinenserkopftuch. Damit schuf er ein erstes zentrales Symbol für die Palästinenser.<sup>50</sup> Dieses Beispiel zeigt, wie engagiert und einfallsreich sich Arafat für die Sache „Palästina“ einsetzte. Seine Mitstudenten beschrieben ihn dabei als

„energiegeladenen jungen Mann, einen begeisterten und leidenschaftlichen Redner und einen unermüdlichen Polemiker, der seine Positionen wenn nötig auch mit Fäusten verteidigt, [...], einen kleinen brodelnden Vulkan.“<sup>51</sup>

Neben dieser Leidenschaft und Begeisterungsfähigkeit eignete sich Arafat in seiner Studentenzeit noch eine andere Eigenschaft an, die sich in vielen Fatah-Entscheidungen wie oben gezeigt widerspiegelt. Bei seinen Bestrebungen, die Führung in der GUPS zu übernehmen, erkannte er, dass in der äußerst heterogenen palästinensischen Gemeinde nur derjenige an die Macht kam, der eine Einheit zwischen den verschiedenen Strömungen herstellen konnte. Arafat wollte diese Einheit und die damit verbundene Macht erreichen. Dazu war ihm jede Hilfe recht, egal von wem, unabhängig von Ideologie oder Glauben, sofern keine Gegenleistung verlangt wurde.<sup>52</sup> Eine äußerst pragmatische und ebenso effektive Strategie.

Daraus entwickelte Arafat den ihm ganz eigenen Führungsstil einer Politik des Ausgleichs, den er sowohl innerhalb der Fatah als auch später als Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) anwandte. Übergeordnetes Ziel war dabei für ihn zuallererst die Bewahrung des palästinensischen Konsenses. Neue Positionen innerhalb der Fatah oder der PLO ließ er immer zuerst durch andere ausprobieren. Waren sie erfolgreich, schloss er sich ihnen an und spielte das Erreichte hoch. Scheiterten sie, dementierte er jegliche Verbindung dazu und versuchte, Verpasstes zu übertünchen.<sup>53</sup> Damit machte er die Fatah und später die PLO zum „Sammelbecken“ unterschiedlichster palästinensischer Gruppen und lavierte sich als gewiefter Pragmatiker an die Spitze der Bewegung. Dieser pragmatisch-flexible Führungsstil verhinderte innerpalästinensische Konflikte, zementierte Arafats dominante Spitzenposition in der Fatah, der sich durch das Bilden unterschiedlichster Netzwerke für

<sup>49</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 20.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 23.

<sup>51</sup> Vgl. A. Kapeliuk, 2005, a.a.O., S. 50.

<sup>52</sup> Vgl. ebd., S. 64 f.

<sup>53</sup> Vgl. D. Schiller, 1982, a.a.O., S. 299.

seine Bewegung unentbehrlich machte, und schaffte die Grundlage für die Abkehr vom bewaffneten Kampf.<sup>54</sup> Gerade hier zeigt sich, mit welchem pragmatischen Machtkalkül Yasir Arafat seine Entscheidungen fällt. Denn er war es, der innerhalb der Fatah als „Realist“ gegen die Widerstände der „Weisen“ um Khaled al-Hassan die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durchsetzte.<sup>55</sup> Und er war es auch, der diesen Kampf mit seinem Brief von 1993 an den israelischen Premierminister Yitzhak Rabin beendete, als ihm die Gelegenheit günstig erschien. Diese 180 Grad-Wendung weg vom bewaffneten Kampf hin zur Diplomatie sieht die Politikwissenschaftlerin Helga Baumgarten – neben der Schaffung eines neuen Selbstbewusstseins unter den Palästinensern – als die zweite große historische Leistung Arafats.<sup>56</sup> Sein pragmatischer, sich am praktischen Nutzen orientierender Führungsstil war Basis dieses Wandels. Bevor nun aber begünstigende Faktoren des Wandels untersucht werden sollen, muss zunächst sowohl das theoretische Konzept des bewaffneten Kampfes dargestellt werden als auch warum, wie und mit welchen Folgen ihn die Fatah-Gründer, insbesondere Arafat, realisierten.

Arafats Politikstil lässt sich zusammenfassend als äußerst pragmatisch und ausgleichend, aber auch als macht- und nutzenorientiert beschreiben. Als *primus inter pares* dominierte und prägte er mit diesem Stil die Fatah und setzte sich – stets bemüht um Konsens – damit immer wieder auch innerhalb der Bewegung gegen Konkurrenten und Gegner durch.

### 2.3 Der bewaffnete Kampf

Als Strategie, um ihr Hauptziel – die Befreiung Palästinas – zu erreichen, wählten die Fatah-Gründer 1959 wie oben dargestellt den bewaffneten Kampf. Diese Idee war nicht neu, sondern dem revolutionären Gedankengut der Zeit aus Kuba, Vietnam, China und Algerien entlehnt. Besonders beeindruckt zeigten sich die Fatah-Gründer dabei von dem algerische Beispiel des antikolonialen Kampfes, des „popular war of liberation“.<sup>57</sup> Um die Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich zu erreichen, begann die Front de Libération Nationale (FLN) unter ihrem Führer Ahmed Ben Bella 1954 einen Guerillakampf gegen die französischen Kolonialherren, basierend auf den Ideen des antikolonialistischen Vordenkers Frantz Fanons, der Gewalt und bewaffneten Kampf als Katalysator für eine antikoloniale Erhebung verstand und der Ansicht war, dass nur diejenigen, die die scheinbare Überlegenheit des Feindes nicht fürchteten, eine Revolution durchführen könnten.<sup>58</sup> Diesen Gedanken folgend besiegte die FLN die bei weitem überlegenen französischen Truppen im Algerienkrieg 1962

<sup>54</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1989, a.a.O., S. 260.

<sup>55</sup> Vgl. D. Hirst, 1977: *The gun and the olive branch. The roots of violence in the middle east*, New York / London: Harcourt Brace Jovanovich, S. 275 f.

<sup>56</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 232.

<sup>57</sup> Vgl. E. Yaari, 1968, a.a.O., S. 28.

<sup>58</sup> Vgl. F. Fanon / T. König, 1966: *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 121 ff.

und stieg, ohne sich von den anderen arabischen Regimen abhängig zu machen, zur führenden Kraft im neuen, unabhängigen algerischen Staat auf.<sup>59</sup>

Dieser erfolgreiche Unabhängigkeitskampf der scheinbar Unterlegenen gegen die Unterdrücker verwirklichte das, was sich die Fatah-Gründer für Palästina erträumten. Das machte die FLN zum Vorbild für die Bewegung. Unter der Vermittlung von Khaled al-Hassan nahm Yasir Arafat schon 1963 Kontakt zu Ben Bella auf, der ihm logistische Hilfe für einen palästinensischen Kampf anbot. Algerien wurde damit zum ersten Unterstützer der Fatah, lieferte Waffen, bildete Fatah-Kämpfer in den eigenen Trainingslagern aus und erkannte die Bewegung als eigenständigen Akteur an.<sup>60</sup> Auch mit dem Guerillaidol Che Guevara tauschten sich die Fatah-Gründer aus. Khalil al-Wazir traf ihn 1964 in Algerien und lernte so dessen moderne Guerilla-Theorie kennen, die den politischen Aspekt des Widerstands im Untergrund betont und ihn als eine Art Clausewitzsche Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sieht, bei dem der Guerillero dabei sowohl Kämpfer als auch politischer Agent ist.<sup>61</sup>

Aus dieser Patenschaft entwickelte die Fatah trotz einem Aktionsfeld, das weitaus heterogener und instabiler war als das der anderen Freiheitskämpfer in Algerien, Vietnam oder Kuba, folgendes Verständnis vom bewaffneten Kampf, wie Khalil al-Wazir und der palästinensische Geschichtsprofessor Dr. Hisham Sharabi, beschreiben:

„Its [the armed struggle] sum total embodies the various facets and activities of the Palestinian people, wether those various facets and activities are political, social, economic, military, or cultural. [...] We understand it [the armed struggle] as an integrated process.“<sup>62</sup>

„According to Fatah, the revolutionary vanguard must, in order to succeed, transform itself into a mass movement. To do this, the vanguard must awaken the Palestinian masses ‘not by verbal propaganda’ but by ‘concrete example’. Armed struggle is the only way to awaken it.“<sup>63</sup>

Der bewaffnete Kampf war also auch für die Fatah weit mehr als nur ein Mittel zur Befreiung Palästinas. Neben der militärischen Möglichkeit, mit der Guerillastrategie als technisch Unterlegener gegen den starken Feind Israel zu kämpfen, wählte die Fatah-Führung diese Strategie vor allem aus psychologischen Gründen und verfolgte, neben den bereits dargestellten, drei weitere politische Ziele: Der bewaffnete Kampf sollte erstens zur Mobilisierung der palästinensischen Massen führen und sie so stützend hinter der Fatah einen. Zweitens sollte dadurch die palästinensische Daseinsberechtigung und die der Fatah auf internationaler Ebene demonstriert und konsolidiert werden. Drittens sollte der Guerillakampf die Israelis

<sup>59</sup> Vgl. M. Connelly, 2002: A diplomatic revolution. Algeria's fight for independence and the origins of the post-cold war era, Oxford: Oxford University Press, S. 215ff.

<sup>60</sup> Vgl. A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 42.

<sup>61</sup> Vgl. D. Schiller, 1982, a.a.O., S. 48 ff.

<sup>62</sup> Khalid al-Wazir zitiert nach Y. Sayigh, 1997b: The armed struggle and Palestinian nationalism, in: Sela, Avraham / Moshe Ma'oz (Hrsg.): The PLO and Israel. From armed conflict to political solution 1964 – 1994, New York: St. Martin's Press, S. 23 – 36, S. 27.

<sup>63</sup> Hisham Sharabi zitiert nach J. R. Nassar, 1991: The Palestine Liberation Organization. From armed struggle to the declaration of independence, New York: Praeger Verlag, S. 82.

durch „kleine Nadelstiche“ zermürben – zum Beispiel in Form von Sabotageakten auf israelische Einrichtung, ausgeführt durch kleine Zellen von zwei bis drei Männern – und die anderen arabischen Staaten dazu anstacheln, einen Krieg gegen Israel zu beginnen.<sup>64</sup> Ein wirklicher „Befreiungskampf“ und ein Sieg gegen das militärisch weitaus überlegene Israel blieb eine idealistische Zukunftsvision.

Ganz pragmatisch münzte die Fatah-Führung deshalb das militärische Konzept des bewaffneten Kampfes zur politischen Strategie um und bediente sich dessen zum eigenen Machterhalt. Denn die Bewegung begründete ihren Führungsanspruch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft mit ihrer Rolle als Sperrspitze, die sie in diesem Kampf und in der palästinensischen Revolution einnahm. Der bewaffnete Kampf wurde damit zur Legitimationsgrundlage der gesamten Bewegung.<sup>65</sup> Das erklärt, warum die Fatah-Führung – wie in dieser Arbeit noch zu zeigen sein wird – so lange an diesem Konzept festhielt, obwohl der bewaffnete Kampf spätestens nach der Vertreibung aus dem Libanon militärisch gesehen nutzlos wurde.

In Anlehnung an ihr algerisches Vorbild sollte die Umsetzung des bewaffneten Kampfes nach Meinung der Fatah-Gründer in drei Phasen erfolgen. In der ersten sollte dabei die revolutionäre Avantgarde, die Fatahkämpfer, als „Feda'yyeen“<sup>66</sup> im Geheimen Anhänger aus dem eigenen sozialen Umfeld rekrutieren und so eine solide Basis für den Befreiungskampf schaffen. Im nächsten Schritt sollte die Bewegung dann durch militante Aktionen an die Öffentlichkeit treten und die breite Masse der Palästinenser für den Kampf mobilisieren und für die Position der Fatah gewinnen. In der letzten Phase sollte diese palästinensische Revolution die Heimat Palästina befreien und die anderen arabischen Staaten in einer „Front der Unterstützer“ einen.<sup>67</sup> Diese Vorstellung wiederum entspricht genau dem von den Fatah-Gründern vertretenen Bild des palästinensischen Nationalismus, nach welchem die Befreiung Palästinas einer Einheit aller arabischer Staaten vorausgehen muss.

Die Strategie der Fatah war damit klar. Alle Gründer plädierten für einen bewaffneten Kampf. Über den Eintritt in Phase zwei, die Umsetzung der Strategie in die Praxis also, herrschte allerdings Uneinigkeit. Hani al-Hassan, der Bruder von Khaled al-Hassan und eines der ersten neu rekrutierten Fatah-Mitglieder, bemerkte dazu: „all wanted the military option, but when to start and how to start was the difference.“<sup>68</sup> In dieser Frage war die Fatah-Führung in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite standen die „Weisen“ um Khaled al-Hassan.

<sup>64</sup> Vgl. u.a. Y. Sayigh, 1987: The politics of Palestinian exile, in: Third World Quarterly, Vol. 9, No. 1, S. 28 – 66, S. 56 f.; H. Sharabi, 1970: Palestine Guerrillas. Their credibility and effectiveness, Washington D.C.: Georgetown University Press, S. 5 ff.

<sup>65</sup> Vgl. dazu E. Yaari, 1968, a.a.O., S. 29 und Artikel 17, Verfassung der Fatah, 1964, a.a.O.

<sup>66</sup> Das arabische Wort „Feda'yyeen“ bedeutet übersetzt „Männer, die sich selbst opfern.“ Vgl. u.a. Y. Harkabi, 1968: Fedayeen action and Arab strategy, London: Institut of Strategic Studies, S. 25; und Z. Schiff / R. Rothstein, 1972: Fedayeen. The Story of the Palestinian Guerillas, London: Vallentine, Mitchell, S. 31.

<sup>67</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 140 ff.

<sup>68</sup> Hani al-Hassan zitiert nach A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 33.

Um ein Scheitern zu verhindern, wollten sie dem bewaffneten Kampf eine solide Grundlage geben und ihn erst aufnehmen, wenn genügend Kämpfer – Khaled schwebte eine Zahl von 3000 Guerilleros vor –, genügend Waffen und ausreichend Geld vorhanden sei.<sup>69</sup>

Auf der anderen Seite stand das Lager der „Wagemutigen“ mit dem ungestümen Yasir Arafat an der Spitze, die nicht länger diskutieren, Geld sammeln und abwarten, sondern das Konzept in die Tat umsetzen wollten. Sie verglichen die Revolution und den bewaffneten Kampf dabei mit einem menschlichen Wesen: „It cannot be created. You have to born as a baby, then become a young man, then a real man.“<sup>70</sup> Ihrer Ansicht nach konnte der bewaffnete Kampf damit gar nicht ausreichend vorbereitet werden, sondern musste sich aus sich selbst heraus entwickeln. Viel mehr als ein Scheitern eines technisch noch nicht vollständig ausgestatteten Guerillakampfes fürchteten sie die eigene Untätigkeit und dadurch den Aufmerksamkeitsverlust innerhalb der palästinensischen Diasporagemeinde. Vor allem Arafat war der Überzeugung, dass ein Aufschub des bewaffneten Kampfes die Bewegung besonders gegenüber ihrem neu gewonnenen Unterstützer, der FLN-Regierung in Algerien, diskreditieren und sie damit schon kurz nach ihrer Gründung in die Bedeutungslosigkeit schicken würde. Drei Anläufe brauchte Yasir Arafat um seine Mitstreiter im November 1964 in Amman davon zu überzeugen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen.<sup>71</sup> Neben Arafats eifriger Überzeugungsarbeit, beendeten vor allem zwei historische Ereignisse die Debatte innerhalb der Fatah und ermöglichten grünes Licht für den Beginn des bewaffneten Kampfes: Die Gründung der PLO im Juni 1964 und die Inbetriebnahme des israelischen Wasserversorgungssystems im selben Jahr.<sup>72</sup>

Um nicht die als „Kitt“ für seine Idee vom Panarabismus dienende Palästinenserfrage an die Fatah abzugeben, regte Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser im Januar 1964 die Gründung der PLO an. Sie sollte Palästina befreien – allerdings unter Aufsicht der anderen arabischen Staaten. Finanziell gut ausgestattet und breit von den arabischen Staaten unterstützt stellte die PLO damit eine existentielle Bedrohung für die Fatah dar. Deshalb stimmte sogar Khaled al-Hassan für den Beginn des Guerillakampfes. Seine Begründung: Die PLO sei nicht das „Echte“, für das sie viele Palästinenser hielten. Einzige Möglichkeit, die palästinensische Gemeinschaft nicht an die PLO zu „verlieren“ und die eigene Idee des bewaffneten Kampfes lebendig zu halten, sei die Aufnahme des Kampfes selbst.<sup>73</sup> Der zweite Auslöser für den Beginn dieses Kampfes war die Inbetriebnahme des 1958 zu bauen begonnenen israelischen Bewässerungssystems, durch dessen Kanäle Wasser vom See Genezareth und vom Jordan bis in die Negev-Wüste gepumpt wurde, um auch diesen Landstrich bewohnbar

<sup>69</sup> Vgl. D. Hirst, 1977, a.a.O., S. 275.

<sup>70</sup> J. Wallach / J. Wallach, 1990: Arafat in the eyes of the beholder, New York: Carol Publ. Group, S. 108 f.

<sup>71</sup> Vgl. A. Kapeliuk, 2005, a.a.O., S. 73 ff.

<sup>72</sup> Vgl. A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 35 f.

<sup>73</sup> Khaled al-Hassan zitiert nach A. Hart, 1987, a.a.O., S. 171.

zu machen. Für die Fatah-Gründer symbolisierte dieses Projekt die wachsende Macht und Stärke Israels. Aus ihrer Sicht etablierte sich der Staat Israel mit jedem Tag des Zuwartens weiter und ließ jeden Rest Hoffnung auf eine Befreiung Palästinas schrumpfen.<sup>74</sup>

Um also weder innerpalästinensisch gegenüber der PLO noch regional gegenüber Israel an Macht und Bedeutung zu verlieren, nahm die Fatah-Führung den bewaffneten Kampf auf. In der Neujahrsnacht 1965 versuchte eine dreiköpfige Guerillagruppe vom Libanon aus einen Bombenanschlag auf eine Pumpstation des israelischen Bewässerungssystems, wurde allerdings von libanesischen Grenzgruppen gestoppt. Einen Tage später drang ein zweite Gruppe Fatah-Kämpfer südlich des Sees Genezareth nach Israel ein und befestigte eine Ladung Sprengstoff an einer Wasserleitung, die allerdings nicht explodierte.<sup>75</sup> Zu diesen Sabotageakten bekannte sich am 1. Januar 1965 in einem Militärkommuniqué in der Beiruter Tagespresse eine Gruppe namens „Al Asifa“, der Sturm. Diesen Decknamen hatte die Fatah-Spitze getreu ihrem pragmatischen Führungsstil als Zugeständnis an das Lager der „Weisen“ für ihre Guerillaoperationen gewählt.<sup>76</sup> Sollten die Aktionen erfolgreich sein, konnten die Fatah-Führer diesen Decknamen jederzeit enttarnen und den Erfolg für sich verbuchen. Sollten die Guerillaoperationen allerdings scheiterten, konnte die Führung jede Verbindung zu „Al Asifa“ zurückweisen und setzte so nicht die gesamte Untergrundbewegung auf Spiel.

Die versuchten Sabotageakte und das Militärkommuniqué erregten trotz der anfänglichen Pannen sowohl in Israel als auch in der arabischen Welt großes Aufsehen. Sie trafen den Nerv der Zeit. Denn die arabischen Staaten unter der ägyptischen Führung von Nasser und die PLO schmiedeten zwar große Pläne, um Israel Einhalt zu gebieten und Palästina zu befreien, allerdings ohne konkret zu handeln.<sup>77</sup> Ganz im Gegensatz zu der Phantomorganisation „Al Asifa“. Mal mehr, mal weniger erfolgreich führte die Fatah bis 1967 unter dem Deckmantel des „Sturms“ über hundert militärische Operationen und Sabotageakte gegen Israel durch, in der Mehrzahl gegen zivile Ziele wie Brücken, Pumpstationen, Kanäle und Pipelines des israelischen Bewässerungssystems. Neben Algerien unterstützte vor allem Syrien die Kämpfer.<sup>78</sup>

Geschickt nutzten Yasir Arafat und Khalil al-Wazir dabei den innerarabischen Konflikt zwischen dem Baath-Regime in Damaskus und dem nasseristischen Ägypten um die Vormachtstellung in der arabischen Welt. Denn nachdem Nasser durch die Gründung der PLO die Sache „Palästina“ an sich zu reißen drohte, bot die Unterstützung der Fatah durch Waf-

<sup>74</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 26 und S. 39 ff.

<sup>75</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 107.

<sup>76</sup> Vgl. Y. Alexander, 2003: Palestinian secular terrorism. Profiles of Fatah. Popular Front for the Liberation of Palestine. Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command and the Democratic Front for the Liberation of Palestine, New York: Transnational Publishers, S. 2 f.

<sup>77</sup> Vgl. L. Meulen, 1989, a.a.O., S. 166 f.

<sup>78</sup> Vgl. E. Yaari, 1970, a.a.O., S. 66 f.

fen und Guerilla-Ausbildungen den Syrern die Gelegenheit, in der prestigeträchtigen Palästinerfrage gegenüber Ägypten wieder an Boden zu gewinnen.<sup>79</sup> Da die Syrer den Guerilleros allerdings Operationen von ihrem eigenen Staatsgebiet verboten, starteten die Fatah-Kämpfer ihre Angriffe auf Israel von Jordanien, Ägypten und dem Libanon. Damit zogen sie den Unmut dieser Staaten auf sich und Nasser leitete eine große Propaganda-Kampagne gegen die „Al Asifa“ ein. Die Kämpfer wurden mit großer Härte verfolgt und konnten so nur im Geheimen unter äußerster Vorsicht agieren.<sup>80</sup> Dieser Umstand erschwerte den bewaffneten Kampf und die Erreichung der gesetzten Ziele erheblich. Denn durch die Geheimhaltung konnte die Fatah den Erfolg der bewaffneten Aktionen nicht abgreifen und die palästinensischen Massen nicht mobilisieren. Die meisten Palästinenser hielten trotz der engagierten Feda'iyyeen dem arabischen Nationalismus weiterhin die Treue.<sup>81</sup> Die ersten bewaffneten Aktionen sorgten also zwar anfänglich für Aufsehen, verfehlten aber weitgehend ihr Ziel.

Das änderte sich erst mit dem Juni-Krieg von 1967. Als Reaktion auf verbale Drohungen, Truppenverstärkungen und die Sperrung der Seestraße von Tiran für israelische Frachter durch Ägypten zerstörte die israelische Armee in einem überraschenden Präventivschlag am 5. Juni nahezu die gesamte, sich noch am Boden befindende ägyptische Luftwaffe. Bis zur Einstellung der Feindseligkeiten am 10. Juni rückten die bestausgerüsteten israelischen Truppen an allen anderen Fronten weiter vor. Im Westen und Süden nahmen sie den Gazastreifen ein und drangen weit in die Wüste Sinai vor. An der Ostfront besetzten sie die Altstadt von Jerusalem und die gesamte Westbank bis zum Jordanufer. Im Norden nahmen sie die Golanhöhen als Bollwerk gegen Syrien ein. Innerhalb von nur sechs Tagen war es Israel damit gelungen, ganz Palästina zu erobern und den arabischen Staaten nach 1948 eine zweite große Niederlage zuzufügen.<sup>82</sup> Dieser Sechs-Tage-Krieg schuf damit eine machtpolitisch neue Situation. Die Ideen des Panarabismus und der konventionellen Kriegsführung waren mit dieser demütigenden Niederlage gescheitert. Die arabischen Regierungen unter der Führung Nassers hatten damit ihren Anspruch verwirkt, für die Palästinenser zu sprechen und über ihr Schicksal zu verhandeln.

Die Fatah und mit ihr auch die anderen palästinensischen Widerstandsgruppen gingen gestärkt aus diesem Krieg hervor. Sie sahen sich sowohl in ihrer Wahl der Guerillakampfstrategie als auch in ihren Annahmen, dass in der Palästinerfrage kein Verlass auf die arabischen Staaten war, sondern sie sich selbst helfen mussten, bestätigt.<sup>83</sup> Schon wenige Tage nach Kriegsende traf sich die Fatah-Spitze in Damaskus und beschloss – trotz erneuter Dis-

<sup>79</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 209 f.

<sup>80</sup> Vgl. Y. Harkabi, 1968, a.a.O., S. 6.

<sup>81</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 211.

<sup>82</sup> Vgl. A. Harttung (Hrsg.), 1979: Zeittafel zum Nahost-Konflikt 1920-1979, Band 5c, Berlin: Berlin-Verlag, S. 118 ff.

<sup>83</sup> Vgl. Y. Harkabi, 1968, a.a.O., S. 7.

kussionen darüber, ob der Guerillakampf gegen die derart überlegenen Israelis nicht bloße Selbstaufopferung sei – die sofortige Fortsetzung des bewaffneten Kampfes mit besonderem Fokus auf die besetzten Gebiete. Zum Oberbefehlshaber über die Kämpfer erklärte sie den eifrigsten Befürworter des Kampfes, Yasir Arafat, der das Hauptquartier seiner Feda'yyeen von Damaskus in die besetzten Gebiete verlegte. Arafat wollte so in der Westbank und im Gaza-Streifen eine Basis des Widerstands schaffen und damit den erhofften Aufstand der Massen zum „popular war of liberation“ bewirken. Unter der Beteiligung der Führungsspitze verübten die Fatahkämpfer dazu zwischen September 1967 und Januar 1968 rund 50 Anschläge gegen zivile israelische Einrichtungen.<sup>84</sup>

Doch entgegen aller Erwartungen blieb der Massenaufstand der Palästinenser trotz dieser Aktionen aus. Warum? Nach Meinung der Politikwissenschaftlerin Wafa Starke hatte sich die Fatah-Führung und vor allem Arafat in dreierlei Hinsicht verschätzt: Erstens hatten sie die israelische Besatzungsarmee und ihren Geheimdienst unterschätzt, die mit Verhaftungen und der Zerstörung von Häusern mutmaßlicher Kämpfer alles daran setzten, die Feda'yyeen aus der Westbank und dem Gazastreifen zu vertreiben und sie zu vernichten. Zweitens hatten sie die Einstellung der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser falsch eingeschätzt. Denn trotz der Niederlage waren diese in der Mehrheit gegen einen Alleingang der Palästinenser. Ohne die Beteiligung von zumindest Ägypten und Jordanien würden die Palästinenser ihrer Meinung nach mit dem „Freiheitskampf“ bloß eine von Israel abhängige und damit wertlose Entität schaffen. Drittens hatte sich die Fatah-Führung verschätzt was die Ähnlichkeit ihres Guerillakampfes zu dem ihrer algerischen und kubanischen Vorbilder betraf. Denn in der Westbank und im Gazastreifen herrschten – anders als in Algerien oder Kuba – für diesen Kampf äußerst schlechte geographische Bedingungen. Die „hit and run“ Strategie der Feda'yyeen war auf der kleinen, an Wald mangelnden Fläche nur schwer umsetzbar und konnte von den Israelis leicht vereitelt werden.<sup>85</sup> Von den besetzten Gebieten aus schien ein erfolgreicher bewaffneter Kampf also zunehmend unmöglich.

Deshalb zogen die Fatahführer bis Anfang 1968 ihre rund 300 Kämpfer nach Jordanien und in den Libanon zurück. Ihre militärische und auch politische Basis errichteten sie dabei in der jordanischen Grenzstadt Karameh im Jordantal, in die viele Palästinenser nach dem Juni-Krieg geflohen waren. Die Israelis reagierten auf diesen Rückzug mit vermehrten Luftangriffen auf jordanisches Staatsgebiet, die wiederum Spannung zwischen den palästinensischen Widerständlern und ihren jordanischen „Gastgebern“ erzeugten. Um die gesamte palästinensische Guerillabewegung zu zerschlagen, überquerte die israelische Armee am 21. März

---

<sup>84</sup> Vgl. E. Yaari, 1970, a.a.O., S. 126 f.

<sup>85</sup> Vgl. W. Starke, 2000: Zur Strategie der PLO 1964 bis 1994. Zwischen bewaffnetem Kampf und Diplomatie. Zwischen Gesamtstaat und Teilstaat, Erlangen-Nürnberg: Inaugural-Dissertation in der Philosophischen Fakultät 1 der Friedrich-Alexander-Universität, S. 38 f.

1968 mit rund 15.000 Soldaten, unterstützt von Panzertruppen, Hubschraubern und Fallschirmjägern, den Jordan und griff die Fatah-Zentrale in Karameh an. Trotz der Vorwarnungen durch die jordanische Armee und entgegen jeder Regel des Guerillakampfes harrten die Feda'iyeen auf Befehl Arafats dort aus und leisteten erbitterten Widerstand. Denn für Arafat bot diese Schlacht politisch gesehen die einmalige Chance, durch den Beweis der Standhaftigkeit die palästinensische Identität wiederherzustellen und die Fatah an die Spitze einer neuen palästinensischen Nationalbewegung zu setzen.

Und er behielt Recht. Zwar errangen die rund 300 Guerilla-Kämpfer gegen die israelischen Truppen keinen militärischen Sieg und verloren in dieser Schlacht fast die Hälfte ihrer Kämpfer. Doch mit 28 Toten und 70 Verletzten fügten sie den Israelis erhebliche Verluste zu und zwangen sie noch am selben Tag zum Rückzug.<sup>86</sup> Der Mythos der israelischen Unbesiegbarkeit war damit zerstört und die Fatah feierte den einschneidenden Erfolg ihrer Geschichte, wie Abu Iyad beschreibt:

„The battle of Karameh, which means dignity in Arabic, was hailed as a stunning victory throughout the Arab world. [...] For the Palestinian masses, jeered at and humiliated for decades, the Karameh victory gave rise to an immense pride and hope, marking what they saw as the beginning of their liberation.“<sup>87</sup>

Bereits in den ersten Tagen bewarben sich über 5 000 Palästinenser bei der Fatah als Kämpfer. Bis 1970 stieg die Zahl der Fatah-Mitglieder auf 25.000, von denen rund 10.000 im Guerillakampf ausgebildet wurden.<sup>88</sup> Mit der Schlacht von Karameh war die Fatah an einem historischen Wendepunkt angelangt, an dem sie sich von einer kleinen, im Untergrund agierenden Organisation zu einer Massenbewegung wandelte. Phase zwei des bewaffneten Kampfes, die Mobilisierung der Massen nämlich, war damit erreicht. Die Fatah trat mehr und mehr ins Licht der Öffentlichkeit und engagierte sich neben dem bewaffneten Kampf auch zunehmend auf gesellschaftspolitischer Ebene in verschiedensten Projekten:

„Members were involved in a range of organizational activities, ranging from the violent struggle to administrative work and the donation of money. The organization established its own medical facilities [...] and set up schools.“<sup>89</sup>

Um der Bewegung ein Gesicht zu geben, wurde Arafat im April 1968 zum offiziellen Sprecher der Fatah ernannt. Zu Guerillaanschlägen bekannte sich zwar weiterhin die „Al Asifa“. Sie wurde aber zunehmend als bewaffneter Arm der Fatah wahrgenommen.<sup>90</sup> Dadurch wurde die Fatah zur größten und wichtigsten Gruppe der palästinensischen Nationalbewegung und übernahm 1969 die Führung in der PLO, wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird.

Der Massen mobilisierende Erfolg von Karameh brachte aber auch eine schwere Hypothek mit sich. Wie oben bereits angedeutet, wurde der bewaffnete Kampf spätestens mit dieser

<sup>86</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 212 f.

<sup>87</sup> Abu Iyad, 1981, a.a.O., S. 59 f.

<sup>88</sup> Vgl. A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 54 f.

<sup>89</sup> ebd., S. 55.

<sup>90</sup> Vgl. E. Yaari, 1970, a.a.O., S. 265 f.

Schlacht zu dem Symbol der Fatah. Ihre Legitimität und ihren Führungsanspruch gründete die Bewegung nur auf dessen Propagierung und seiner konkreten Anwendung. An dem Konzept des bewaffneten Kampfes trotz Misserfolge und politischer Isolation weiter festzuhalten, wurde in den darauf folgenden Jahren deshalb für die Fatah überlebenswichtig<sup>91</sup>. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Fatah den bewaffneten Kampf als Strategie nach algerischem Vorbild wählte, um ihre politischen Ziele – darunter vor allem die Mobilisierung der Massen – durchzusetzen. Die Umsetzung dieses theoretischen Konzepts in die Praxis war dabei aber weitaus schwieriger und brachte erst nach dem Juni-Krieg und der Schlacht von Karameh Erfolg.

## 2.4 Die Übernahme der Führung in der PLO

Unabhängig von der Fatah und den anderen Guerilla-Gruppen wurde die PLO als Dachverband verschiedener palästinensischer Gruppen am 28. Mai 1964 auf der ersten Versammlung des Palästinensischen Nationalrats (PNR) in Jerusalem offiziell gegründet. Der Vorschlag dazu stammte von Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser: Er hatte ihn bereits beim ersten Gipfeltreffen der Arabischen Liga<sup>92</sup> im Januar desselben Jahres eingebracht und war bei den teilnehmenden Staaten auf große Zustimmung gestoßen. Einzig skeptisch stand dieser Idee König Hussein von Jordanien gegenüber, in dessen Reich nach 1948 die meisten Palästinenser lebten und der seine eigene Regierungsautorität durch die PLO als eigenständige Vertreterin der Palästinenser bedroht sah.<sup>93</sup> Doch Nasser hatte überzeugende Argumente für eine solche Vertretung: Zum einen sollte sie die Aktivitäten der unterschiedlichen palästinensischen Gruppen kanalisieren und so den arabischen Staaten die Möglichkeit bieten, die politischen Entscheidungen der Palästinenser zu überwachen und zu kontrollieren. Nasser wollte damit einer zunehmenden Radikalisierung der Palästinenser und einer Unruhestiftung durch sie in ihren arabischen Gastländern vorbeugen. Außerdem erschien Nasser die Gründung einer Palästinenservertretung als ideales Mittel, um die Strategielosigkeit der arabischen Staaten beim Lösen des Konflikts mit Israel zu überdecken ohne dabei die Palästinenserfrage aus der Hand zu geben.<sup>94</sup> Als einer der eifrigsten Vertreter des Panarabismus spielte diese für Nasser eine große Rolle. Denn sie war der Kitt, der die zerstrittene, von Rivalitäten und Konkurrenzkämpfen gezeichnete arabische Staatenwelt zu-

<sup>91</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 214 f.

<sup>92</sup> Die Arabische Liga ist eine 1945 gegründete internationale Organisation arabischer Staaten mit dem Ziel, die Beziehungen der Mitglieder untereinander zu fördern und die Anerkennung Palästinas als unabhängigen Staat zu erreichen. Ihr gehören heute 22 Staaten an, darunter Ägypten, Syrien, der Libanon und Jordanien. Sechs weitere Staaten wie der Iran und die Türkei haben Beobachterstatus. Die Palästinenser werden dort seit 1974 durch die PLO vertreten. Siehe dazu K. Eberlein., 1993: Die Arabische Liga. Politische Geschichte der Staaten der arabischen Liga ab 1959, Band 3, Frankfurt a. M.: R.G. Fischer.

<sup>93</sup> Vgl. J. Becker, 1984: The PLO. Rise and fall of the Palestine Liberation Organization, New York: St. Martin's Press, S. 38.

<sup>94</sup> Vgl. M. Kerr, 1971: The Arab Cold War. Gamal Abd al-Nasser and his rivals 1958 -1970, London: Oxford University Press, S. 96 ff.

sammenhielt.<sup>95</sup> Mit der Gründung der PLO wollte Nasser in der prestigeträchtigen Palästinenserfrage an Boden gewinnen – vor allem gegenüber Syrien, Ägyptens größtem Rivalen zu der Zeit um die Vorherrschaft in der arabischen Welt – und sich so für die Führung einer möglichen arabischen Staatengemeinschaft empfehlen. Nach Meinung der Politikwissenschaftlerin Bayan Nuwaihed al-Hout war die PLO damit zur Gründungszeit weniger eine „echte“ Vertretung der Palästinenser, als vielmehr ein politisches Instrument der arabischen Staaten: „The PLO was more a response to the need of Arab leaders than it was a response to the needs of Palestinians.“<sup>96</sup>

Die auf palästinensische Eigenständigkeit bedachte Fatah und die anderen palästinensischen Widerstandsgruppen kritisierten die PLO deshalb als reinen Bedürfniserfüller arabischer Interessen und blieben zunächst außen vor. So setzten sich die 421 Delegierten auf der ersten Versammlung des PNR vorwiegend aus Vertretern der palästinensischen Oberschicht, den Notabeln, zusammen. Dazu gehörten palästinensische Geschäftsleute, Industrielle, Geistliche, Ärzte oder Bankiers aus Jordanien, Syrien, dem Libanon, den Golfstaaten und dem Gazastreifen. Vertreter von Bauern, Gewerkschaften oder Frauen- und Studentenorganisationen waren deutlich unterrepräsentiert.<sup>97</sup> Ausgewählt und eingeladen hatte sie – in enger Absprache mit Nasser – der aus Akko stammende palästinensische Rechtsanwalt Ahmed Shukeiry, den Nasser selbst an die Spitze der PLO berufen hatte. Zentrales Ereignis der ersten Tagung war die Verabschiedung eines Palästinensischen Manifests, dem Vorläufer der 1968 in Kraft tretenden Palästinensischen Nationalcharta, und des Grundgesetzes, einer Art „Verfassung“ für die Hauptorgane der PLO. Beide Werke hatte Ahmed Shukeiry ausgearbeitet.

Das Manifest definierte das oberste Ziel der PLO: Die Befreiung Palästinas; allerdings ohne dabei eine klare Strategie zur Realisierung dieses Ziels zu nennen. Dafür listete das Manifest wesentliche Grundsätze der PLO-Ideologie und ihre Hauptargumentationslinien auf.<sup>98</sup> Dabei fällt auf, dass Shukeiry sich bei der Formulierung des Manifests stark an den Wünschen und Forderungen der arabischen Staaten orientiert hat. So erklärt bereits Artikel 1 Palästina zum „arabischen Heimatland“, das untrennbar mit den anderen arabischen Ländern verbunden sei. Die arabische Einheit und die Befreiung Palästinas seien deshalb zwei voneinander untrennbare Ziele. Jedes sei eine Voraussetzung für die Erfüllung des anderen. Deshalb müsse an der Erreichung beider Ziele parallel gearbeitet werden.<sup>99</sup> Eine solche Betonung der engen Verbundenheit dieser beiden Ziele spiegelt Nassers panarabistisches Ideengut wie-

<sup>95</sup> Vgl. J. Becker, 1984, a.a.O., S. 37.

<sup>96</sup> B. N. al-Hout, 1982: The Nature of the Palestine Liberation Organization, in: I. Abu Lughod (Hrsg.): Palestine Rights. Affirmative and Denial, Illinois: Wilmette, S.11 - 21, S. 17.

<sup>97</sup> Vgl. A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 137.

<sup>98</sup> Vgl. Y. Harkabi, 1980: Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart: Seewald, S. 9.

<sup>99</sup> Vgl. Das Palästinensische Nationale Manifest von 1964, abgedruckt in: Y. Harkabi, 1980, a.a.O., S. 131 – 145, Artikel 12 und 13.

der. Aus der Formulierung des „parallelen Arbeitens an beiden Zielen“ lässt sich auch ablesen, dass die PLO – obwohl auf dem Papier eine eigenständige Vertretung – in der Praxis keine Entscheidungen treffen würde, ohne diese vorher mit den anderen arabischen Staaten abzustimmen.

Um weitere Bedenken vor allem seitens Jordaniens aus dem Weg zu räumen, verpflichtete sich die PLO in diesem Manifest außerdem dazu, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen arabischen Staaten einzumischen und keine Souveränität über die jordanische Westbank, den ägyptischen Gazastreifen oder das syrische Hymmagebiet auszuüben.<sup>100</sup> Dem Manifest folgend diente die PLO damit zur Erreichung dreierlei Dinge: Der nationalen Einheit, der nationalen Mobilisierung und der Befreiung der Palästinenser. Wie diese zu erreichen seien, wurde allerdings nicht festgelegt.<sup>101</sup> Der bewaffnete Kampf, den die palästinensischen Widerstandsgruppen – allen voran die Fatah – zu ihrem Befreiungsmittel erklärt hatten, fand keinen Eingang in dieses erste Manifest. Die PLO war damit zunächst quasi eine Sonderorganisation der Arabischen Liga, politisch schwach und stark von deren Willen abhängig. Was die PLO aber von Beginn an auszeichnete und sie für die palästinensischen Widerstandsgruppen, besonders für die Fatah, interessant machte, waren die im Grundgesetz bestimmten bürokratischen Strukturen, ihre finanzielle Ausstattung, die ihr unterstellte Palästinensische Befreiungsarmee (PLA) und die Anerkennung durch die arabischen Staaten, die sie zumindest formal zur obersten Vertreterin des palästinensischen Volkes machte.<sup>102</sup>

Einen guten Überblick über die PLO-Struktur liefert ein Schaubild von Helena Cobban<sup>103</sup>: An der Spitze der Organisation steht demnach der PNR als höchstes Entscheidungsgremium. Er bildet eine Art palästinensisches Exilparlament, das über die Programmatik und die Organisation bestimmt. Seine Mitglieder werden aufgrund der geographischen Verstreutheit nicht vom palästinensischen Volk gewählt, sondern von einem Komitee der jeweils vorangegangenen PNR-Sitzung bestimmt, das auf eine repräsentative Zusammensetzung achten soll. Der PNR wiederum wählt die 15 Mitglieder des Exekutivkomitees, das zwischen den PNR-Sitzungen die politischen Geschäfte der PLO leitet. Es ist damit zuständig für die Realisierung der Nationalratsbeschlüsse und fungiert faktisch als palästinensische Exilregierung. Seine acht Unterabteilungen – darunter der Palästinensische Nationalfonds (PNF) sowie die politische und die Informationsabteilung – machen es zur zentralen Schaltstelle der Organisation. Außerdem sind dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees die Militärabteilung und somit auch die auf der ersten PNR-Sitzung gegründete PLA unterstellt. Seit 1973 besteht zu-

<sup>100</sup> Vgl. Das Palästinensische Nationale Manifest von 1964, abgedruckt in: Y. Harkabi, 1980, a.a.O., S. 131 – 145, Artikel 24 und 26.

<sup>101</sup> Vgl. ebd., Artikel 10.

<sup>102</sup> Vgl. N. Parsons, 2005, a.a.O., S. 26.

<sup>103</sup> Vgl. H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 13.

sätzlich ein Zentralrat, der mit seinen 108 Mitgliedern das Exekutivkomitee bei der Implementierung der PNR-Beschlüsse überwacht, die Macht des Komitees aufgrund dessen organisatorischer Überlegenheit aber kaum beschneidet.<sup>104</sup>

Neben dieser festen Struktur verfügte die PLO im Gegensatz zu allen anderen palästinensischen Gruppen von ihrer Gründung an mit dem PNF über eine gut ausgestattete Finanzquelle. Der Fonds speiste sich zunächst aus finanziellen Zuwendungen von sympathisierenden arabischen Staaten und Spenden von gut situierten, meist im Ausland lebenden Palästinensern.<sup>105</sup> Die genaue Höhe dieser Zuwendungen ist allerdings nur schwer zu schätzen, da die PLO ihre Einkünfte nie öffentlich machte und diese außerdem von Jahr zu Jahr stark variierten – abhängig von den jeweiligen politischen Ereignissen im Nahen Osten und den sich verändernden Verhältnissen zwischen der PLO und den arabischen Staaten.<sup>106</sup> Diese zwar gute, aber doch stark an die arabische Welt gebundene Finanzierung, trug wesentlich zum anfänglich arabischen Charakter der PLO bei.

Keine drei Jahre nach ihrer Gründung allerdings wandelte sich dieser Charakter. Auslöser für den Neubeginn in der PLO war die vernichtende Niederlage der arabischen Staaten im Juni-Krieg 1967. So bestätigte in ihrer These, das eigene Schicksal selbst in die Hand nehmen zu müssen und sich nicht auf die anderen arabischen Staaten verlassen zu können, nutzten die Widerstandsgruppen außerhalb der PLO die Gunst der Stunde. Auf Anregung der Fatah trafen sie sich – mit Ausnahme der PFLP – im Januar 1968 in Kairo, um die bisher einzeln durchgeführten Guerillaaktionen unter der Leitung der Fatah zu koordinieren, den Befreiungskampf damit zu verstärken und bei den anderen arabischen Regimen wie Syrien oder Algerien um weitere Unterstützung zu werben.<sup>107</sup> Eine gleichwertige Form des Befreiungskampfes hatte die traditionelle palästinensische Elite der PLO nicht zu bieten. Denn die PLA war eingegliedert in die arabische Armee und konnte von sich aus keine militärischen Aktionen gegen Israel unternehmen.

Shukeiry selbst verurteilte die Guerillaaktionen und verweigerte jede Zusammenarbeit mit den palästinensischen Widerstandsgruppen. Sein autokratischer Führungsstil und seine Hörigkeit gegenüber den arabischen Ländern, trotz deren offensichtlichen Eigeninteressen an der Palästinafrage und ihrer militärischen Schwäche gegenüber Israel, machten ihn unter den Palästinensern schnell unbeliebt. Ihm gelang es nicht, eine Verbindung zwischen der PLO und der palästinensischen Masse herzustellen, die sich zunehmend für die Widerstandsgruppen und ihre Aktionen begeisterte. Deshalb musste Shukeiry im Sommer 1967

<sup>104</sup> Vgl. M. S. Nasser, 1985, a.a.O., S. 298 f.

<sup>105</sup> Vgl. N. C. Livingstone / D. Halevy, 1990: *Inside the PLO. Covert units. Secret funds and the war against Israel and the United States*, New York: Morrow, S. 164 ff.

<sup>106</sup> So verzeichnen die Politikwissenschaftler Neil C. Livingstone und David Halevy beispielsweise nach der Vertreibung der PLO aus dem Libanon eine Verdopplung des Spendenaufkommens von 50 Millionen US-Dollar auf über 100 Millionen US-Dollar pro Jahr, s.h. dazu ebd., 1990, a.a.O., S. 165.

<sup>107</sup> Vgl. H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 43.

von seinem Posten als PLO-Vorsitzender abtreten.<sup>108</sup> Ihm folgte Yahya Hammoud, auch ein Vertreter der traditionellen palästinensischen Elite, dem die schwere Aufgabe zu fiel, einen tragbaren Konsens zwischen altem Establishment und den Widerstandsgruppen herzustellen. Besonders dringlich wurde dies nach der Schlacht von Karameh 1968, die in der palästinensischen Gesellschaft große Bewunderung für den Mut und die Entschlossenheit der Guerillakämpfer auslöste und vor allem die Popularität der Fatah weiter steigerte.<sup>109</sup> Dieses Ansehen in der eigenen Bevölkerung wiederum führte auch in der arabischen Welt zu einer verstärkten Anerkennung des palästinensischen Widerstands.

Formal war die PLO zwar immer noch der höchste Entscheidungsträger der Palästinenser. Durch den starken Zulauf und die wachsende Anerkennung unterwanderten die Guerillagruppen, allen voran die Fatah, diese Legitimität in der Realität aber zunehmend: „One [the PLO] provided the ‚entity‘, the other [the Palestinian Resistance Movement] the ‚identity‘“,<sup>110</sup> beschreibt der Politikwissenschaftler Yezid Sayigh das Verhältnis zwischen der PLO, den Guerillakämpfern und der palästinensischen Gesellschaft. Um ein weiteres Auseinanderdriften zwischen formaler und legitimer Macht zu verhindern und die PLO vor dem Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit zu retten, bot ihr neuer Vorsitzender Hammoud, in enger Absprache mit Nasser, der Feda'iyeen-Bewegung im Frühjahr 1968 eine Zusammenarbeit an.

Doch das Zentralkomitee der Fatah um Arafat zögerte. Während der gemäßigte Khaled al-Hassan sich schnell für eine solche Zusammenarbeit aussprach, fürchteten Yasir Arafat und Salah Khalaf, dass die Bewegung durch eine Mitgliedschaft in der PLO zu stark bürokratisiert und so ihre „revolutionäre Reinheit“ verlieren würde. Auf der anderen Seite waren sie sich auch der großen Chance auf Anerkennung, Macht und Legitimierung bewusst, die eine PLO-Mitgliedschaft bot.<sup>111</sup> Deshalb entschieden sie sich für eine Kooperation, allerdings geknüpft an zwei Bedingungen: Zum einen sollte die Feda'iyeen-Bewegung die Mehrheit der Sitze im PNR bekommen. Zum anderen sollte das Palästinensische Nationale Manifest den politischen Vorstellungen und Kampfmethoden der Widerstandsbewegung angepasst werden. Die PLO-Führung gab diesen Forderungen nach. Auf der 4. PNR-Sitzung im Juli 1968 erhielten die Fatah und ihre Anhängerschaft 38 der 100 Sitze im Nationalrat. Zehn gingen an die PFLP und 32 an so genannte Unabhängige<sup>112</sup>, die aber mehrheitlich der Fatah nahe stan-

<sup>108</sup> Vgl. A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 138 ff.

<sup>109</sup> Vgl. R. Hamid, 197: What is the PLO?, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 4, No. 4, S. 90 – 109, S. 98.

<sup>110</sup> Y. Sayigh, 1987, a.a.O., S. 33.

<sup>111</sup> Vgl. Abu lyad, 1981, a.a.O., S. 64 f.

<sup>112</sup> Darunter waren u. a. ein Vertreter der Union der Palästinensischen Arbeiter, der Union der Palästinensischen Studenten und der Union der Palästinensischen Frauen, vgl. R. Hamid, 1975, a.a.O., S.99.

den. Nur 20 Sitze blieben der PLA, die die arabisch orientierten palästinensischen Notabeln – die bisher dominierende Kraft in der PLO – repräsentierte.<sup>113</sup>

Diese neue Zusammensetzung des PNR spiegelte sich auch programmatisch wider: Der 4. PNR überarbeitete das Palästinensische Nationale Manifest und verabschiedete am 17. Juli 1968 die Palästinensische Nationalcharta als dessen „Nachfolger“. Bis heute ist diese Charta das entscheidende Dokument der PLO und reflektiert das politische Denken der jeweiligen PLO-Führung. So auch 1968. Verglichen mit dem Manifest von 1964 ließ sich in der Charta von 1968 ganz deutlich die Handschrift der Widerstandsgruppen erkennen. Neben einigen sprachlichen Änderungen – zumeist Begriffsschärfungen hin zu einer stärkeren Betonung des Palästinensertums<sup>114</sup> – enthielt die Charta mit 33 statt bisher 29 vier neue Artikel, die die Kampfrhetorik der Feda'yyeen-Bewegung klar wiedergaben. Im Zentrum stand Artikel 9, der festlegte:

„Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas. [...] Das palästinensische Volk bekundet seine unbedingte Entschlossenheit und seinen festen Willen, diesen bewaffneten Kampf fortzusetzen und auf dem eingeschlagenen Weg einer bewaffneten Volksrevolution zur Befreiung seines Landes [...] voranzuschreiten.“<sup>115</sup>

Zum ersten Mal fiel damit in der bisher ohne klare Befreiungsmethode agierenden PLO der Begriff „bewaffneter Kampf“ – der zentrale Slogan der Widerstandsbewegung. Auch Artikel 21 war neu: In ihm lehnte die PLO alle Lösungen ab, „die einen Ersatz für die vollkommene Befreiung Palästinas bilden“ und verwirft jeden Vorschlag, der „auf eine Liquidierung des Palästinaproblems [...] abzielt“.<sup>116</sup> Dieser Artikel wiederholte fast wörtlich einen auf dem Kairoer Treffen der Widerstandsgruppen von 1968 gefassten Beschluss und richtet sich direkt gegen die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates von 1967, die nach dem Sechs-Tage-Krieg jede weitere Aneignung von Gebieten in Palästina durch Krieg oder Gewalt für unzulässig erklärte und damit – von den arabischen Staaten angenommen – das Existenzrecht Israels anerkannte.<sup>117</sup>

Eine weitere wichtiger Erneuerung enthielt auch Artikel 28: Er schrieb fest, dass das palästinensische Volk bei seiner nationalen Revolution auf Unabhängigkeit besteht und jede Form der Intervention, Bevormundung oder Unterordnung ablehnt.<sup>118</sup> Das gab genau die politische Grundidee des palästinensischen Nationalismus wieder, den vor allem die Fatah vertrat. Für die PLO bedeutete das eine Abkehr vom bisher verfolgten Panarabismus.

<sup>113</sup> Vgl. R. Hamid, 1975, a.a.O., S. 99 f.

<sup>114</sup> So wird beispielsweise Palästina im Artikel 1 der Charta nicht mehr nur wie im Manifest als „arabisches Heimatland“ bezeichnet, sondern als „Heimatland des arabisch-palästinensischen Volkes“, vgl. dazu Die Palästinensische Nationalcharta, 1968, [http://www.palaestina.org/dokumente/plo/palaestinensische\\_nationalcharta.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/palaestinensische_nationalcharta.pdf) [Zugriff: 2.10.2008], Artikel 1 und Y. Harkabi, 1980, a.a.O., S. 37.

<sup>115</sup> Vgl. Die Palästinensische Nationalcharta, 1968, a.a.O., Artikel 9.

<sup>116</sup> Vgl. ebd., Artikel 21.

<sup>117</sup> Vgl. UN Security Council, 1967: Resolution 242, 22 November 1967, New York, published by: Y. Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1 f.

<sup>118</sup> Vgl. Die Palästinensische Nationalcharta, 1968, a.a.O., Artikel 28.

Diese elementaren Veränderungen in der Verfassung der PLO machten die wachsende Dominanz der Widerstandsgruppen innerhalb der Organisation deutlich. Als auf der 5. PNR-Sitzung im Februar 1969 ein neues Exekutivkomitee gewählt wurde, erlangte die Widerstandsbewegung auch hier eine Mehrheit und setzte Yasir Arafat als Vorsitzenden an die Spitze dieses Komitees. Mit diesem Platz, den Arafat bis zu seinem Tod im November 2004 inne hatte, besetzte die Fatah die zentrale Schaltstelle der Macht in der PLO und erhielt so eine herausragende Stellung innerhalb der Organisation, die durch die Mitgliedschaft der Fatah-Gründer Faruk al-Kaddumi, Khaled al-Hassan und Mohammed Yussuf al-Najjar im Exekutivkomitee weiter gefestigt wurde.<sup>119</sup> Die PLO war damit eng mit der Fatah verknüpft. Von ihr getroffene Entscheidungen waren zumeist Fatah-Entscheidungen. Die Begriffe PLO und Widerstandsbewegung wurden zum Synonym.<sup>120</sup> Um den Wandel der Fatah und die Abkehr vom bewaffneten Kampf zu untersuchen, bietet es sich deshalb an, in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit ein besonderes Augenmerk auf die PLO-Entwicklung und ihre Entscheidungen zu legen, weil diese oft den Entscheidungsprozess innerhalb der Fatah widerspiegeln und weitaus besser dokumentiert sind als die internen Fatah-Debatten selbst. Nur fünf Jahre nach der PLO-Gründung hatten die Widerstandsgruppen um die Fatah also die Macht in der PLO übernommen und der von den arabischen Staaten ins Leben gerufenen Organisation ein völlig neues Gesicht verliehen. Sowohl die PLO als auch die Widerstandsbewegung profitierten von dieser Machtübernahme. Trotz anfänglicher Ablehnung, schrieb Arafat der PLO nach ihrer Neuausrichtung eine hohen Stellenwert innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zu, wie er in einem Interview 1982 deutlich machte:

„The PLO is the sole legitimate representative of the whole Palestinian people [...]. It is the all embracing Palestinian institution that comprises all the institutions of the Palestinian people. [...] It is the symbol of their [the Palestinian people] attachment to their national identity.“<sup>121</sup>

Die PLO verschaffte der Fatah als führende Gruppe damit neben finanziellen Mitteln vor allem regional Anerkennung in der arabischen Staatenwelt und die Legitimation für die Palästinenser zu sprechen. Als Vertreter der PLO gelang es Khaled al-Hassan so beispielsweise, mit dem saudischen König Faisal eine „Befreiungssteuer“ auszuhandeln, die die PLO ab 1968 zu fünf bis sieben Prozent auf das Einkommen jedes Palästinensers erheben durfte, der in einem arabischen Staat lebte. Auch wenn das Eintreiben dieser Steuer äußerst schwierig war, brachte sie der PLO mit rund 50 Millionen US-Dollar im Jahr ein weiteres Stück Unabhängigkeit von den arabischen Staaten und ihrer Spendenbereitschaft.<sup>122</sup>

<sup>119</sup> Vgl. H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 45.

<sup>120</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1987, a.a.O., S. 35.

<sup>121</sup> Y. Arafat, 1982, a.a.O., S. 10.

<sup>122</sup> Vgl. N. C. Livingston, 1990, a.a.O., S. 165 ff.

Aber auch die PLO profitierte von ihren neuen Mitgliedern. Zuvor, so die palästinensische Professorin Bayan Nuwaihed al-Hout, sei die PLO eine bloße Splittergruppe gewesen, die ihre Glaubwürdigkeit allein aus der Anerkennung durch die arabischen Staaten bezog. Erst Arafats Wahl 1969 zum offiziellen Sprecher der PLO brachte den Wandel: „[It] marked the beginning of the political, military, and ideological development of the organization. At that time Palestinians began to carry one name, one title, the PLO.“<sup>123</sup>

Erst die Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung machte den von der arabischen Welt abhängigen Papiertiger PLO zur Identifikationsfigur, zu einer in der palästinensischen Gesellschaft verankerten Befreiungsorganisation mit dem bewaffneten Kampf als klare Strategie.

Eine Frage bleibt in diesem Zusammenhang allerdings noch offen: Warum setzte sich gerade die Fatah durch und übernahm die Führung innerhalb der PLO? Der Nahost-Experte Alain Gresh und die Politikwissenschaftlerin Wafa Starke nennen dafür folgende drei Gründe. Erstens war der Fatah-Führungszirkel mit seinem Zentralkomitee um Salah Khalaf, Khalil al-Wazir, Khaled al-Hassan und Faruk al-Kaddumi weitaus besser organisiert als alle anderen zumeist erst nach dem Sechs-Tage-Krieg entstandenen palästinensischen Widerstandsgruppen. Die Mitglieder des Fatah-Führungszirkels kannten sich aus der ägyptischen Studentenunion und hatten eine ähnliche Biographie. Mit Arafat an der Spitze verfügte die Fatah außerdem über eine starke Persönlichkeit, die sich sowohl in den eigenen Reihen als auch gegen politische Gegner durchzusetzen wusste. Diese straffe Organisation machte es der Gruppe leichter, einmal gefällte Entscheidungen trotz interner Kritik nach außen hin zu vertreten und umzusetzen.<sup>124</sup>

Zweitens war die Fatah im Gegensatz zu anderen Widerstandsgruppen wie zum Beispiel der marxistisch-leninistischen PFLP ideologisch relativ unabhängig. Frei von Klassendenken oder revolutionären Zwängen entschied sich die Fatah nach rationalem Abwägen von Kosten und Nutzen einer Kooperation mit der PLO für eine solche und übernahm auch das Nicht-einmischungsprinzip der PLO in die inneren Angelegenheiten anderer arabischer Staaten. Genau das konnten beispielsweise die PFLP aber auch die DFLP nicht mit ihrer Ideologie einer weltumspannenden Revolution gegen Imperialismus und Kapitalismus vereinen. Die PLO war für sie auch nach der Machtübernahme eine anti-revolutionäre Organisation, die mit in ihren Augen Israel-Kollaborateuren wie Saudi-Arabien oder Jordanien zusammenarbeitete. Eine Kooperation mit ihr war für die PFLP und die DFLP deshalb nur bedingt möglich, für die Fatah hingegen ideologisch gesehen kein Problem.<sup>125</sup>

<sup>123</sup> B. N. al-Hout, 1982, a.a.O., S. 17.

<sup>124</sup> Vgl. A. Gresh, 1985, a.a.O., S. 25 ff.

<sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 43.

Ein letzter Grund für das Durchsetzen der Fatah war die Schlacht von Karameh. Die jeder Guerillataktik widersprechenden Entscheidung, in Karameh zu bleiben und zu kämpfen, hob die Fatah von den anderen Widerstandsgruppen ab. Sie verschaffte dem palästinensischen Widerstand zum ersten Mal öffentlich Gehör, brachte der Fatah großen Zuspruch in der palästinensischen Gesellschaft und machte sie damit zu einem interessanten Kooperationspartner für die anderen arabischen Staaten. Entsprechend viel politisches Gewicht konnte sie dann auch bei der Verteilung der Sitze im PNR und im Exekutivkomitee in die Waagschale werfen und ihren Führungsanspruch in der Organisation so begründen.<sup>126</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es der Fatah bis 1969 durch gute Organisation, den Erfolg von Karameh, den so verstärkten Zuspruch aus der eigenen Bevölkerung und die zunehmender Anerkennung innerhalb der arabischen Staatenwelt gelang, die Führung in der PLO, ihrer ursprünglichen Konkurrentin, zu übernehmen und diese programmatisch vollkommen nach dem politischen Denken der Widerstandsbewegung umzugestalten.

## 2.5 Fazit

Die Heimat Palästina befreien – aus eigener Kraft durch Kampf und unabhängig von den anderen arabischen Staaten –, damit die palästinensische Identität wieder herstellen und einen palästinensischen Staat gründen, um den in der Nakba Vertriebenen eine Rückkehr in ihr Land zu ermöglichen. Das waren die Vorstellungen des palästinensischen Nationalismus, unter dessen Gesinnung zehn junge, in Ägypten studierte Palästinenser um Yasir Arafat, Salah Khalaf und Khaled al-Hassan die Fatah als säkulare „Bewegung der palästinensischen Befreiung“ zunächst im Geheimen gründeten. Von Anfang an zeichnete sie dabei ihr kalkulierend-pragmatischer Führungsstil aus: Palästina sollte unter ihrer Führung befreit werden – egal mit welchen Mitteln. Inspiriert von den revolutionären, anti-imperialistischen Bewegungen in Algerien, Kuba und Vietnam erklärte die Fatah-Spitze so zwar den bewaffneten Kampf, der als „popular war of liberation“ von den Vorkämpfern der Fatah ausgelöst und dann auf die palästinensische Volksmasse übergehen sollte, zu ihrer Befreiungsstrategie. Dieser sollte allerdings einen rein nationalen Charakter haben und weder klassenspezifische Kämpfe, noch Kämpfe um soziale Rechte austragen. Ganz pragmatisch bediente sich die Fatah damit also zwar des revolutionären Konzepts des bewaffneten Kampfes, der ihr zum Machtgewinn in der äußerst heterogenen palästinensischen Gesellschaft günstig erschien, ohne allerdings den dazugehörigen ideologischen Überbau zu übernehmen.

Die praktische Umsetzung dieses Konzepts in Form von Guerillaaktionen gelang zunächst nur mäßig. Erst ihre Standhaftigkeit in der Schlacht von Karameh 1968 brachte der Fatah Einfluss unter den Palästinensern. Nach diesem Erfolg trat sie ins Licht der Öffentlichkeit,

---

<sup>126</sup> Vgl. W. Starke, 2000, a.a.O., S. 39.

gewann damit an Zulauf und Gewicht in der palästinensischen Gesellschaft und verschaffte sich so Gehör unter den anderen arabischen Staaten. Im Juni 1968 bot sich mit dem Kooperationsvorschlag der PLO für die Führungsspitze der Fatah dann die Chance, die gewonnene Stärke in politisches Gewicht umzumünzen. Auch hier entschied die Fatah-Führung um den nach Karameh unangefochten an der Spitze der Gruppe stehenden Yasir Arafat äußerst pragmatisch: Sie traten ihrer größten Konkurrentin, der PLO, bei, die als Marionette in den Händen der arabischen Staaten ursprünglich dazu diente, den palästinensischen Widerstand zu kontrollieren. Doch da ein Beitritt weitere Anerkennung, finanzielle Absicherung und damit große Machtfülle versprach, entschied sich die Fatah-Führung vor allem auf Anraten Khaled al-Hassans dazu. In der Organisation erhielt sie dafür eine beachtliche Mehrheit an Sitzen – sowohl im als beratendes Organ fungierenden PNR als auch im die PLO steuernden Exekutivkomitee. So nahm die Fatah innerhalb eines Jahres den vormals führenden, von den arabischen Staaten geleiteten, palästinensischen Notabeln die Fäden in der Organisation aus der Hand und strukturierte die PLO nach ihren Leitlinien des palästinensischen Widerstands vollständig um. Damit eröffnete sich für die Widerstandsbewegung ein ganz neuer Weg: Neben dem bewaffneten Kampf bot die PLO als Sprachrohr jetzt die Möglichkeit, den eigenen Interessen jetzt auch auf politischer Ebene Gehör zu verschaffen.

### **3. Einflussfaktoren der Transformation**

Nachdem nun die Entstehung der Fatah und ihr pragmatischer Führungsstil zwischen 1959 und 1969 dargestellt wurden, soll im Folgenden untersucht werden, warum die Fatah sich ab 1970 von dem Konzept des bewaffneten Kampfes, auf dem ihre Legitimität und ihr Führungsanspruch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und der PLO basierte, nach und nach verabschiedete und verstärkt auf politisch-diplomatische Aktivitäten setzte. Wesentlich beeinflusst haben diese Hinwendung der Fatah zur gemäßigten Realpolitik dabei zwei Faktoren: Der ausbleibende militärische Erfolg der Guerillaaktionen im Rahmen des bewaffneten Kampfes und die durch eine zunächst radikale Position gegenüber Israel bedingte politische Isolation.

#### **3.1 Der ausbleibende militärische Erfolg**

##### **3.1.1 Der Schwarze September und die Vertreibung aus Jordanien**

Während die Fatah besonders nach ihrer Machtübernahme in der PLO zu den meisten arabischen Regierungen gute Kontakte aufbaute, blieb die Beziehung zu Jordanien gespannt. Nach der Vertreibung von 1948 beherbergte das Haschemitische Königreich mit rund 750 000 Mitgliedern<sup>127</sup> die größte palästinensische Exilgemeinde. Nach dem Sechs-Tage-Krieg

---

<sup>127</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 56.

1967 kamen noch einmal rund 250 000 Palästinenser<sup>128</sup> hinzu, die die jordanische Staatsangehörigkeit erhielten und zum größten Teil in Flüchtlingslagern entlang des östlichen Jordanufers aufgenommen wurden. Aus Sicht von Arafat, der Fatah und auch der übrigen Widerstandsgruppen erschien Jordanien nach 1967 als natürlichster Ausgangspunkt für Guerillaoperationen, ideale Basis des gesamten palästinensischen Widerstands und sicheres Hauptquartier für die führenden Kräfte. Aus drei Gründen: Mit rund 60 Prozent stellten die Palästinenser zum einen dort die Mehrheit der Bevölkerung. Außerdem hat Jordanien bis heute mit rund 470 Kilometern<sup>129</sup> die längste und durchlässigste Grenze aller arabischen Staaten zu Israel und den besetzten Gebieten, die aus Guerillasicht ideal für „Hit-and-run“-Angriffe war. Drittens hatte der Sechs-Tage-Krieg König Hussein und seine Armee nachhaltig geschwächt. Sie waren zunächst mit sich selbst beschäftigt und mit der neuen Masse an Flüchtlingen überfordert, so dass sie den palästinensischen Widerstandsgruppen nahezu freie Hand ließen. Die Palästinenser, allen voran die Fatah, nutzten diese Chance und begannen, sich in Jordanien zu organisieren. In den Flüchtlingslagern wurden Komitees aller Art gegründet, außerdem politische und soziale Strukturen wie Kindergärten oder eine eigene medizinische Versorgung geschaffen. Bald verwalteten die Widerstandsgruppen das komplette Leben in diesen Lagern. Zu Tausenden bewaffnete die Fatah-Führung die nach Karameh zahlreich eingetretenen Palästinenser und formierte so ihre eigenen Sicherheitskräfte, die die Lager, aber auch das Leben außerhalb kontrollierten. Schwer bewaffnet bewegten sie sich frei und prägten vielerorts – sogar in Amman – das Straßenbild. Im Norden des Landes verlor die jordanische Regierung dabei zeitweise die Kontrolle über ganze Ortschaften und Landstriche, wie zum Beispiel über die Stadt Irbid, die deshalb auch oft als „Hanoi des Nahen Ostens“ bezeichnet wurde.<sup>130</sup>

Darüber hinaus war es Fatah-Anhängern in der euphorischen Stimmung nach Karameh gelungen, die geschwächte jordanische Armee zu infiltrieren und zahlreiche Offiziere mittleren Ranges auf ihre Seite zu ziehen. Mit seiner Unterstützungszusage: „Wir könnten alle in die Lage kommen, selbst Fedayin sein zu müssen“<sup>131</sup> – zwei Tage nach der Schlacht von Karameh – hatte der jordanische König Hussein selbst diese Entwicklung beschleunigt. Zwischen 1968 und 1970 dehnte die palästinensische Widerstandsbewegung unter Führung der Fatah-dominierten PLO also ihre Macht in Jordanien erheblich aus und errichtete einen „Staat im Staate“<sup>132</sup>, in dem sich – wie Khalil al-Wazir erinnert – jeder Chef eines Sektors für Gott hielt

<sup>128</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 57.

<sup>129</sup> Israel Ministry of Foreign Affairs, 2004: Topographie und Klima Israels, <http://www.mfa.gov.il/MFADE/Facts%20About%20Israel/LAND%20UND%20LEUTE-%20Topographie%20und%20Klima> [Zugriff: 2.10.2008].

<sup>130</sup> Vgl. T. Hanf, 1990: Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon, Baden-Baden: Nomos, S. 198.

<sup>131</sup> König Hussein zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 100.

<sup>132</sup> Vgl. A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 59.

und tat, was er wollte.<sup>133</sup> Aus Sicht des jordanischen Königs Hussein war der palästinensische Widerstand in Jordanien damit ein unkontrollierbarer Machtfaktor, der nicht nur massive israelische Vergeltungsangriffe auf jordanischem Boden für Guerillaaktionen in Israel mit sich brachte, sondern vor allem die Autorität des Königshauses in Frage stellte und Husseins Herrschaft bedrohte. Dieser Sorge des Königs waren sich Arafat und die Fatah-Spitze bewusst. Ihre Antwort darauf war eindeutig: Jordanien war ein Staat unter der Herrschaft der Haschemiten. Der palästinensische Widerstand genoss bloßes Gastrecht und hielt sich in Jordanien nur auf, um von dort die Befreiung Palästinas vorzubereiten. Sich dabei in die inneren Angelegenheiten Jordaniens einzumischen, widersprach ihrer Grundüberzeugung.<sup>134</sup> Doch obwohl die Fatah sowohl die mitgliederstärkste als auch die finanzkräftigste Gruppe innerhalb der Widerstandsbewegung war, bereitete ihr die Durchsetzung des Nicht-Einmischungsprinzips in Jordanien große Schwierigkeiten. In zweierlei Hinsicht:

Zum einen hatte die große Zahl an Neueintritten in den ersten Tagen nach Karameh die Fatah zwar personell gestärkt. Den über 5 000 Neumitglieder aber auch das hinter der Gruppe stehende politische Gedankengut nahe zu bringen, stellte die bis dahin aus lediglich rund 500 Mitgliedern bestehende Fatah vor eine unlösbare Aufgabe. Während sie zuvor immer nur einzelne Personen von ihrem pragmatischen Konzept überzeugt hatten, mussten Fatah-Führer ihre Ideen jetzt an eine breite Masse weitergeben und diese steuern. Khaled al-Hassan beschrieb das Problem folgendermaßen: „You can't explain everything. You have no time, because it needs you one year to make a new real member.“<sup>135</sup> Mit Waffen waren die neu rekrutierten Kämpfer schnell ausgestattet. Das ideologische Rüstzeug allerdings fehlte. Beflügelt vom Erfolg in Karameh fühlten sich die Neubewaffneten den einheimischen Jordanien oft überlegen, begegneten ihnen mit großer Arroganz und provozierten damit immer wieder Scharmützel mit der jordanischen Ordnungsmacht. Der Fatah-Führungsspitze gelang es nicht, diese Masse an Kämpfern unter feste Kontrolle zu bringen. Ein großes Versäumnis, wie Khaled al-Hassan im Nachhinein feststellte.<sup>136</sup>

Aber nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch innerhalb der Widerstandsbewegung hatte die Fatah-Führung Schwierigkeiten, sich durchzusetzen. Denn der linke Flügel der Bewegung um George Habaschs PFLP und Nayef Hawatmes DFLP war immer noch der Idee des Panarabismus verhaftet. Ihrer Ansicht nach reichte es nicht, nur Palästina zu befreien. Vielmehr müsse es darum gehen, einen großen, panarabischen Staat zu schaffen und ihn zum Teil einer marxistisch-leninistischen Weltrevolution zu machen. Im jordanischen König Hussein sahen Habasch und Hawatme eine Marionette des westlichen Imperialismus, ein

<sup>133</sup> Vgl. Khalil al-Wazir in: A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 101.

<sup>134</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 58.

<sup>135</sup> Khaled al-Hassan zitiert nach H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 49.

<sup>136</sup> Vgl. Khaled al-Hassan in: H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 49.

zionistisches Werkzeug, dass es zu beseitigen galt. Gezielt arbeiteten sie deshalb ab 1968 durch provokative Reden und spektakuläre Flugzeugentführungen auf einen Machtkampf zwischen der haschemitischen Herrschaft und dem palästinensischen Widerstand in Jordanien hin – ungeachtet Arafats Anweisung zur Nichteinmischung. „Ein Feind zur Zeit reicht“<sup>137</sup> appellierte Arafat an sie und trat, unterstützt von der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung, gegen einen offenen Konflikt in Jordanien ein.

Doch nur durch Worte gelang es Yasir Arafat nicht, die linken Gruppen effektiv in Schach zu halten. Als ihn Hani al-Hassan deshalb aufforderte, die die Bewegung gefährdenden Linken nach algerischem Vorbild zu liquidieren, antwortete Arafat: „You are right to be against these leftist. [...] But we have to finish them by political means.“<sup>138</sup> Dieses Vermeiden einer harten Auseinandersetzung spiegelt erneut Arafats pragmatischen, auf Konsens bedachten Führungsstil wieder, der die meisten Fatah-Entscheidungen prägte. Arafat wollte alle Kräfte des palästinensischen Nationalismus innerhalb der PLO und der Fatah einbinden – allerdings unter seiner ausschließlichen Kontrolle. Viele Konflikte konnte er so vermeiden. In Jordanien führte dieses Nicht-Vorgehen gegen die eigene Linke aber zu sich häufenden bewaffneten Zusammenstößen zwischen den palästinensischen Kämpfern und der jordanischen Armee.

Im September 1970 eskalierte der Konflikt. Katalysator für diese Eskalation war die Unterzeichnung des so genannten Roger-Plans durch den jordanischen König. Bereits im Februar hatte Hussein als erste Schutzmaßnahme zum Erhalt seiner Macht in einem 12-Punkte-Erlass strenge Auflagen für Fedā'iyyeen verfügt – beispielsweise ein Waffenverbot in Städten und eine Ausweispflicht für Kämpfer. Im Juli stimmte er dann dem vom US-amerikanischen Außenminister William P. Rogers vorgelegten Plan für ein Friedensabkommen zwischen Israel einerseits und Jordanien und Ägypten andererseits zu. Dieser Plan basierte auf der von der Widerstandsbewegung abgelehnten Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates und sah dementsprechend vor, den territorialen Status quo nach dem Sechs-Tage-Krieg beizubehalten und jede feindliche Handlung, die von den Territorien der drei Staaten ausgingen, zu unterbinden. Die palästinensische Forderung nach einem eigenen Staat wurde dabei nicht berücksichtigt.<sup>139</sup> Die jordanische Anerkennung dieses Plans kam damit für die Palästinenser einer Kriegserklärung gleich. Auch in den Reihen der Fatah wuchs deshalb der Unmut über den jordanischen Herrscher. Arafat sorgte sich, dass Hussein sich mit Israel über die Aufteilung der 1967 besetzten Gebiete einigen könnte, ohne Einbeziehung der PLO und ihrer Interessen. Bestärkt durch Hani al-Hassan, der für die pro-palästinensische Beeinflussung der jordanischen Armee zuständig war und versicherte, man

<sup>137</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 103.

<sup>138</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Hart, 1984, a.a.O., S. 333.

<sup>139</sup> Vgl. The Rogers Plan, The Rogers Plan, 1969, published by Y. Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 55 - 60.

habe dort starke Unterstützer, kamen Arafat und die Fatah-Führung zu dem Schluss, dass, um ihre eigene Machtposition zu sichern, eine bewaffnete Auseinandersetzung unvermeidlich und durchaus zu gewinnen sei. Selbst loszuschlagen, davor zögerten sie aber.<sup>140</sup>

Im Gegensatz zu den linken Gruppen. Am 1. September verübte die DFLP einen Mordanschlag auf König Hussein, dem dieser nur knapp entging. Am 6. September stellte die PFLP die jordanische Souveränität öffentlich bloß, indem sie drei Flugzeuge der amerikanischen Airlines Pan Am und Trans World Lines sowie der Swiss Air kidnappte und sie nach Evakuierung aller Passagiere in der jordanischen Wüste sprengte.<sup>141</sup> Arafat war strikt gegen solche Flugzeugentführungen, da sie seiner Meinung nach die seit der Übernahme der PLO mühsam erarbeitete Anerkennung der Palästinenser und ihres Widerstands in den arabischen Staaten zunichte machten.<sup>142</sup>

Für König Hussein allerdings waren diese Anschläge das Startzeichen zum Krieg. Am Morgen des 17. September begann die jordanische Armee ihren Angriff auf den palästinensischen Widerstand und die riesigen palästinensischen Flüchtlingslager in Amman. Ihr Ziel: „to control Amman as the capital [...] and to show the outside world that we are the master“, so Muhammed Bashir, Oberbefehlshaber über die jordanischen Streitkräfte zu der Zeit.<sup>143</sup> Insgesamt 10 Tage dauerte die Auseinandersetzung zwischen den etwa 65 000 gut ausgerüsteten jordanische Soldaten und den knapp 20 000 militärisch weit unterlegenen und schlecht organisierten Guerillas. In den blutigen Schlachten dieses „Schwarzen Septembers“ verloren , rund 1 000 bewaffnete Widerständler, 2 500 Zivilisten – fast ausschließlich in den palästinensischen Flüchtlingslager – und rund 300 jordanische Soldaten ihr Leben.<sup>144</sup> Salah Khalaf und Faruk al-Kaddumi wurden verhaftet. Die verbleibenden Feda'iyeeen zogen sich geschlagen in den Norden des Landes nach Irbid, Jerash und Ajlun zurück. Arafat selbst floh als Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees unter dem Schutz Nassers nach Kairo, von wo aus er auf Drängen desselben mit König Hussein am 27. September einen Waffenstillstand aushandelte. Ungeachtet dessen gab Hussein im Juli des darauf folgenden Jahres mit amerikanischer Rückendeckung den Befehl, die restlichen palästinensischen militärischen Stellungen im Norden seines Landes anzugreifen. 3 000 Feda'iyeeen kämpften in der Umgebung von Jerash und Ajlun vier Tage abgeschnitten, unorganisiert und damit aussichtslos gegen die überlegene jordanische Armee. 700 Kämpfer kamen dabei um, 2 000 wurden Gefangen genommen. Die Übrigen flohen zumeist in den Libanon oder ins benachbarte Syrien. Damit war die „jordanische Periode“ des Widerstands endgültig abgeschlossen.<sup>145</sup>

<sup>140</sup> Vgl. A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 111 f.

<sup>141</sup> Vgl. A. Hart, 1984, a.a.O., S. 317.

<sup>142</sup> Vgl. Y. Arafat in: Jerusalem Post, Ausgabe vom 19. März 1969.

<sup>143</sup> Muhammad Bashir zitiert nach Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 262.

<sup>144</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 263 f.

<sup>145</sup> Vgl. Abu Iyad, 1981, a.a.O., S. 73.

Für König Hussein bedeutete das einen großen Sieg. Seine Autorität war wieder hergestellt. Für die palästinensische Diaspora-Gemeinde in und außerhalb Jordaniens hingegen waren dieser Schwarze September und der Juli-Angriff schmerzliche und verlustreiche Niederlagen – Katastrophen vergleichbar mit der Nakba von 1948. Wieder waren Palästinenser zu Tausenden getötet und vertrieben worden, ohne dass ein anderer arabischer Staat zur Hilfe gekommen war. So hatten Syrien und der Irak – die vormals eifrigsten Unterstützer des palästinensischen Widerstands und der Fatah – zwar zu Beginn des Schwarzen Septembers Truppen an ihren Grenzen zu Jordanien zusammengezogen, schritten dann aber aus Angst vor Drohungen Israels und auf Druck der Großmächte USA und Sowjetunion doch nicht in den Konflikt ein.<sup>146</sup> Erneut zeigte sich die Fatah-Überzeugung bestätigt, dass sich die Palästinenser nur auf sich selbst und nicht auf die anderen arabischen Regime verlassen konnten.

Nach der Vertreibung aus Jordanien sahen viele Beobachter das Ende des palästinensischen Widerstands und der PLO gekommen. „Es war der Versuch, die Revolution und die PLO zu liquidieren“<sup>147</sup>, beschrieb Yasir Arafat selbst den Schwarzen September. Doch Dank des von der Fatah-Führung über die Jahre ausgebauten Netzwerks an Unterstützern auch außerhalb der arabischen Welt und der guten finanziellen Rücklagen der PLO gelang es, den palästinensischen Widerstand weiter am Leben zu erhalten und eine neue Basis im politisch allerdings weitaus instabileren Libanon zu errichten.<sup>148</sup>

Für die Fatah selbst hatten dieser Schwarze September und die Vertreibung drei weit reichende Konsequenzen: Zum einen ging sie aus diesem Konflikt als unangefochtene Führerin der palästinensischen Widerstandsbewegung hervor. Die anderen, meist kleineren Guerilla-Verbände hatten sich im Kampf aufgegeben. Die linken Gruppen hatten als vermeintliche „Kriegstreiber“ in der palästinensischen Gesellschaft erheblich an Unterstützung verloren. Nur George Habaschs PFLP war übrig geblieben – allerdings stark geschwächt. Von da ab gab die Fatah-Führung in allen politischen und militärischen Angelegenheiten der PLO den Ton an, beeinflusst lediglich durch ihre eigenen internen Auseinandersetzungen.<sup>149</sup>

Zweitens nutzten Arafat und die Fatah-Spitze die Niederlage der linken Gruppen, um die PLO endgültig zum zentralen Entscheidungsorgan und zu der nationalen palästinensischen Institution zu machen, die den Anspruch erhob, alle Palästinenser zu vertreten. Die Fatah-Führer, allen voran Yasir Arafat, schrieben sich dabei selbst die Aufgabe zu, als an der Spitze dieser hierarchisch strukturierten Organisation Stehende, deren Richtung alleine zu bestimmen.<sup>150</sup>

<sup>146</sup> Vgl. A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 164 ff.

<sup>147</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 118.

<sup>148</sup> Vgl. M. Hudson, 1972: Developments and Setbacks in the Palestinian Resistance Movement 1967 - 1971, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 1, No. 3, S. 64 – 84, S. 82 f.

<sup>149</sup> Vgl. W. Kaden, 1970: Nur weg hier. Jordanien. Guerillas, in: *Der Spiegel*, Nr. 49, S. 150 – 153, S. 153.

<sup>150</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 683.

Die dritte, für diese Arbeit entscheidende Konsequenz aus der schweren Niederlage war der Kurswechsel, den die Fatah-Führung in dessen Folge vollzog. Denn die militärische Zerschlagung und die Vertreibung aus Jordanien hatten ihr gezeigt: Der bewaffnete Kampf in Form eines, wie in der zweiten Phase des Konzepts geplanten Volkskrieges als Weg zur Befreiung Palästinas war unwiderruflich gescheitert. Arafat und seine Kollegen standen damit vor einem Problem: Noch 1968 in Karameh hatten sie selbst zum bewaffneten Kampf aufgerufen. Ihre ganze Legitimität und Anerkennung innerhalb der eigenen Gemeinschaft stütze sich auf dessen Umsetzung in die Praxis. Zu Tausenden hatten die Palästinenser für diesen Kampf und die damit verbundene Hoffnung auf Befreiung ihrer Heimat ihr Leben geopfert. Es schien unmöglich, ihnen jetzt zu erklären, dass der bewaffnete Kampf als Mittel zur Befreiung ungeeignet und die Rückgewinnung ganz Palästinas nach der Vertreibung aus Jordanien nur noch eine Illusion und nicht umsetzbar war.<sup>151</sup> Trotzdem diskutierte die Fatah-Spitze über einen drastischen Kurswechsel. Besonders Khaled al-Hassan, einer der pragmatischsten Fatah-Führer, trat dabei vehement für eine Realpolitik mit neuem, erreichbarem Ziel ein.<sup>152</sup> Er setzte sich durch und überzeugte auch Salah Khalaf, einen überzeugten Befürworter des bewaffneten Kampfes:

„Uns wurde damals klar, dass wir nicht nur ein Problem mit den Israelis hatten, sondern auch mit den Arabern. [...] Wir stellten fest, daß wir eine politische Strategie entwickeln mußten, um einen Staat auf palästinensischem Boden zu errichten [...]. Wir machten die Entscheidung nicht öffentlich, aber es gab sie innerhalb der Fatah-Führung schon ziemlich früh.“<sup>153</sup>

Bei dieser neuen Strategie der Realpolitik war jetzt der gewaltfreie politische Kampf primär. Militärischer Druck sollte nur noch dort Anwendung finden, wo es notwendig, sinnvoll, möglich und nötig sei. Bewusst versuchten die Fatah-Führer, diesen Einschnitt in der Fatah-Geschichte ihren Anhängern und den übrigen Palästinensern zunächst nicht deutlich zu machen. Sie hielten sie offensichtlich für noch nicht bereit, die Notwendigkeit und Chancen dieses Kurswechsels zu erkennen. Also entschieden sie pragmatisch, den neuen Kurs zwar zu verfolgen, ohne aber dem bewaffneten Kampf eine klare Absage zu erteilen. Damit manövierten sie sich in ein Dilemma: Nämlich den Widerspruch zwischen der Option des bewaffneten Kampfes, verbunden mit der Illusion der Befreiung ganz Palästinas und der Notwendigkeit eines langwierigen politischen Kampfes mit konkreten Zielen.<sup>154</sup>

Sehr gut spiegelte sich dieses Dilemma im Umgang mit der nach dem Massaker von Jordanien gegründeten, unter dem Decknamen „Schwarzer September“ agierenden palästinensischen Terrorgruppe wieder, die 1972 das so genannte Olympia-Attentat in München verübte. Dabei nahmen acht ihrer Mitglieder während der Olympischen Sommerspiele 11 israelische

<sup>151</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 241.

<sup>152</sup> Vgl. Khaled al-Hassan in A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 157.

<sup>153</sup> Salah Khalaf zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 158.

<sup>154</sup> Vgl. H. Baumgarten 1991, a.a.O., S. 242 ff.

Athleten im Olympischen Dorf als Geiseln. Dabei kamen nach gescheiterten Flucht- und Befreiungsversuchen alle Geiseln sowie ein deutscher Polizist und fünf der Attentäter um.<sup>155</sup> Bis heute vermuten Nahostexperten eine Verbindung zwischen dem Kommando „Schwarzer September“ und der Fatah. Arafat leugnete das zwar immer. Er selbst wusste vermutlich auch wenig über die Pläne für den Anschlag in München, wohl aber Fatahs zweiter starker Mann Salah Khalaf, der unter Fatah-Experten wie Yezid Sayigh oder Neil C. Livingston als Kopf der Terrorgruppe „Schwarzer September“ galt.<sup>156</sup> Für eine solche Verbindung spricht Salah Khalafs eigene Aussage, dass er die Mitglieder dieser Gruppe kenne und wisse, dass sie keine Terroristen, sondern nur „Unterstützer des Widerstands“ seien, die der Welt lediglich zeigen wollten, das es ein palästinensisches Volk gebe.<sup>157</sup> Und auch die gemäßigten Fatah-Führer Yasir Arafat und Khaled al-Hassan, die internationale Terroranschläge wie Geiselnahmen oder Flugzeugentführungen im Allgemeinen kritisierten, taten sich schwer, das Attentat in München klar und eindeutig zu verurteilen.<sup>158</sup>

Damit wird klar: Nach dem Scheitern in Jordanien einigte sich die Fatah-Führung zwar schnell auf einen Kurswechsel hin zu einer Realpolitik. In der politischen Praxis vollzog sich dieser Wandel aber erst in einem langwierigen Prozess kleiner Schritte und war erst rund 20 Jahre später mit der Anerkennung Israels durch Arafat wirklich abgeschlossen. Ein erster Schritt auf diesem Weg war das auf der Sitzung des 12. PNR am 1. Juni 1974 beschlossene 10-Punkte-Programm, welches im Folgenden dargestellt werden soll.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Schwarze September – ausgelöst erstens durch die vom jordanischen König als Bedrohung empfundene und selbst für die Fatah-Führung kaum kontrollierbare, disziplinslose Masse an neu rekrutierten palästinensischen Kämpfern und zweitens durch die sich ins jordanische Herrschaftsgefüge einmischenden linken Guerillagruppen – die palästinensische Widerstandsbewegung und die PLO an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Mit weit reichenden Folgen: Die meisten Widerstandgruppen wurden ausgelöscht. Als eine der wenigen „überlebte“ die Fatah. Ihre Führer bauten die bereits schon zuvor dominierende Stellung in der PLO zu einer Alleinherrschaft aus, machten die Organisation dann zum zentralen Sprachrohr der Palästinenser und begannen einen neuen, realpolitischen Kurs weg vom bewaffneten Kampf einzuschlagen, weil ihnen dieser Kampf nach der Vertreibung aus Jordanien nicht mehr nutzbringend erschien.

### 3.1.2 Strategiewechsel auf der 12. PNR-Tagung nach dem Oktoberkrieg

<sup>155</sup> siehe dazu S. Reeve, 2006: Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972, München: Heyne.

<sup>156</sup> Vgl. u.a. Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 309; N. C. Livingstone / D. Halevy, 1990, a.a.O., S. 106.

<sup>157</sup> Abu Iyad, 1981, a.a.O., S. 98.

<sup>158</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1997a, a.a.O., S. 309 f.

Am 6. Oktober 1973 griffen ägyptische Truppen am Suezkanal und syrische Truppen auf den Golanhöhen israelische Stellungen an. In Israel feierte man gerade Jom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertag, an dem das gesamte öffentliche Leben ruht. Dementsprechend überrascht von den Angriffen erlitt Israel in den ersten Tagen große Verluste und wurde an den Rand einer Niederlage gedrängt. Erst durch massive Unterstützung von den USA gelang es den israelischen Truppen in diesem Konflikt wieder die Oberhand zu gewinnen und die gegnerischen Armeen zurückzudrängen. Daraufhin griff auch die kurz zuvor neu gegründete Organisation Erdöl exportierender arabischer Länder (OAPEC) ein: Sie beschloss einen Lieferboykott gegen Israel und alle pro-israelischen Staaten und ihre gesamte Erdölproduktion solange monatlich um fünf bis zehn Prozent zu drosseln, bis die israelischen Truppen alle im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebiete geräumt hätten. Das führte weltweit zu einer schlagartigen Erhöhung des Ölpreises um fast 70 Prozent.<sup>159</sup>

Aus Sicht Ägyptens und Syriens hatte dieser Oktoberkrieg damit sein Ziel erreicht. Nach Nassers Tod im September 1970 hatte sich sein Nachfolger Anwar as-Sadat nämlich intensiv darum bemüht, Israel mit friedlichen Mitteln zur Umsetzung der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates zu bewegen und seine Truppen aus dem Sinai und vom Suezkanal zurückzuziehen. Im Gegenzug versprach Sadat, Israel als Staat anzuerkennen. Doch Israel lehnte immer wieder ab. Bis 1973 schien der Nahost-Konflikt damit politisch erstarrt. Diesen toten Punkt zu überwinden, die Großmächte zum Intervenieren zu zwingen, einen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten zu erwirken und sich selbst eine günstige Position bei möglichen folgenden Friedensverhandlungen zu verschaffen – darauf zielte Sadat mit diesem Krieg ab. Dabei ging es ihm weder um einen totalen Krieg noch um die Befreiung Palästinas, sondern lediglich um eine Entschädigung für die Niederlage von 1967.<sup>160</sup> Der Krieg endete am 26. Oktober, indem Israel, Ägypten und Syrien der Aufforderung der Resolution 338 des UN-Sicherheitsrates nachkamen, alle Gefechte einzustellen, die Resolution 242 zu befolgen und in einer neuen Phase diplomatischer Bemühungen Friedensverhandlungen aufzunehmen.<sup>161</sup> Der Oktoberkrieg markiert damit einen Wendepunkt im Nahost-Konflikt – in zweierlei Hinsicht:

Erstens stellte er die nach dem Junikrieg 1967 verloren gegangene Würde der arabischen Staaten wieder her, indem er den Mythos der Unschlagbarkeit der israelischen Armee widerlegte. Zwischen den arabischen Staaten und Israel entstand so ein neues Mächtegleichgewicht, das politische Verhandlungen auf Augenhöhe ermöglichte. Zweitens und daraus folgend beendete dieser Krieg im Nahen Osten die Phase der rhetorischen Illusionen und be-

<sup>159</sup> Vgl. A. Hartung, 1979, a.a.O., S. 152 ff.

<sup>160</sup> Vgl. I. Shihata, 1974: The territorial question and the October War, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 4, No.1, S. 43 -54, S. 44 f.

<sup>161</sup> Vgl. UN Security Council, 1973: Resolution 338, 23 October 1973, New York, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 13.

reitete den Weg für eine pragmatische Realpolitik, weil er die Begrenztheit der arabischen militärischen Stärke – trotz dem Einsatz der neuen Waffe „Öl“ – und gleichzeitig das Potential von durch regionale und internationale Kräfte unterstützte Verhandlungen zeigte.<sup>162</sup> Das, was die Fatah-Führung bereits nach der Vertreibung aus Jordanien erkannt hatte, nahmen jetzt auch die arabischen Staaten wahr: Nämlich das eine totale Befreiung Palästinas und damit eine „Vernichtung“ Israels eine unerreichbare Illusion blieb. In der Konsequenz bedeutete das für die arabischen Staaten, dass ein Friedensschluss mit Israel auch eine Lösung des Palästinaproblems beinhalten musste. Diese zu finden konnte aber nur gelingen, wenn sie die sich zunehmend von ihnen emanzipierenden Palästinenser in diesen Prozess miteinbezogen.<sup>163</sup> Auf ihrer Gipfelkonferenz in Algier im Dezember 1973 beschlossen die arabischen Staaten deshalb in einem Geheimpapier – zunächst gegen den Widerstand des jordanischen Königs Hussein – die PLO als alleinige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen und sie zu unterstützen.<sup>164</sup>

Im Gegenzug erwarteten die arabischen Staaten, allen voran der gegenüber Israel und den USA eine „Politik der Öffnung“ betreibende Sadat, von der PLO- bzw. Fatah-Führung eine klare Haltung zu Friedensverhandlungen – insbesondere zur Teilnahme an der von den USA einberufenen Genfer Friedenskonferenz – und damit auch zum möglichen Kompromiss einer „Teilbefreiung“ Palästinas, nämlich einem palästinensischen „Ministaat“ im Westjordanland und im Gazastreifen. Damit lag es an Arafat und der Fatah-Führungsspitze, den Fatah-intern begonnen Kurswechsel durch eine programmatische Umsetzung in der PLO auch nach Außen hin deutlich zu machen, um so die Chance der PLO auf Anerkennung und damit einen erneuten Machtgewinn zu nutzen.<sup>165</sup>

Auf der Sitzung des 12. PNR im Juni 1974 in Kairo brachte die Fatah-Führung deshalb den Vorschlag zu einem Strategiewechsel ein, der auch eine Teilnahme an der Genfer Friedenskonferenz beinhaltete. In der anschließenden Debatte versuchte sie vor allem mit folgenden Argumenten zu überzeugen, wie Yehoshafat Harkabi, Professor und Nahostexperte an der hebräischen Universität in Jerusalem nachzeichnet.

Zum einen fürchteten sie, dass bei einer Nicht-Teilnahme der PLO Jordanien ihren Platz als Fürsprecherin der Palästinenser einnehmen und sich die Westbank und den Gazastreifen selbst einverleiben würde. Die dort angesiedelten Feda'yyeen, so gab die Fatah-Spitze zu bedenken, würde der jordanische König wahrscheinlich vertreiben und die PLO damit in ihrem Bestehen erneut gefährden. Außerdem erinnerte Arafat daran, dass eine große Mehr-

<sup>162</sup> Vgl. Y. Sayigh, 1997, a.a.O, S. 683 f.

<sup>163</sup> Vgl. C. Tuschhoff, 1983: Die PLO im regionalen Dreieckskonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49, S. 37-48, S. 38.

<sup>164</sup> Vgl. Arab League Summit Conference, 1973: Secret Resolutions, 14 December 1973, Algier, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 463.

<sup>165</sup> Vgl. A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 196.

heit der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser zunächst nur von den israelischen Besatzern befreit werden wollte und deshalb für eine Ministaat-Lösung war. Entsprechend die PLO diesem Wunsch und machte sich bei den Verhandlungen für eine solche Lösung stark, so könnte das womöglich den Graben schließen, der zwischen der Bevölkerung in den seit 1967 besetzten Gebieten des Westjordanlands und des Gazastreifens – den „insidern“, die vor allem an der Befreiung dieser Gebiete interessiert waren – und der palästinensischen Diaspora – den „outsidern“, die in ihre Heimat zurückkehren wollten und deshalb eine Befreiung ganz Palästinas forderten – bestand. Das wiederum würde die palästinensische Einheit und somit auch die PLO stärken. Drittens hielt es die Fatah-Führung für äußerst wichtig, durch eine Anpassung der eigenen Strategien an den neu eingeschlagenen, pragmatisch-moderaten politischen Kurs der Arabischen Liga im regionalen Machtgefüge integriert zu bleiben, um nicht erneut eine zweite „innerarabische“ Front zu eröffnen.<sup>166</sup>

Eine Gruppe rund um die linke PFLP, darunter auch die beiden führenden Fatah-Mitglieder Sabir al-Banna (Abu Nidal) und Muhammad Said Musa Maragha (Abu Musa), lehnte diesen Strategiewechsel allerdings mit den Parolen „Nein zu Verhandlung“, „Nein zum Ministaat“ und „Nein zur Kapitulation“<sup>167</sup> ab und argumentierte wie folgt dagegen: Die PLO könne nur in einer Atmosphäre des Konflikts zwischen Arabern und Juden weiterhin bestehen. Deshalb dürfe sie auf keinen Fall an Friedensgesprächen teilnehmen, selbst wenn Jordanien dann ihren Platz einnehmen würde. Vielmehr sei weiterhin eine arabische soziale Revolution anzustreben, die dann auch den jordanischen Herrscher stürzen und anschließend ganz Palästina befreien würde. Außerdem mahnte diese Gruppe an, dass es keine Lösung des Palästinenserproblems sei, nur die Besatzung in der Westbank und im Gazastreifen zu beenden. Das helfe zwar den „insidern“, aber nicht der großen Zahl an palästinensischen Flüchtlingen außerhalb Palästinas, die auf eine Rückkehr in ihre angestammten Gebiete hofften, aus denen sie 1947 vertrieben worden waren. Das Zufriedengeben mit einer Ministaat-Lösung würde die Befreiung Palästinas – dem Endziel des seit fast 10 Jahren betriebenen Guerillakampfes – zum bloßen Wunschtraum transformieren. Das würde die Kluft zwischen „insidern“ und „outsidern“ vergrößern und die PLO weiter schwächen. Darüber hinaus führten sie an, dass die gesamte Konferenz auf der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates beruhen sollte. Diese Resolution könne die PLO auf keinen Fall anerkennen, würde das doch bedeuten, die gesamte Widerstandsbewegung zu demilitarisieren und damit jegliche eigenständige Kontrollmöglichkeit über einen tatsächlichen Rückzug der Israelis aus der Hand zu geben.<sup>168</sup>

<sup>166</sup> Vgl. Y. Harkabi, 1985: The Debate at the 12th Palestinian National Council, in: Michael Curtis, Joseph Neyer u.a.: The Palestinians. People. History. Politics, New Brunswick: Transaction Books, S. 159 – 165, 159 f.

<sup>167</sup> A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 197.

<sup>168</sup> Vgl. Y. Harkabi, 1985, a.a.O., S. 162 f.

Trotz dieser unterschiedlichen Meinung hielten es beide Lager – sowohl die Fatah-Anhänger als auch die PFLP-Unterstützer – am Ende der hitzigen Debatte für katastrophal, diese verschiedenen Sichtweisen nach Außen zu tragen. Sie einigten sich deshalb – mit 86 Für- und nur 14 Gegenstimmen – auf die Annahme eines 10-Punkte-Programms, das die Palästinensische Nationalcharta von 1968 in einigen wesentlichen Punkten revidierte. Zwar wiederholte es im Punkt 1 erneut die Ablehnung der UN-Resolution 242, allerdings aus anderen Gründen als zuvor: War die Resolution zuvor immer wegen ihres Inhalts, nämlich der Anerkennung Israels, kritisiert worden, so wurde sie jetzt nur noch deshalb verworfen, weil sie die „nationalen Rechte des palästinensischen Volkes mißachtet.“<sup>169</sup> Damit lehnte die PLO die Resolution nicht grundsätzlich ab, sondern zeigte implizit, dass sie zu Friedensverhandlungen bereit war. Eine zweite entscheidende Änderung deutet Punkt 2 dieses ersten Etappenprogramms der Organisation an:

„Die PLO kämpft mit allen Mitteln, vor allem mit Hilfe des bewaffneten Kampfes, um die Befreiung des palästinensischen Territoriums und die Errichtung einer autonomen kämpferischen nationalen Macht des Volkes in allen Teilen des palästinensischen Territoriums, die befreit werden.“<sup>170</sup>

Erneut zumindest implizit argumentiert die PLO hier, dass es zur Befreiung Palästinas neben dem bewaffneten Kampf noch andere Methoden gebe. Darüber hinaus gab die PLO in diesem Punkt und anschließend auch im Punkt 4 des Programms das erste Mal zu verstehen, dass die Schaffung eines von ihr angestrebten „demokratischen Palästina-Staates“<sup>171</sup> ein langwieriger Prozess sein würde, in welchem die Errichtung eines palästinensischen Mini-staates auf den bereits befreiten Gebieten ein erster Schritt sein könne. Damit gab die PLO ihre „Alles-oder-Nichts“<sup>172</sup>-Haltung auf. Die Fatah-Führung hatte sich durchgesetzt, der Grundstein für eine diplomatische Offensive der PLO war gelegt. Dass im 10-Punkte-Programm allerdings bewusst wenig klar formuliert und zumeist nur angedeutet wurde, zeigt, wie schwierig und umstritten das Einschlagen eines politischen Weges in der palästinensischen Gesellschaft noch war. Erst über zehn Jahre später auf der Sitzung des 19. PNR 1988 in Algier in der Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina benannte die PLO deutlich eine „politische Lösung“ als neues Mittel und erhob die Befreiung „palästinensischen Territoriums“ – ein Begriff, der sich nach internationalem Verständnis nicht mehr auf ganz Palästina, sondern nur auf das Gebiet bezieht, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrem Teilungsplan von 1947 definierte – zur neuen Maxime.<sup>173</sup>

<sup>169</sup> Palästinensischer Nationalrat, 1974: 10-Punkte-Programm, 12. Sitzungsperiode, Juni 1974, [http://www.palaestina.org/dokumente/plo/10\\_punkte\\_programm\\_1974.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/10_punkte_programm_1974.pdf) [Zugriff: 2.10.2008], Punkt 1.

<sup>170</sup> ebd., Punkt 2.

<sup>171</sup> ebd., Punkt 4.

<sup>172</sup> Vgl. A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 198.

<sup>173</sup> Vgl. Palästinensischer Nationalrat, 1988: Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina, 15. November 1988, Algier, [http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse\\_des\\_19\\_pnr\\_1988.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse_des_19_pnr_1988.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].

Trotz aller Uneindeutigkeiten hatte die Annahme des 10-Punkte-Programms für die PLO auf regionaler und internationaler Ebene aber zwei direkte Folgen:

Zum einen erkannte sie die Arabische Liga auf ihrer Gipfelkonferenz im Oktober 1974 in Rabat nun offiziell als einzige legitime Vertreterin der Palästinenser an und machte sie damit zu einem regionalen politischen Machtfaktor, zu einem gleichberechtigten Partner der arabischen Staaten.<sup>174</sup> Zum anderen lud die Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgrund dieser Anerkennung Yasir Arafat als Präsident des Exekutivkomitees der PLO zur Teilnahme an Beratungen über die Palästina-Frage ein.

Arafat nutze diese Chance und plädierte am 13. November 1974 in seiner Rede vor der Vollversammlung für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, dessen Recht auf Selbstbestimmung, seine Rückkehr in die Heimat und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, in dem Christen, Juden und Moslems in Eintracht lebten, so wie es die Fatah von ihrer Gründung an vorgesehen hatte. Mit seinen Schlussworten „Today I have come bearing an olive branch and a freedom-fighter's gun. Do not let the olive branch fall from my hand“<sup>175</sup> unterstrich Arafat noch einmal, dass die PLO und damit auch die Widerstandsbewegung an einem Scheideweg zwischen bewaffnetem Kampf und Friedensverhandlungen standen und auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen waren. Zumindest teilweise kamen die Vereinten Nationen dieser Forderung nach, indem sie in der Resolution 3236 das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit anerkannten und in der Resolution 3237 der PLO einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen verliehen.<sup>176</sup>

Das Engagement Arafats und der Fatah-Spitze für einen neuen politischen, diplomatischen Kurs war nach Ansicht führender Wissenschaftler dabei keineswegs uneigennützig. Davon, treibende Kraft eines Strategiewechsels in der PLO weg von alter Kriegsrhetorik zu sein und dadurch politische Verhandlungen auf internationaler Ebene zu ermöglichen, versprach sich die Fatah-Spitze – und besonders Yasir Arafat – bei eben diesen Verhandlungen eine führenden Rolle als Vertreter der Palästinenser zu spielen und damit die eigene Macht innerhalb des palästinensischen Volkes, aber auch im regionalen arabischen Umfeld und in der internationalen Gemeinschaft zu sichern. Hier wird erneut deutlich, dass die Fatah-Führung ihre Entscheidung zumeist sehr pragmatisch, nach Kosten und Nutzen abwägend traf. Im Fall des Strategiewechsels zahlte sich diese Kalkulation machtpolitisch besonders für Yasir Arafat aus: Nach der Schlacht von Karameh war das Jahr 1974 mit der Anerkennung durch die

<sup>174</sup> Vgl. Arab League Summit Conference, 1974: Communique, 29 October 1974, Rabat, published by: Y.Lukacs, 1992, a.a.O., S. 464.

<sup>175</sup> Y. Arafat, 1974: Speech to the UN General Assembly, 13 November 1974, New York, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 317 -333, S. 333.

<sup>176</sup> Vgl. UN Generalversammlung, 1974: Resolution 3236 und 3237, 22. November 1974, New York, [http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution\\_3236.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution_3236.pdf) und [http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution\\_3237.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution_3237.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].

Arabische Liga und der Rede vor den Vereinten Nationen ein weiterer, diesmal politischer Höhepunkt seiner Karriere, durch den er seine Machtposition in den eigenen Reihen weiter ausbaute.<sup>177</sup>

Doch trotz dieser ersten politischen Erfolge, erteilte die Fatah-Führung dem bewaffneten Kampf keine klare Absage, sondern hielt den Mythos des bewaffneten Kampfes als Mobilisierungsstrategie und Druckmittel bei, wie Yezid Sayigh beschreibt:

„The armed struggle had successfully reforged national identity and given substance to the PLO. Consequently its function now changed. Military action became one of instruments of policy serving a broader diplomatic strategy.“<sup>178</sup>

Nach der Niederlage in Jordanien und dem Oktoberkrieg folgte aber schon bald der nächste Beleg dafür, dass die Strategie des bewaffneten Kampfes und des Guerilla-Krieges unter den veränderten internationalen und regionalen Bedingungen militärisch nutzlos war. Und zwar durch die Niederlage 1982 gegen Israel und die Vertreibung aus dem Libanon, die im Folgenden dargestellt werden soll.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das auf der Sitzung des 12. PNR beschlossene, auf Anregung der Fatah unter dem Eindruck der Niederlage im Oktoberkrieg und den anstehenden Friedensverhandlungen zwischen den arabischen Staaten und Israel entstandene 10-Punkte-Programm ein erster Schritt weg von der inzwischen illusionär gewordenen Forderung einer Befreiung ganz Palästinas durch den bewaffneten Kampf und hin zu einer pragmatischen Realpolitik war. Dieser beginnende Wechsel brachte der PLO zwar die von der Fatah-Führung angestrebte regionale und internationale Anerkennung. Eine völlige Abkehr vom immer noch als Grundlage ihres Führungsanspruchs in der palästinensischen Diaspora dienenden bewaffneten Kampf schien aber für Arafat und die anderen Fatah-Führer noch nicht möglich.

### **3.1.3 Die Niederlage im Libanon 1982**

Nach dem Schwarzen September und der Vertreibung aus Jordanien erlitt die PLO 1982 gegen die israelische Armee im libanesischen Bürgerkrieg eine erneut schwere militärische Niederlage, die die Begrenztheit des Guerillakampfes als Mittel zur Befreiung Palästinas deutlich machte.

Die Situation im Libanon war dabei für die Palästinenser von Beginn an weitaus komplizierter und schwieriger als in Jordanien. Denn die libanesische Gesellschaft war selbst stark fragmentiert. Neben einer Differenzierung nach ökonomischem Status und Bildung, sowie Widersprüchen zwischen traditioneller und moderner Elite, war es vor allem die Fragmentierung in die konfessionellen Gemeinschaften von sunnitischen und schiitischen Muslimen, maroni-

<sup>177</sup> Vgl. u.a. H. Baumgarten, 2002, a.a.O. S. 83 ff; M. S. Nasser, 1985, a.a.O., S.208 ff.

<sup>178</sup> Y. Sayigh, 1997, a.a.O., S. 684.

tischen, orthodoxen und griechisch-katholischen Christen und Drusen, die im libanesischen Staat austrahiert werden musste. Dafür hatte man sich 1943 bei der Unabhängigkeitserklärung des Staates auf den so genannten „Nationalpakt“ geeinigt, eine Kompromissformel, die eine Teilung der Macht im Libanon zwischen den Religionsgemeinschaften vorsah.<sup>179</sup> Um in diesem labilen System „überleben“ zu können, musste sich die PLO dort nicht nur mit einem Herrscher gut stellen, sondern sich um ein ausgeglichenes Verhältnis mit allen libanesischen Gruppen bemühen. Ein utopisches Unterfangen.

Nach der Nakba von 1948 und dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 beherbergte der Libanon mit rund 300 000 Mitgliedern die zweitgrößte palästinensische Exilgemeinde. Nach der Niederlage in Jordanien kamen noch einmal rund 100 000 Palästinenser hinzu.<sup>180</sup> Vor allem die dominierende Gruppe der maronitischen Christen empfand die Aufnahme der palästinensischen Neuankömmlinge, zumeist sunnitische Muslime, als Bedrohung. Um das empfindlich Gleichgewicht zwischen Christen und Muslimen im Land nicht zu stören, erhielten die palästinensischen Flüchtlinge deshalb – anders als in Jordanien – nicht die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes und wurden in Lagern im Südlibanon an der Grenze zu Israel untergebracht. Für die Fatah und die anderen Widerstandsgruppen boten die Flüchtlingslager ähnlich denen in Jordanien einen guten Ausgangspunkt für ihre Guerillaangriffe auf Israel. Vor allem die Fatah baute dort trotz dem Kurswechsel bis 1974 militärische Stellungen auf und verübte bis 1982 von dort aus regelmäßig Anschläge auf den Norden Israels. Die israelische Armee reagierte darauf mit Vergeltung, vor allem durch Luftangriffe auf die südlibanesischen Grenzregion. Das wiederum führte zu Spannungen zwischen den palästinensischen Kämpfern und den libanesischen Sicherheitskräften.<sup>181</sup> Um eine Eskalation dieses Konflikts zu vermeiden, schlossen PLO-Führer Yasir Arafat und Emil Busani, ein ranghoher Kommandeur der libanesischen Armee, unter der Schirmherrschaft Nassers im November 1969 das so genannte Kairoer Abkommen. Es regelte die palästinensisch-libanesische Beziehung und die Modalitäten der PLO-Präsenz im Libanon: Demnach sollte die PLO versprechen, sich nicht wie in Jordanien in die inneren Angelegenheiten des Libanons einzumischen und ihre militärischen Aktionen auf den südöstlichen Teils – das Bergland „Arkub“ – zu beschränken. Im Gegenzug erhielt die PLO die Kontrolle über die Flüchtlingslager, durfte darin bewaffnete Einheiten unterhalten, Beobachterstellungen im Grenzgebiet zu Israel erstellen und von libanesischem Gebiet aus Krieg gegen Israel führen – unter der Bedingung, die libanesische

---

<sup>179</sup> Vgl. J. Hippler, 2006: Konfliktanalyse Libanon, Gruppe Friedensentwicklung, Dezember 2006, Duisburg, <http://www.jochen-hippler.de/> [Zugriff. 2.10.2008].

<sup>180</sup> H. Cobban, 1984, a.a.O., S. 47.

<sup>181</sup> Vgl. M. Hudson, 1978: The Palestinian Factor in the Lebanese civil war, in: Middle East Journal, Vol. 32, No. 3, S. 261-278, S. 261 f.

Armee über alle Guerillaaktionen zu informieren.<sup>182</sup> Diese weit reichenden Rechte, die das Abkommen der PLO zugestand, nutzten Arafat und die Fatah-Führung: Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Konflikts in Jordanien verlagerten sie ihre Aktivitäten zunehmend in die Flüchtlingslager im Südlibanon, errichteten dort neue Militärbasen und bauten wie schon in Jordanien einen „Staat im Staate“ auf. Nach dem Schwarzen September und der Vertreibung aus Jordanien zog sich die Fatah-Führung dann ganz mit ihren Kämpfern in den Südlibanon zurück, reorganisierte dort trotz des beginnenden Kurswechsels ihre militärischen Kräfte und machte das Arub-Bergland zur neuen Hauptbasis des palästinensischen Widerstands, zu „Fatah-Land“<sup>183</sup>, wie es Abdallah Frangi bezeichnet. Geprägt von den Erfahrungen in Jordanien waren Arafat und die PLO- bzw. Fatah-Spitze dabei bemüht, Zusammenstöße mit der libanesischen Polizei und der Armee zu vermeiden und sich nicht in die inneren libanesischen Angelegenheiten einzumischen. Denn der Libanon als neue Zentrale des Widerstands schien für die palästinensische Bewegung überlebenswichtig. Doch aufgrund der gesellschaftlichen Fragmentierung des Libanon gelang es der PLO auch hier nicht, einen Konflikt mit dem Gastland zu verhindern. Besonders die führende Schicht der maronitischen Christen nahm die wachsende palästinensische Präsenz im Land als existentielle Bedrohung wahr. Genau hier sehen Wissenschaftler wie Rashid Khalidi das zentrale Problem der palästinensischen Widerstandsbewegung im Libanon: „Any growth of its [the PLO] local strength only multiplied its enemies.“<sup>184</sup>

Die christlichen Parteien begannen, eigene Milizen zum Schutz vor den erstarkenden Palästinensern aufzustellen. Das wiederum veranlasste die muslimischen Gruppen im Land, Gegenmilizen zu bilden. Ohne es zu beabsichtigen schuf die PLO damit alleine durch ihre Präsenz die Voraussetzungen für die Militarisierung eines schon vor ihrer Ankunft bestehenden innenpolitischen Konflikts. Der Libanon bewegte sich auf einen Bürgerkrieg zu; einen Krieg, wie Jochen Hippler beschreibt, zwischen ständig wechselnden Allianzen aus sowohl internen als auch externen Akteuren wie Syrien oder Israel, die den libanesischen Krieg aus pragmatischen Gesichtspunkten für ihre eigenen Zwecke nutzen. Erst 1990 mit der Umsetzung des so genannten „Ta'if-Abkommens“ fand dieser Krieg ein Ende.<sup>185</sup>

Die PLO-Kämpfer wurden von Beginn an in diesen Krieg hinein gezogen – trotz dem auf dem 12. PNR angestrebten Kurswechsel und Arafats Befehl, sich aus dem „Nebenkriegschauplatz des Libanon“<sup>186</sup> herauszuhalten: Schon 1973 verübten israelische Spezialeinheiten, offensichtlich unterstützt von der libanesischen Armee, ein Attentat auf die beiden Fatah-

<sup>182</sup> W. Khalidi, 1983: Conflict and violence in Lebanon. Confrontation in the Middle East, Harvard: Harvard University Press, S. 185.

<sup>183</sup> Vgl. A. Frangi, 1982, a.a.O., S. 172.

<sup>184</sup> R. Khalidi, 1986: Under siege. The PLO decisionmaking during the 1982 war, New York: Columbia University Press, S. 23.

<sup>185</sup> Vgl. J. Hippler, 2006, a.a.O., S. 3.

<sup>186</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Gresh, 1985, a.a.O., S. 125.

Führer Kamal Udwan und Muahmmed Youssef al-Najjar und dem Dichter sowie PLO-Sprecher Kamal Nasir in Beirut. 1975 kamen bei einem Massaker in einem Bus in einem christlichen Viertel dieser Stadt dutzende palästinensischen Frauen und Kindern um. Um ihre Machtbasis im Libanon nicht zu verlieren, konnte die PLO nicht länger neutral bleiben. Sie schlug sich gegen die christlich-maronitische „Libanesische Front“ auf die Seite der progressiven, vor allem aus libanesischen Linken und muslimischem Establishment bestehenden „Nationalen Libanesischen Bewegung.“<sup>187</sup> Als diese die Oberhand zu gewinnen schien und ein Machtwechsel bevor stand, schaltete sich Syrien 1976 als „Ordnungsmacht“ in den Konflikt ein und versuchte, den Libanon unter seine Kontrolle zu bringen. Trotz der vormaligen Verbundenheit mit der PLO stellte sich der syrische Präsident Hafiz al-Assad auf die Seite der maronitischen Christen und fügte der PLO mit dem Massaker im Flüchtlingslager Tel Al Zaatar im Norden Beiruts großen Schaden zu. Bis 1977 verloren die PLO und ihre libanesischen Verbündeten durch die syrische Armee 20 Prozent ihrer militärischen Führung und über 3 000 Kämpfer.<sup>188</sup> Nach den diplomatischen Erfolgen von 1974 war das ein neuerlicher Rückschlag für die PLO. Arafat und die Fatah-Führungsspitze sahen sich darin bestätigt, dass der diplomatische Weg – sowohl auf internationaler Ebene mit den Großmächten USA und Sowjetunion, als auch auf regionaler Ebene mit moderaten Staaten wie Saudi-Arabien oder dem Libanon – inzwischen weitaus gewinnbringender war als die Strategie des bewaffneten Kampfes. Trotzdem gelang es ihr noch nicht, alle palästinensischen Guerillaaktionen zu unterbinden. Vor allem die linke PFLP führt trotz ihrer Schwächung weiterhin cross-border-Operationen gegen Israel durch.

1982 waren diese Angriffe – zumindest vordergründig – Anlass für die erste massive militärische Konfrontation des israelischen Staates mit der PLO: Die israelische Invasion in den Libanon. Während sich das Verhältnis zwischen Israel und Ägypten mit dem Camp-David-Abkommen von 1978 normalisiert hatte, rückte die Nordgrenze Israels zunehmend in den Fokus der israelischen Regierung, an deren Spitze seit den Parlamentswahlen 1977 der rechtsgerichtete Likud-Block stand. Unter dem Schlagwort „Frieden für Galiläa“ marschierten israelische Bodentruppen in den Süden des Libanon ein und drangen geschützt durch ein Waffenstillstandsabkommen mit Syrien bis nach Beirut vor. Israel ging es damit bei dieser Invasion nicht darum – wie öffentlich angeführt – die PLO durch die Zerstörung ihrer Stützpunkte im Südlibanon militärisch zu zerschlagen. Vielmehr wollten Ministerpräsident Menachem Begin und Verteidigungsminister Ariel Sharon sie auch politisch vernichten, sie als unabhängigen politischen Faktor ausschalten und damit auch einen Niedergang des palästinensischen Nationalismus in den von Israel besetzten Gebieten erwirken. Zu stark und damit

---

<sup>187</sup> Vgl. T. Hanf, 1999: Dealing with difference. Religion. Ethnicity and politics. Comparing cases and concepts, Baden-Baden: Nomos, S. 237 ff.

<sup>188</sup> Vgl. M. Hudson, 1969, a.a.O., S. 271 ff.

zu bedrohlich war ihnen die PLO in den 70er und 80er Jahren durch ihr langsames Umschwenken auf einen realpolitischen Kurs, die damit gewonnene Anerkennung durch die Arabische Liga sowie durch die Vereinten Nationen und die zunehmend in Betracht gezogene Möglichkeit eines autonomen Palästinenserstaates in den besetzten Gebieten geworden.<sup>189</sup> Zweieinhalb Monate belagerten die israelischen Truppen den Westen Beiruts und fügten der dort eingeschlossenen PLO-Führung durch systematische Bombardements schwere militärische Verluste zu. Im August 1982 verließen Arafat und die Fatah-Spitze dann zusammen mit rund 8 500 PLO-Mitgliedern Beirut auf von Griechenland bereitgestellten Schiffen Richtung Tunis, ihrem neuen Exil, wo die PLO-Zentrale bis 1994 bleiben sollte. Trotz schriftlicher Zusicherung der libanesischen Armee für die Sicherheit der jetzt ungeschützten palästinensischen Zivilbevölkerung zu sorgen, verübten christlich-libanesische Milizionäre mit israelischer Unterstützung noch im September 1982 ein Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern Sabra und Shatila<sup>190</sup> von Beirut.

Die israelische Invasion im Libanon und die Vertreibung der Feda'iyeeen aus Beirut war damit für die palästinensische Widerstandsbewegung eine schwere militärische Niederlage. Mit weit reichenden Folgen im Hinblick auf den Wandel der Fatah bzw. der PLO von einer Guerillaorganisation hin zu einer mit diplomatischen Mitteln kämpfenden Bewegung:

Die praktische Umsetzung des Konzepts des bewaffneten Kampfes als Mittel zur Befreiung ganz Palästinas, so wie ihn die Fatah 1968 in Karameh aufgenommen und in der PLO-Charta festgesetzt hatte, war mit dieser Vertreibung endgültig gescheitert. Denn mit dem Libanon hatte die PLO ihre letzte und damit wichtigste „semi-autonome“ militärische Basis verloren, die sie für einen nutzbringenden Guerillakampf gegen Israel benötigt hätte. Jetzt saß die gesamte PLO-Führung im tunesischen Exil, über 2 000 Kilometer entfernt von der palästinensischen Bevölkerung im Libanon, in Jordanien, in Syrien und den besetzten Gebieten. Ihre Beziehung zu den Flüchtlingslagern – den wichtigsten Basen für den Guerillakampf und die Rekrutierung neuer Kämpfer – waren damit kaum aufrechtzuerhalten. Die palästinensischen Truppen selbst waren über verschiedenste arabische Länder – zum Beispiel Syrien, Irak oder Algerien – verstreut und gerieten unter deren Kontrolle. Unter diesen Bedingungen einen bewaffneten Kampf so nutzbringend durchzuführen, wie es den Fatah-Gründern zu Beginn 1958 vorgeschwebt war, war nicht möglich, das ganze Konzept in der Praxis damit obsolet.<sup>191</sup> Da aber der Führungsanspruch der Fatah innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und auch innerhalb der PLO auf diesem Konzept basierte, sah sich die Fatah-Spitze um Arafat dazu gezwungen, den bewaffneten Kampf und die Befreiung Palästi-

<sup>189</sup> Vgl. E. Sahliyeh, 1986: PLO after the Lebanon War, Colorado: Bolder, S. 14 ff.

<sup>190</sup> Zu dem Massaker von Sabra und Shatila vgl. D. Hirst, 1977, a.a.O., S. 422 ff.

<sup>191</sup> Vgl. R. Khalidi, 1985: The Palestinian Dilemma. PLO policy after Lebanon, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 15, No. 1, S. 88 – 103, S. 90 ff.

nas zumindest als Ideal auf dem Papier – insbesondere in der PLO-Charta – beizubehalten. In der Praxis allerdings wählten sie erneut ganz pragmatisch eine andere, ihrer Meinung nach nutzbringendere Strategie: Um nach dem Scheitern des bewaffneten Kampfes in der Diaspora ihre Legitimität zurück zu gewinnen, verlagerte die Fatah und damit auch die PLO ihren Widerstand in die besetzten Gebiete und richteten ihren Fokus auf die dort lebenden Palästinenser, die „insider“, die in erster Linie nach der Befreiung dieser Gebiete strebten und einer Ministaatlösung positiv gegenüber standen. Außerdem startete Yasir Arafat, der die strukturelle Schwächung der Fatah und der PLO sowie deren Vertreibung aus Beirut zum Ausbau seiner Führungsposition genutzt hatte, eine neue diplomatische Offensive, um mit dem Strom der regionalen, diplomatischen Verhandlungen, die in den 70er und 80er Jahren im Nahen Osten eingesetzt hatten, mit zu schwimmen und so eine Marginalisierung der PLO in der arabischen Politik zu verhindern.<sup>192</sup>

Dabei konzentrierte er seine Bemühungen vor allem auf die zu dieser Zeit pro-westlichen moderaten arabischen Staaten Jordanien und Ägypten mit zwei Zielen: Zum einen versprach er sich von dieser Kooperationsbereitschaft eine Signalwirkung in der arabischen Welt, die eine verstärkte finanzielle Zuwendung der reichen, ebenfalls moderaten arabischen Ölstaaten wie Kuwait und Saudi-Arabien bewirken sollte. Denn nach der Zerstörung ihrer gesamten Infrastruktur im Libanon benötigten die PLO und die Fatah dringend Geld, um ihre inneren Strukturen aufrecht zu erhalten und ihre Aktivitäten zu finanzieren.<sup>193</sup> Zum anderen wollte Arafat so der PLO bzw. der Fatah einen Platz bei den Nahost-Friedensverhandlungen auf internationaler Ebene sichern und sich den USA annähern, die seiner Meinung nach „den Schlüssel zu Israel besaßen.“<sup>194</sup> In diesem Zug beschäftigte er sich beispielsweise mit dem 1982 erstellten Friedensplan des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, der zwar das Recht der Palästinenser auf einen Staat in der Westbank und dem Gazastreifen verleugnete, aber einen Abzug der Israelis aus bestimmten Territorien vorsah, die dann unter jordanische Herrschaft gestellt werden sollten. Außerdem einigte er sich im Dezember 1982 mit dem jordanischen König Hussein auf ein Vier-Punkte-Abkommen, das auf Grundlage der UN-Resolution 242 die Aufstellung einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation für Friedensverhandlungen vorsah. Damit allerdings ging er einen Schritt zu weit. Nicht nur in den Reihen der „PLO-Opposition“, bestehend aus den linken Gruppen um die PFLP, sondern auch innerhalb der Fatah-Führung, regte sich durch dieses breite Zugeständnis Kritik und Widerstand gegen Arafats Kurs der moderaten Diplomatiepolitik.

---

<sup>192</sup> Vgl. Palästinensischer Nationalrat, 1984: Beschlüsse der 17. Sitzung, November 1984, Amman, [http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse\\_des\\_17\\_pnr\\_1984.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse_des_17_pnr_1984.pdf) [Zugriff: 2. 10. 2008]; Y. Sayigh, 1989, a.a.O., S. 248 ff.

<sup>193</sup> Vgl. A. Garfinkel, 1983: Sources of the Al-Fatah mutiny, in: Orbis, Bd. 27, Heft 3, S. 603 – 640, S. 610 f.

<sup>194</sup> Yasir Arafat zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 234.

Diese Opposition war allerdings nicht neu: Schon beim ersten Versuch der gemäßigten Kräfte um Khaled al-Hassan, Faruk Kaddumi und Yasir Arafat, einen moderaten Kurs einzuschlagen, hatte sich innerhalb der Fatah eine Gegenfraktion von Radikalen gebildet, die weiter für eine „Alles-oder-nichts-Politik“ mit dem Ziel einer Befreiung ganz Palästinas eintraten und bereits gegen das 10-Punkte-Programm auf der 12. Sitzung des PNR gestimmt hatten.<sup>195</sup> Im Mai 1983 formierten sie sich als Gruppe „Fatah – der Aufstand“ unter der Leitung der Fatah-Führer Muhammad Said Musa Maragha (Abu Musa), bis dahin stellvertretender Leiter im militärischen Planungsstab der Fatah, Sabir al-Banna (Abu Nidal), der den linken Flügel der Fatah vertrat und dem Nimr Salih (Abu Salih). Sie lehnten den Dialog zwischen Arafat und König Hussein sowie einen möglichen Ministaat in den besetzten Gebieten als Verrat an den Palästinensern ab und forderten weiterhin die Befreiung ganz Palästinas durch den bewaffneten Kampf. Arafats politisch-diplomatische Alleingänge verurteilten sie scharf. Die Gruppe ging deshalb zum Angriff über und verübte zunächst eine ganze Serie von Anschlägen auf Arafat-Vertraute.

Unterstützt wurde sie bei dieser Rebellion von Syriens Präsident Assad, der dadurch Einfluss auf die Fatah nehmen wollte, um bilaterale Abkommen zwischen der PLO und Jordanien, Ägypten oder Israel zu verhindern, durch die er seine eigene Vormachtsstellung in der Region bedroht sah. Assad lieferte den Rebellen deshalb Waffen und half ihnen im Sommer 1983 das Fatah-Büro in Damaskus zu besetzen. In Syrien und dem von Syrien kontrollierten Teil des Libanon brachen daraufhin schwere Kämpfe zwischen den Rebellen und Arafats Loyalisten aus, die erst endeten, als sich die rund 5 000 Arafat Getreuen im Dezember 1983 aus den syrischen Einflussgebieten zurückzogen. Doch trotz deren militärischer Schwäche, schafften es die Fatah-Rebellen nicht, Arafat und seine moderaten Verbündeten von der Spitze der Bewegung zu verdrängen.<sup>196</sup> Aus folgendem Grund, wie Adam Garfinkel beschreibt:

Den Rebellen fehlte der Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung – sowohl unter den „insidern“ als auch unter den „outsidern“ – und damit auch innerhalb der Fatah.

Bei der Mehrheit der Palästinenser stieß die Gruppe um Muhammad Said Musa Maragha durch ihre Attentate und Anschläge auf die Mitglieder der eigenen Gemeinschaft auf Ablehnung. Arafat hingegen erfuhr durch seinen moderaten Kurs mit der Option einer Ministaatlösung vor allem bei den „insidern“, die für einen solchen Staat waren, großen Zuspruch: Eine Meinungsumfrage in der Westbank und im Gazastreifen ergab, dass rund 79 Prozent der Befragten hinter Arafat und seiner Politik standen.<sup>197</sup> Nach Adam Garfinkel war Arafat dort

<sup>195</sup> Vgl. Y. Harkabi, 1985, a.a.O., S. 159 f.

<sup>196</sup> Vgl. M. Shuquair, 1983: The Fateh Split, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 13, No. 1, S. 169-180.; S. 170 ff.

<sup>197</sup> Vgl. M. Shadid / R. Seltzer, 1988: Political attitudes of Palestinians in the West Bank and Gaza Strip, in: *Middle East Journal*, Vol. 42, No. 1, S. 16-32. S. 23.

durch seine diplomatische Offensive und die Anerkennung, die er so für die Palästinenser auf internationaler Ebene errungen hatte, zum zentralen Symbol der Hoffnung auf ein Ende der Besetzung geworden: „His [Arafats] military base was gone but his political strength has never been greater.“<sup>198</sup> Dieser Popularitätsgewinn machte es kaum mehr möglich, ihn von seiner Spitzenposition innerhalb der Fatah zu verdrängen.

Aber auch bei der palästinensischen Diaspora, den „outsidern“, fanden die Fatah-Rebellen kaum Unterstützer. Die linken Gruppen um Habashs PFLP, die innerhalb der PLO eine Opposition zur Fatah bildeten und auch für eine Befreiung ganz Palästinas waren, lehnten das gewaltsame Vorgehen der Gruppe gegen die eigenen Parteikameraden ebenfalls ab und sahen in den Rebellen ein Instrument Syriens, um die Einheit und Gemeinschaft der Palästinenser zu schwächen. Sie schlugen sich deshalb trotz der inhaltlichen Konformität nicht auf ihre Seite, sondern bildeten eine „loyale“ Opposition, die Arafat zwar kritisierte, seinen Führungsanspruch innerhalb der PLO aber akzeptierte.<sup>199</sup>

Die Rebellion der radikalen Kräfte in der Fatah war damit gescheitert. Ihre Anhänger traten anschließend aus dem Zentralkomitee der Fatah und dem PNR aus, in dem sich damit die Mehrheit zu Gunsten der moderaten Kräfte um Arafat verschob. Entsprechend bestätigte der PNR dann auch auf seiner 17., von Arafat einberufenen Sitzung im November 1984 dessen Politik und erteilte ihm ein Mandat für weitere Verhandlungen.<sup>200</sup>

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die israelische Invasion im Libanon und die Vertreibung aus Beirut 1982 der palästinensischen Widerstandsbewegung zwar aus militärischer Sicht eine schwere Niederlage zufügte, die den bewaffneten Kampf als Mittel zur Befreiung Palästinas in der Praxis obsolet machte. Politisch gesehen ging aber vor allem die Fatah-Spitze um Yasir Arafat gestärkt aus dieser Niederlage hervor: Der Nutzen ihres 1974 angeregten Kurswechsel in der PLO hin zu einer moderaten Realpolitik war durch das militärische Scheitern bestätigt, die radikalen Kräfte innerhalb der Fatah und der PLO dadurch geschwächt und Arafats Rückhalt vor allem unter den Palästinenser in den besetzten Gebieten, zu deren Gunsten sich das Gewicht innerhalb der PLO nach der Flucht der Führungsspitze ins tunesische Exil verlagert hatte, vergrößert. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung 1959 schien für die Fatah damit das Win-set einer friedlichen Lösung des Konflikts größer als das Win-set eines bewaffneten Kampfes.<sup>201</sup> Eine völlige, auch begriffliche Loslösung von diesem Konzept gelang aber erst 1988 im Zuge der ersten Intifada, die die Fatah und die PLO erneut vor eine große Herausforderung stellte, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

<sup>198</sup> A. Garfinkel, 1983, a.a.O., S. 639.

<sup>199</sup> Vgl. ebd., S. 636 ff.

<sup>200</sup> Vgl. Palästinensischer Nationalrat, 1984: Beschlüsse der 17. Sitzung, a.a.O..

<sup>201</sup> Vgl. A. Garfinkel, 1983, a.a.O., S. 640.

### 3.1.4 Die erste Intifada

Ein Autounfall, bei dem am 8. Dezember 1968 vier palästinensische Arbeiter im Gazastreifen ums Leben kamen, nachdem ein israelischer LKW mit ihren Fahrzeugen kollidiert war, wurde zum unmittelbaren Anlass des Ausbruchs der ersten Intifada<sup>202</sup>, dem Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, „an unarmed Palestinian revolt against the loss of Palestinian rights and land“<sup>203</sup>, wie Salah Khalaf es beschreibt.

Nachdem sich das Gerücht verbreitete hatte, ein Israeli haben diesen Unfall absichtlich provoziert, aus Rache für einen wenige Tage zuvor verübten Mord an einem israelischen Geschäftsmann in Gaza-Stadt, kam es im ganzen Gaza-Streifen zu Massendemonstrationen und Protestaktionen gegen die Besatzer, die innerhalb weniger Tage auch auf Ost-Jerusalem und auf das Westjordanland übergriffen. Die Intifada hatte begonnen. Sowohl die israelischen Besatzer als auch die im tunesischen Exil sitzende PLO-Führung um Yasir Arafat – darunter auch Khalil al-Wazir, innerhalb der Fatah-Führung zuständig für die besetzten Gebiete – wurden zwar vom Zeitpunkt des Ausbruchs des Massenaufstands überrascht.

Unerwartet kam dieser allerdings nicht. Denn in den 20 Jahren israelischer Besatzung hatte sich die Lage für die in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser stetig verschlechtert. Seit 1967 beschlagnahmte die israelische Militärregierung in der Westbank und im Gaza-Streifen immer wieder Land, um darauf militärische Stützpunkte oder israelische Siedlungen zu errichten. Bis 1987 befanden sich auf diese Weise bereits fast die Hälfte des Landes am Jordanwestufer und 40 Prozent des Gaza-Streifens in israelischem Besitz. Neben der stetigen Landnahme verordnete der damalige israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin ab 1985 eine „Politik der eisernen Faust“ gegen die Palästinenser, die sich dem Besatzungsregime nicht beugen wollten: Viele wurden verhaftet, verhört und unter Hausarrest gestellt. Universitäten wurden geschlossen und Ausgangssperren verhängt. Jeder Schritt eines Palästinenser unter Besatzung, so der palästinensische Rechtsanwalt Raja Shehadeh, wurde in dieser Zeit durch Militärverordnungen kontrolliert.<sup>204</sup> Wirtschaftlich gesehen waren die besetzten Gebiete bis 1987 völlig unterentwickelt und von Israel abhängig. Die Produktion in allen Wirtschaftssektoren – sei es in der Landwirtschaft oder in der Bauwirtschaft – stagnierte. Die lokalen Märkte wurden von israelischen Produkten überflutet. Zudem hatte die israelische Administration 1976 zuerst im Westjordanland und anschließend im Gaza-Streifen eine Mehrwertsteuer eingeführt, die jegliche wirtschaftliche Entwicklung ausbremste. Damit mangelte es in den besetzten Gebieten auch an Arbeitsplätzen. Während viele Palästinenser bei geringer Bezahlung als Tagelöhner in Israel arbeiteten, blieben vor allem die jungen palästi-

<sup>202</sup> Der arabische Begriff „Intifada“ leitet sich vom achten Stamm der Wurzel des Begriffs „nafada“, zu Deutsch „sich schütteln“ ab. Gemeint ist das Abschütteln der israelischen Besatzung. Vgl. W. Starke, 2000, a.a.O., S. 131.

<sup>203</sup> Abu Iyad, 1990: Lowering the sword, in: Foreign Policy, No. 78, S. 92-112, S. 100.

<sup>204</sup> Vgl. R. Shehadeh, 1988: Occupier's Law and the Uprising, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 17, No. 3, S. 24 – 37, S. 27.

nensischen, traditionell am stärksten politisierten Akademiker, die in von den Vereinten Nationen finanzierten Schulen und Universitäten ausgebildet worden waren, in den besetzten Gebieten ohne Arbeit.<sup>205</sup>

Diese sich vor allem im Gaza-Streifen zunehmend verschlechternden Lebensbedingungen machten die besetzten Gebiete zu einem, wie Emile Nakhleh es beschreibt, „pressure-cooker ready to explode.“<sup>206</sup> Mit dem Ausbruch der ersten Intifada entlud sich dieser Druck in Massendemonstrationen, einem gewaltlosen Widerstand gegen die israelische Besatzung auf den Straßen der besetzten Gebiete. Es war ein spontaner Aufstand von „Innen“ heraus, getragen durch die in der Westbank und dem Gaza-Streifen lebenden Palästinenser selbst. Er war nicht von „Außen“ durch die PLO- bzw. Fatah-Spitze initiiert, sondern entwickelte sich losgelöst von deren Führung.<sup>207</sup> Damit barg die Intifada – trotz oder gerade wegen der großen regionalen und internationalen Aufmerksamkeit, die den Palästinensern durch diesen Aufstand zukam – für die PLO-Spitze im Exil das große Risiko, ihren Führungsanspruch innerhalb der Palästinenser und somit ihre Rolle als Vertreterin der Palästinenser nach Außen hin zu verlieren. Mit der Intifada entstand also, wie die Politikwissenschaftlerin Anat Kurz feststellt,

„a new force [...] on the streets, challenging not only the Israeli occupation but the PLO itself. This challenge could only be fended off if the uprising could be transformed into an institutional opportunity.“<sup>208</sup>

Innerhalb von nur fünf Wochen nach Ausbruch gelang es, diesen Aufstand zumindest ein Stück weit zu institutionalisieren: Fatah, PFLP, DFLP und die Palästinensische Kommunistische Partei schlossen sich in den besetzten Gebieten zur „Vereinigte Nationale Führung der Intifada“ (VNFI) zusammen; zwar unter der Führung von Intellektuellen aus der Westbank, aber mit direkter Verbindung zur PLO-Spitze nach Tunis. Außen vor blieben dabei allerdings die verstärkt im Gazastreifen aktiven islamischen Kräfte, die nach dem Ausbruch der Intifada mit den säkularen Gruppierungen um die Vormachtstellung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft wetteiferten.

Aus dem Untergrund heraus entwickelte die VNFI Strategien und plante Aktionen. Erst diese einheitliche Führung ermöglichte es, die in der Intifada freigesetzten Kräfte zu bündeln, sie zu nutzen und den Aufstand rund sechs Jahre am Leben zu erhalten.<sup>209</sup> Zu den drei Hauptzielen der Intifada erklärte die VNFI es, die Ablehnung der Besatzung zu demonstrieren, ein Ende der israelischen Besatzung zu bewirken und einen unabhängigen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten zu errichten. Um das zu erreichen, beschlossen sie zwei Aktionsformen: Zum einen den bereits bestehenden Massenaufstand der palästinensischen

<sup>205</sup> Vgl. E. Nakhleh, 1988, a.a.O., S. 210 ff.

<sup>206</sup> ebd., S. 210.

<sup>207</sup> Vgl. H. Cobban, 1990, a.a.O., S. 208 ff.

<sup>208</sup> A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 116.

<sup>209</sup> Vgl. H. Cobban, 1990, a.a.O., S. 232 f.

Gesellschaft gegen die Besatzung, bei dem bewusst auf den Einsatz von Schusswaffen verzichtet werden sollte. Eine zentrale Rolle spielte dabei die vom Fatah-Führer Khalil al-Wazir kontrollierte Fatah-Jugendorganisation „Shabiba“, bestehend vor allem aus jungen Studenten, ehemaligen politischen Gefangenen und einfach Rowdys, die sich seit Anfang der 80er Jahre um die alltäglichen Bedürfnisse der Palästinenser in den Flüchtlingslagern in der Westbank und im Gazastreifen kümmerten, diese dadurch in zunehmendem Maße kontrollierten und sie schleichend dem Zugriff der israelischen Verwaltung entzogen. Diese jungen Shabiba-Mitglieder waren es großteils, die sich nur mit Steinen oder Molotow-Cocktails der schwer bewaffneten israelischen Armee gegenüberstellten und so die Intifada in Fernsehbildern, die um die ganze Welt gingen, zum Mythos, zum „Aufstand der Kinder“, zum „Kampf David gegen Goliath“, machten. Das verschaffte den Palästinensern in der Weltöffentlichkeit Gehör.<sup>210</sup>

Neben diesem Volksaufstand organisierte die VNFI außerdem eine Kampagne des so genannten zivilen Ungehorsams. Dazu gehörten beispielsweise Streiks der palästinensischen Händler und Geschäftsleute, die vor allem die Fatah durch fast täglich verteilte Flugblätter organisierte, Steuerboykotts oder Boykotts gegenüber israelischen Produkten durch das Herstellen lokaler Alternativen. Um die Versorgung der Palästinenser in den besetzten Gebieten trotzdem aufrecht zu erhalten, schaffte die VNFI durch das Errichten eines Netzwerks an so genannten Komitees, in denen die Palästinenser freiwillig zusammenarbeiteten, eine von den Besatzern unabhängige Infrastruktur. So etablierten sie beispielsweise durch diese Komitees ein eigenes Erziehungssystem, nachdem die israelische Armee die palästinensischen Schulen und Universitäten schließen ließ. Schüler, Studenten, Lehrer und Professoren trafen sich dabei außerhalb der von den israelischen Besatzern kontrollierten Gebäude privat zu Hause und hielten dort Unterrichtsstunden und Vorlesungen ab.<sup>211</sup>

Durch diesen Massenaufstand und die damit verbundene eigenständige Organisation des alltäglichen Lebens demonstrierten die Palästinenser mit der Intifada sowohl Israel als auch der internationalen Gemeinschaft ihre Existenz und ihre Forderung nach einem palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten zu errichten. Die Hauptleistung der Intifada war es, dass sie vor allem über die Medien weltweit Aufmerksamkeit für die Palästinenser und die Menschenrechtsverletzungen durch die israelischen Besatzer erregte. Dabei war es vor allem die „gewaltlose“ Art des Widerstands gegen eine militärische Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt, die den Palästinensern sowohl regionale als auch internationale Unterstützung sicherte und gleichzeitig auf beiden Ebenen viel Kritik gegen Israel hervorrief.<sup>212</sup> Diese reichte bis zur im November 1987 verabschiedeten Resolution 605, in der der

<sup>210</sup> Vgl. H. Cobban, 1990, a.a.O S. 218 f.

<sup>211</sup> Vgl. D. Peretz, 1990: Intifada. The Palestinian Uprising, Colorado: Westview Press, S. 52 ff.

<sup>212</sup> Vgl. ebd., S. 163 ff.

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die israelische Besatzungspolitik monierte.<sup>213</sup> Daneben verlieh die Intifada den Palästinensern zusätzlich eine neue Art politischer Unabhängigkeit von den arabischen Ländern, weil dieser friedliche Kampf nicht von einem dritten arabischen Land aus, sondern direkt im Herzen Palästinas geführt wurde. Woran die Fatah in den Jahren davor mit ihrer Strategie des bewaffneten Kampfes immer gescheitert war, hatte die Intifada jetzt geschafft: Nämlich die Masse der Palästinenser zu einem gemeinsamen Kampf, einem Aufstand zu bewegen.

Damit war das Konzept des bewaffneten Kampfes spätestens jetzt überholt. Arafat und die Fatah-Führungsspitze hatten das erkannt. Obwohl damit ihrer eigenen Strategie des Guerillakampfes widersprechend, entschieden sie erneut pragmatisch, sich durch die Gründung der VNFI sich dem Aufstand anzuschließen, um diese neue Macht, die von der Intifada besonders dadurch ausging, dass sie weltweit Aufmerksamkeit erregte, zu nutzen und ihren Führungsanspruch weiter zu festigen.<sup>214</sup> Damit wurde die Intifada zum Zusammenspiel von „insidern“ und „outsidern“, spontan innerhalb der besetzten Gebiete entstanden und durch die palästinensische Führung von außen strukturiert und gefestigt. Dieses Zusammenspiel war es, das die Intifada von vorherigen Aufständen und Unruhen in den besetzten Gebieten abhob und den Palästinensern auf regionaler und internationaler Ebene so viel Aufmerksamkeit verschaffte. Gleichzeitig geriet die PLO-Führung um Arafat durch die Intifada unter großen Druck, wie Azmi Bischara beschreibt:

„Die Intifada drängte in Richtung eines klaren politischen Programms. Der neue internationale Status der Palästinafrage musste seine Entsprechung in einer neuen politischen Doktrin finden. Nur dadurch konnte die Intifada in einen politischen Erfolg umgemünzt werden. Gleichzeitig erwarteten die Menschen in den besetzten Gebieten den Beginn eines politischen Prozesses.“<sup>215</sup>

Es war nun also vor allem an Yasir Arafat, das durch die Intifada Erreichte auf politischer Ebene umzusetzen. Den Weg dahin ebnete ihm der jordanische König Hussein. Denn die Intifada hatte den jordanischen Anspruch auf die Westbank in Frage gestellt. In einer Fernsehansprache im Juli 1988 proklamierte Hussein dann die Aufgabe jeglicher jordanischer Souveränitätsansprüche gegenüber des Westjordanlands und Ost-Jeruselems, wies gleichzeitig alle israelischen Ansprüche auf diese Gebiete zurück und machte deutlich, das dort nur ein unabhängiger palästinensischer Staat errichtet werden könne und zwar unter der Verantwortung der PLO.<sup>216</sup> Durch diese Entscheidung des jordanischen Königs entstand ein politisches Vakuum, das eine große Chance für den gesamten palästinensischen Widerstand

<sup>213</sup> Vgl. UN Security Council, 1987, Resolution 605, 22. December 1987, New York, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 30.

<sup>214</sup> Vgl. H. Cobban, 1990, a.a.O., S. 232.

<sup>215</sup> A. Bischara, 1991: Zur Entwicklung der politischen Doktrin der PLO, in: Dietrich Neuhaus / Christian Sterzing (Hrsg.): Die PLO und der Staat Palästina. Analysen und Dokumente zur Entwicklung der PLO, Frankfurt a. M.: Haag und Herchen, S. 39.

<sup>216</sup> Vgl. King Hussein of Jordan, 1988: Adress on Jordan's Disengagement from the West Bank, 31 July 1988, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 520 -525.

bot und schnelles Handeln erforderte. Am 4. August 1988 nahm der Zentralrat der PLO die Verantwortung für die besetzten Gebiete an. Gegen den Widerstand der Linken und der Radikalen innerhalb der Fatah, aber mit großem Zuspruch der Palästinenser aus den besetzten Gebieten beschloss der PNR dann auf seiner 19. Sitzung im November 1988 in Algier unter der Leitung Arafats die Proklamation eines unabhängigen palästinensischen Staates auf „palästinensischem Territorium“ – ein Begriff, der sich nach internationalem Verständnis nicht mehr auf ganz Palästina, sondern nur auf das Gebiet bezog, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrem Teilungsplan von 1947 in der UN-Resolution 181 definierte. Damit verzichtete die PLO auf jene 78 Prozent des historischen Palästinas, auf dessen Boden sich jetzt Israel befand und begnügten sich mit den 22 Prozent des noch besetzten Westjordanlands und des Gazastreifens als neuem Staatsgebiet.

Neben diesem territorialen Verzicht, so schreibt die Unabhängigkeitserklärung weiter fest, werde der Staat Palästina Konflikte in Zukunft nur noch mit friedlichen Mitteln in Übereinstimmung mit der UN-Charta und den UN-Resolutionen beilegen.<sup>217</sup> Das bedeutete eine klare Absage an die Strategie des bewaffneten Kampfes. Einen Monat später, auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen in Genf unterstrich Yasir Arafat den Strategiewechsel, indem er seine Zustimmung zu den in der Fatah und PLO bisher sehr umstrittenen UN-Resolutionen 242 und 338 gab, damit seinen Verzicht auf Terror und die Anerkennung des Existenzrechts Israels erklärte und so den Weg frei machte für Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO.<sup>218</sup> Trotzdem endete die erste Intifada erst 1993 mit der Unterzeichnung der Verträge von Oslo und auch der Begriff des bewaffneten Kampfes wurde erst 1996 auf der 21. Sitzung des PNR aus der PLO-Charta gestrichen. Damit wird klar: Bei der auf der 19. Sitzung des PNR erarbeiteten Unabhängigkeitserklärung ging es weniger um einen vollständig ausgearbeiteten neuen diplomatischen Kurs der PLO als vielmehr um die Signalkraft, wie Edward Said beschreibt. Demnach war die Erklärung

„a beginning that signals a distinct break with the past, as willingness to make sacrifices in the interest of peace, as definitive statement of the Palestinian acceptance of the international consensus.“<sup>219</sup>

Nach den militärischen Niederlagen in Jordanien und im Libanon hatte sich die Fatah-Führungsspitze um Arafat mit der Intifada also endgültig für einen neuen, diplomatischen Weg entschieden. Warum? Nicht nur, dass die Intifada als friedlicher Aufstand die Massen weit mehr mobilisiert hatte, als es der Fatah in den Jahren zuvor durch den bewaffneten Kampf je gelungen war. Dieser Aufstand hatte auch durch das Erregen von regionaler und

<sup>217</sup> Vgl. Palästinensischer Nationalrat, 1988: Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästinas, a.a.O..

<sup>218</sup> Vgl. Y. Arafat, 1988: Speech to the UN General Assembly, 13 December 1988, Geneva, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 420 - 434.

<sup>219</sup> E. Said, 1994: The politics of dispossession. The struggle for Palestinian self-determination. 1969 - 1994, New York: Pantheon Books, S. 151.

internationaler Aufmerksamkeit zum ersten Mal für die PLO-Führung und damit auch für die Fatah-Spitze die Möglichkeit geschaffen, ihre Macht durch die Etablierung eines palästinensischen Staates unter ihrer Führerschaft dauerhaft zu sichern. Eine Teilstaatenlösung bedeutete damit keine win-lose-Situation mehr, sondern schien gerade für die Fatah von großem machtpolitischem Nutzen zu sein. Und da sich die Radikalen, die weiterhin eine Befreiung ganz Palästinas forderten, von der Fatah abgespalten hatten und die „insider“ nach der Intifada die PLO dominierten, gab es auch in den eigenen Reihen keine Widerstände mehr, gegen die Arafat und seine Verbündeten einen neuen politisch-diplomatischen Kurs durchsetzen mussten.<sup>220</sup> Als Vorreiter bot ihnen, insbesondere Arafat, dieser Kurswechsel außerdem erneut die Chance, eine entscheidende Rolle bei den Friedensverhandlungen mit Israel auf regionaler und internationaler Ebene zu spielen und damit weiter an Macht und Ansehen zu gewinnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Intifada zunächst zwar als Aufstand der Palästinenser gegen die israelischen Besatzer aus den besetzten Gebieten heraus begann, bald aber durch die VNFI, durch die Shabiba und vor allem durch Khalil al-Wazir, von der palästinensischen Führung aus dem Exil gesteuert und für eigene machtpolitische Zwecke genutzt wurde. Dabei führte die Intifada als von unten aus der Bevölkerung ausgelöster Massenaufstand das bisherige Fatah-Konzept des bewaffneten Kampfes, nach dem ein solcher Aufstand nur durch Vorkämpfer in einem Guerillakrieg ausgelöst werden konnte, ad absurdum und wurde mit der Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina zum Wendepunkt des gesamten palästinensischen Widerstands. Den palästinensischen Führungskräften eröffnete das einen neuen politisch-diplomatischen Weg zu Macht und Anerkennung, zu dem sich die PLO-Führung um Arafat mit der Unabhängigkeitserklärung 1988 und der Anerkennung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates endgültig entschloss.

### 3.1.5 Fazit

Militärisch gesehen war die Schlacht von Karameh 1968 der erste, aber auch gleichzeitig der einzige Erfolg, den die Fatah im Guerillakampf erreichte. Denn trotz der dadurch erfolgten Stärkung erlitt sie anschließend in Jordanien 1970 und im Libanon 1982 zwei schwere militärische Niederlagen, die den bewaffneten Kampf als Mittel zur Befreiung Palästinas in der Praxis obsolet machten. Dass sich diese Erkenntnis auch in den Reihen der Fatah-Führung durchsetzte und in die PLO hinein getragen wurde, zeigt das auf der Sitzung des 12. PNR beschlossene 10-Punkte-Programm. Zum ersten Mal drückte die PLO hier zumindest implizit aus, dass es für sie neben dem bewaffneten Kampf noch andere, friedliche Mittel gebe, um eine Befreiung Palästinas zu erreichen. Dass diese Mittel in der Palästinafrage für die Fatah

---

<sup>220</sup> Vgl. N. Parsons, 2005, a.a.O., S. 39 f.

und die PLO machtpolitisch gesehen weitaus mehr von Nutzen waren als der bewaffnete Kampf, zeigte sich bereits 1987 in der ersten Intifada. Mit ihrem zumeist friedlichen Aufstand in den besetzten Gebieten gegen die israelischen Besatzer in Form von Massendemonstrationen und zivilem Ungehorsam verschafften sich die Palästinenser auf der internationalen Ebene Gehör und öffneten so einen neuen politisch-diplomatischen Weg zu Macht und Anerkennung für die palästinensischen Führungskräfte, den diese mit der Unabhängigkeitserklärung 1988 einschlugen.

Warum aber scheiterte der palästinensische bewaffnete Kampf in der Praxis? Weil Palästina ungeeignet für einen Guerillakampf war, antworten führende Nahost-Experten.<sup>221</sup> Sie nennen dabei vor allem vier Gründe:

Erstens war die palästinensische Gesellschaft durch ihre Spaltung in „insider“ und „outsider“ zu heterogen. Dadurch war es, wie sich in Jordanien gezeigt hatte, sehr schwer, alle Palästinenser im bewaffneten Kampf hinter den vorkämpfenden Guerilleros unter der Leitung einer zentralen Führung zu vereinen. Diese einheitliche Organisation und ganzheitliche Mobilisierung ist aber ein wichtiger Bestandteil des Guerillakampfes. In der heterogenen palästinensischen Gesellschaft blieb diese Mobilisierung aus. Ohne einen solchen Rückhalt war der Guerillakampf in Palästina zum Scheitern verurteilt.

Zweitens verfügten die palästinensischen Kämpfer über kein sicheres Rückzugsgebiet. Der gesamte palästinensische Widerstand agierte von arabischen Gastländern aus und war damit von deren good-will abhängig. Auch wenn die PLO und die Fatah es mit allen Mitteln zu verhindern suchten, kam es immer wieder zu Konflikten in diesen Gaststaaten, insbesondere in Jordanien und dem Libanon. Die Kämpfer verloren dabei wiederholt ihre Operationsbasen in den arabischen Ländern. Auch die besetzten Gebiete boten aufgrund der harten israelischen Besatzung und ihrer Kleinflächigkeit keine Alternative. Ohne einen solchen sicheren Zufluchtsort war es aber kaum möglich, einen Guerillakampf erfolgreich zu führen.

Hinzu kam drittens, dass auch die besetzten Gebiete, vor allem unter geographischen Aspekten keinen alternativen Zufluchtsort boten. Denn im Gegensatz zu den weitflächigen Kampfgebieten ihrer Guerilla-Vorbilder in Algerien oder Südamerika, standen den palästinensischen Kämpfern mit dem Westjordanland und dem Gazastreifen nur ein sehr kleinflächiges, zumeist auch gut einsichtbares Gebiet zur Verfügung, das für einen erfolgreichen Guerillakampf ungeeignet war.<sup>222</sup>

<sup>221</sup> Vgl. u.a. J. Nasser, 1991: *The Palestine Liberation Organization. From armed struggle to the declaration of independence*, New York: Praeger Verlag, S. 212 f; Y. Sayigh, 1987: *The politics of Palestinian exile*, in: *Third World Quarterly*, Vol. 9, No. 1, S. 28 - 66., S. 54 ff.

<sup>222</sup> Während Algerien über eine Fläche von 2 381 000 Quadratkilometern verfügt, die verschiedenste Rückzugsmöglichkeiten für Guerillakämpfer bietet, erstreckte sich das Westjordanland und der Gazastreifen in den 70er Jahren, dem Höhepunkt des bewaffneten Kampfes, auf lediglich rund 6 200 Quadratkilometern und bot den palästinensischen Kämpfern nur wenig Schutz vor den israelischen Besatzern, vgl. J. Nasser, 1991, a.a.O., S. 212.

Viertens stand den palästinensischen Guerilleros, wie sich vor allem im Oktoberkrieg 1973 gezeigt hatte, mit Israel das in der Region militärisch stärkste und von den Großmächten anerkannte Land entgegen. Einen bewaffneten Kampf gegen diesen Gegner unter diesen für einen Guerillakampf so schlechten Voraussetzungen schien wenig Erfolg versprechend.

Deutlich sichtbar wurden diese vier Aspekte bei der Vertreibung aus Jordanien und dem Libanon, der Niederlage der arabischen Länder im Oktoberkrieg, sowie der Intifada. Die Kosten eines bewaffneten Kampfes zur Befreiung Palästinas waren also sehr hoch und überstiegen seinen Nutzen. Die Fatah-Führungsspitze nutzte deshalb die sich mit der Intifada neu öffnende Tür hin zu einem politisch-diplomatischem Weg, der nach den militärischen Niederlagen wesentlich mehr Macht- und Relevanzgewinn versprach.

### **3.2 Die politische Isolation**

Neben den militärischen Misserfolgen war es vor allem die politische Isolation, die die Fatah-Führung dazu bewegte, das Konzept des bewaffneten Kampfes fallen zu lassen und sich einer auf Diplomatie und Verhandlung setzenden Realpolitik zuzuwenden. Diese Isolation wurde sowohl durch den Ausschluss an Friedensverhandlungen auf internationaler Ebene, als auch durch innerpalästinensische Konkurrenz und Fehlentscheidungen Arafats ausgelöst. Sie lässt sich an folgenden drei Ereignissen festmachen, die im Folgenden näher beleuchtet werden sollen. Das sind der israelisch-ägyptische Friedensschluss von 1979, die Entstehung der radikal-islamischen Hamas und die Parteinahme für Saddam Hussein im zweiten Golfkrieg.

#### **3.2.1 Der israelisch-ägyptische Frieden in Camp David**

Am 17. September 1978 unterzeichneten der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat, der israelische Ministerpräsident Menachem Begin und der US-Präsident Jimmy Carter im Weißen Haus in Washington zwei Rahmenabkommen, die sie zuvor auf dem Landsitz Carters in Camp David erarbeitet hatten. Das eine Abkommen war dabei ein „Rahmenabkommen für den Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Israel und Ägypten“ und sah dabei eine Räumung des Sinai und die Auflösung der dortigen Siedlungen innerhalb der nächsten drei Jahre vor. Es gipfelte am 26. März 1976 in der Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen Sadat und Begin, der den fast 30-jährigen Kriegszustand zwischen Israel und Ägypten beendete. Das zweite Abkommen, das „Rahmenabkommen für Frieden im Nahen Osten“ war weitaus komplexer. Es enthielt die israelisch-ägyptische Erklärung, einen Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage der beiden Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates erreichen zu wollen. Für das Westjordanland und den Gazastreifen wurde vereinbart, dass sich die israelischen Truppen in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren

schrittweise, den israelischen Sicherheitsbedürfnissen Sorge tragend, aus den Territorien zurückziehen und dass unter von Ägypten, Israel und Jordanien bestimmten Modalitäten eine palästinensische Selbstverwaltung in diesen Gebieten errichtet werden sollte.<sup>223</sup>

Während das Camp-David-Abkommen in Israel, den USA und vielen westeuropäischen Ländern breite Zustimmung hervor rief – Sadat, Begin und Carter erhielten dafür 1978 den Friedensnobelpreis – stieß es in den arabischen Ländern auf Ablehnung. Denn Ägypten als zu dieser Zeit stärkste Macht in der arabischen Welt hatte mit diesem Separatfrieden die pan-arabische Idee Nassers von einem Zusammenschluss aller arabischen Staaten aufgegeben und war damit aus der arabischen Front ausgeschert. Die anderen arabischen Staaten schlossen Ägypten daraufhin im März 1979 aus der Arabischen Liga aus, verhängten gegen alle ägyptischen Firmen, Einrichtungen und Institutionen einen Wirtschaftsboykott und zogen ihre Botschafter aus Ägypten ab.<sup>224</sup> Diese ablehnende Haltung gegenüber dem Camp-David-Abkommen war allerdings das einzige, das die arabischen Länder noch einte. Die von Sadat im Alleingang durch seinen Besuch in Israel und seine Rede vor der Knesset 1977 gestartete Friedensinitiative mit Israel hatte nämlich unter den arabischen Staaten zu einer tiefen Spaltung geführt: Auf der einen Seite standen dabei die moderaten Staaten um Jordanien, Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten. Sie setzten auf ein gutes Verhältnis mit der Großmacht USA, da sie sich davon eine Sicherung der eigenen Macht versprachen und waren deshalb im Grunde für diplomatische Friedensverhandlungen mit Israel, allerdings nicht bilateral, sondern unter Einbezug aller relevanten Akteure. Auf der anderen Seite stand eine Opposition aus Syrien, Libyen, Algerien und dem Irak, die weiterhin der Überzeugung war, dass man, um einen Machtverlust der arabischen Staaten im Nahen Osten zu verhindern, Israel nur militärisch auf dem Schlachtfeld entgegentreten könne.

Beide Seiten waren gegen das Camp-David-Abkommen, allerdings aus unterschiedlichen Gründen: Die Moderaten, weil sie von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden, die Konfrontationsbereiten, weil ihnen mit diesem Friedensschluss Ägypten als stärkste militärische Kraft innerhalb der arabischen Welt verloren ging, ohne die ein militärischer Sieg gegen Israel kaum mehr möglich schien.<sup>225</sup> Die PLO- bzw. Fatah-Führungsspitze um Yasir Arafat stand zwischen diesen Fronten. Auch unter den Palästinensern – sowohl innerhalb der PLO als auch in der Fatah – gab es, wie oben gezeigt, eine Gruppe von Radikalen, die trotz der militärischen Niederlage in Jordanien weiterhin für die Befreiung ganz Palästinas durch den bewaffneten Kampf eintraten. Schon den Besuch Sadats in Israel im November 1977 lehnten

<sup>223</sup> Vgl. u.a. A Framework for Peace in the Middle East Agreed at Camp David, 17 September 1978, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 155 – 160; A. Frangi, 1982, a.a.O, S. 231.

<sup>224</sup> Vgl. Arab League Summit Conference, 1979: Resolutions, 31 March 1979, Baghdad, published by: Y. Lukacs, 1992, a.a.O., S. 473 - 477.

<sup>225</sup> Vgl. W. Quandt, 1986: Camp David. Peacemaking and politics, Washington D.C.: Brookings Institution, S. 320 ff.

sie entschieden ab und plädierten für einen frontalen, kompromisslosen Angriff gegen Sadat. Die moderate Fatah-Führungsspitze um Yasir Arafat und Khaled al-Hassan hingegen sah in Sadat einen engen Verbündeten der Palästinenser, einen möglichen Türöffner Richtung Amerika, mit dem sie in ständigem Austausch standen. Sadats Besuch in Israel und seine Ansprache vor der Knesset allerdings überraschten die moderaten Kräfte. Die israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen und die Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens versetzten ihnen einen schweren Schlag. Trotz vorheriger enger Zusammenarbeit hatte Sadat die PLO-Führung bei diesen Verhandlungen übergangen. Die amerikanische Führung begründete diesen Ausschluss mit der negativen Haltung der Widerstandsbewegung gegenüber Israel und den UN-Sicherheitsrates-Resolutionen 242 und 338. Für die USA war die PLO deshalb kein Verhandlungspartner.<sup>226</sup>

Das Abkommen von Camp-David spiegelte damit die schlimmsten Befürchtungen der PLO-Führung wider: ein bilaterales Friedensabkommen zwischen einem arabischen Land und Israel ohne Einbezug der PLO als Vertreterin der Palästinenser. Die PLO und auch die Fatah drohten damit an Bedeutung und auch an Macht innerhalb der eigenen Gesellschaft und auf regionaler sowie internationaler Ebene zu verlieren. Die moderate Fatah-Führung um Arafat befand sich so in einer paradoxen Situation: Eigentlich hatte das Übergehen bei den Friedensverhandlungen in Camp David gezeigt, dass der diplomatische Weg für den palästinensischen Widerstand aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber Israel, dem fehlenden eindeutigen „Nein“ zum bewaffneten Kampf und dem mangelnden klaren „Ja“ zu einer Mini-staatlösung nicht offen stand – trotz dem auf der 12. PNR-Sitzung eingeleiteten Strategiewechsels und Arafats ersten diplomatischen Erfolgen auf internationaler Ebene. Das schwächte die moderaten Kräfte, die einen solchen Weg einschlagen wollten, innerhalb der Fatah. Gleichzeitig machte dieser Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel aber auch deutlich, dass es zur Stabilisierung der eigenen Macht keinen anderen Weg als den politischer Verhandlungen gab.

Denn mit diesem Friedensschluss und der Ankerkennung Israels durch Ägypten war ein umfassender Krieg aller arabischen Nachbarstaaten gegen Israel im Sinne einer panarabischen Rückeroberung ganz Palästinas nicht mehr realisierbar.<sup>227</sup> Was die Fatah-Spitze schon nach der Vertreibung aus Jordanien erkannt hatte, wurde durch diese politische Isolation erneut deutlich, wie Yasir Arafat beschreibt:

„We realized [...] that once Sadat was committed to the negotiating process, the Arab states, all of them, will make peace with Israel. [...] We also knew that the Arab states would make peace without us if we did not express our demands in a

<sup>226</sup> Vgl. A.Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O, S. 256.

<sup>227</sup> S. Mishal, 1986: The PLO under Arafat. Between gun and olive branche, London: Yale University Press, S. 17 ff.

realistic way. I mean if we did not produce a political programme which the Arab regimes could support."<sup>228</sup>

Die Fatah-Führungsspitze entschied sich also dafür, den mit den Beschlüssen der 12. PNR-Sitzung eingeschlagenen Weg politischer Verhandlungen weiter zu gehen und trotz der Ausgrenzung von den Camp-David-Verhandlungen weiterhin eine politische Lösung zu unterstützen.<sup>229</sup> Arafat selbst startete deshalb im Anschluss an den Friedensschluss von Camp David eine große diplomatische Offensive und versuchte nach außen hin zu demonstrieren, dass die PLO an einer gemäßigten Lösung des Konflikts mit Israel interessiert war. Er traf sich beispielsweise 1979 mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem Vorsitzenden der „Sozialistischen Internationalen“ Willy Brandt in Wien und betonte, dass die PLO keine Absicht mehr hege, Israel zu vernichten, sondern bereit sei, einen unabhängigen palästinensischen Staat auf jedem beliebigen Teil Palästinas zu errichten, so wie es das auf der 12. PNR-Sitzung beschlossene 10-Punkte-Programm vorsah. Ziel dieser Offensive war es, einen abermaligen Ausschluss der PLO bei politischen Friedensverhandlungen mit Israel zu verhindern und damit dem eigenen Bedeutungsverlust zu entgehen.<sup>230</sup>

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Der ohne ihre Beteiligung ausgehandelte Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten in Camp David hatte innerhalb der PLO- bzw. Fatah-Führung folgende Erkenntnis vertieft: Eine vollständige Befreiung Palästinas auf militärischem Weg war nicht mehr möglich. Ein weiteres Festhalten an dieser Illusion führte auf regionaler und internationaler Ebene zu einer politischen Isolation, die einen Verlust jeglichen Mitspracherechts bei politischen Verhandlungen bedeutete und damit die Rolle der PLO als einzige legitime Vertreterin der Palästinenser und den Führungsanspruch der Fatah bedrohte.<sup>231</sup> Da die Kosten einer politischen Isolation den Nutzen eines Festhaltens am Konzept des bewaffneten Kampfes ihrer Ansicht nach überstiegen, entschied sich die Fatah-Führung, insbesondere Yasir Arafat, nach 1979 dafür, in der Praxis verstärkt eine Realpolitik mit der Option auf eine Ministaatlösung zu betreiben, um dadurch zukünftig als legitime Vertreterin der Palästinenser an Verhandlungen über ihr zukünftiges Schicksal beteiligt zu werden.

### 3.2.2 Die Konkurrenz aus der eigenen Gemeinschaft: Die Hamas

Aber nicht nur der Separatfriedensschluss zwischen Ägypten und Israel bewegte die Fatah dazu, von ihrem radikalen Kurs Abstand zu nehmen. Denn mit Ausbruch der Intifada entstand den säkular orientierten Kräften der PLO und damit vor allem der Fatah innerhalb der

<sup>228</sup> Y. Arafat zitiert nach A. Hart, 1984, a.a.O., S. 382 f.

<sup>229</sup> W. Abboushi, 1980: Changing political attitudes in the West Bank after Camp David, in: E. Nakhleh: A Palestinian agenda for the West Bank and Gaza, Washington: American Enterprise Institute, S. 6 – 15, S. 7.

<sup>230</sup> Vgl. R. Khalidi, 1988: The Palestine Liberation Organization, in: William B. Quandt: The Middle East. Ten years after Camp David, Washington D.C.: The Brookings Institution, S. 261 – 278, S. 269 ff.

<sup>231</sup> Vgl. ebd., S 276 f.

eigenen palästinensischen Gemeinschaft eine national-religiöse Konkurrenz. Und zwar in Form der beiden islamischen Bewegungen „Harakat al-Dschihad al-Islami“, der Bewegung des islamischen Heiligen Krieges, und „Harakat al-Muqawama al-Islamiya“, der Bewegung des islamischen Widerstands, besser bekannt unter dem Akronym Hamas.<sup>232</sup> Da die Bewegung des islamischen Heiligen Krieges bereits kurz nach ihrer Gründung 1980 durch Deportation und Verhaftung ihrer Führer durch die israelische Armee an Bedeutung verlor, war es vor allem die Hamas, die bereits kurz nach ihrer Gründung 1988 besonders unter den Palästinensern in den besetzten Gebieten großen Zulauf fand und damit für die PLO und die Fatah zur Herausforderung wurde.

Die Hamas war dabei keine eigenständige Bewegung, sondern präsentierte laut Artikel 2 ihrer Charta als schlagkräftiger Arm in Palästina die 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft, die für die Verbreitung islamischer Moralvorstellungen und gegen den Kolonialismus und die Besatzung eintrat.<sup>233</sup> Kurz nach Ausbruch der ersten Intifada versammelte sich ihre Führer um Scheich Ahmad Yasin und Dr. Abd al-Aziz ar-Rantisis in Gaza, um die völlig neue Situation, die die Massendemonstrationen im Gazastreifen hervorgerufen hatten, zu besprechen und zu überlegen, welche Position die Muslimbrüder dazu einnehmen sollten und wie sie diesen Massenaufstand für ihre eigenen Zwecke nutzen könnten. Sie entschieden sich dafür, die Bewegung des islamischen Widerstands, die Hamas, zu gründen und damit durch die Organisation von Massendemonstrationen im Gazastreifen aktiv in den Aufstand einzugreifen. Mit der von der Fatah-dominierten, säkularen VNFI arbeitete sie dabei nur bedingt und nur am Anfang zusammen, vor allem aufgrund der Bemühungen von Fatah-Führer Khalil al-Wazir. Nach dessen Ermordung im April 1988 distanzierte sich die Hamas dann von der VNFI. Die Intifada wurde damit zum Schauplatz eines Wettstreits zwischen säkularen und nationalreligiösen Kräften um die Führerschaft innerhalb der palästinensischen Gemeinde und des palästinensischen Widerstands. Die Hamas verteilte unabhängig von der VNFI Flugblätter und nahm bei der Organisation der Aufstände vor allem im Gazastreifen eine führende Rolle ein, in dem die zum größten Teil aus in der Westbank lebenden Palästinensern bestehende VNFI deutlich unterrepräsentiert war.<sup>234</sup> Mit der Zustimmung der PLO zu einer Teilstaatenlösung auf der Basis der Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates auf der 19. Sitzung des PNR 1988 kam es zur endgültigen ideologischen Spaltung zwischen der Hamas und der Fatah-dominierten PLO. Denn das erklärte Ziel der Hamas war es, gegen die Unterdrückung der Palästinenser zu kämpfen und

<sup>232</sup> Das arabische Wort „Hamas“ bedeutet übersetzt „Eifer“ oder „Kampfgeist“. Siehe dazu H. Baumgarten, 2006: Hamas. Der politische Islam in Palästina, München: Heinrich Hugendubel Verlag, S. 39.

<sup>233</sup> Vgl. Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, 1988, abgedruckt in: H. Baumgarten, 2006, a.a.O., S. 207 – 226, Artikel 2.

<sup>234</sup> Vgl. A. Kurz, 2005, a.a.O., S. 118 f.

ganz Palästina zu befreien, um dort, „auf jedem Fußbreit“<sup>235</sup>, einen islamischen Staat zu errichten, basierend auf den islamischen Gottesgesetz, der Sharia.<sup>236</sup> Dabei in etwaigen Friedensverhandlungen auch nur auf einen Teil Palästinas zu verzichten, bedeute, einen Teil der eigenen Religion aufzugeben.<sup>237</sup> Palästina war damit nach Ansicht der Hamas ein unveräußerliches islamisches Gut, das preiszugeben niemand im Recht war.

Das Mittel, dieses Gut zu befreien und zu schützen war für sie der „Dschihad“, der Heilige Kampf, der eine individuelle Pflicht für jeden Muslim sei. Neben dem aktiven Kampf mit Waffen gehöre zu diesem Dschihad auch jedes Wort oder jede Tat, die zur Verbreitung des islamischen Bewusstseins auf allen Gesellschaftsebenen beitrage.<sup>238</sup> Dementsprechend stellte die Hamas neben der Befreiung Palästinas auch Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit oder Korruption in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und ihrer Propaganda. Sie errichtete deshalb vor allem im Gazastreifen karitative Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten oder Schulen und verteilte über die Moscheen Geld an die Armen. Das steigerte schnell ihre Popularität und brachte der Hamas unter der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten viel Sympathie ein, weil sie durch diese Aktivitäten wesentlich greif- und erlebbarer war als die aus dem Exil in Tunis heraus, seit 1988 verstärkt auf internationaler Ebene, agierende PLO- bzw. Fatah-Spitze. Darüber hinaus bot die Hamas mit ihrem Beharren auf einer Befreiung ganz Palästinas für viele Palästinenser eine echte Alternative zum realpolitischen auf eine Teilstaatenlösung abzielenden Kurs der PLO-Führung.<sup>239</sup> Die Hamas wurde damit schnell zum Sammelbecken für vom politisch-diplomatischen Weg enttäuschte Palästinenser. Jede Niederlage der PLO bzw. der Fatah bei friedlichen Verhandlungen zur Beendigung der israelischen Okkupation war damit ein Gewinn für die Hamas, die bis heute die größte Konkurrentin der Fatah innerhalb der palästinensischen Gesellschaft ist.

In eine solche Konkurrenz zu treten, war aber zunächst nicht das Ziel der Hamas gewesen. Vielmehr war sie auf ein Verhältnis des gegenseitigen Respekts mit der PLO und damit auch der Fatah bedacht, um keinen offenen Konflikt mit der bis dahin stärksten Kraft unter den Palästinenser zu provozieren und dadurch die palästinensische Einheit zu gefährden, wie Artikel 27 der Hamas-Charta deutlich macht:

„Die PLO gehört zu den der Islamischen Widerstandsbewegung am nächsten Stehenden: In ihr sind Vater oder Bruder oder Verwandter oder Freund [...]. Denn unsere Heimat ist ein und dieselbe, unser Unglück ist ein und dasselbe, unser Schicksal ist ein und dasselbe und unser Feind ist ein gemeinsamer.“<sup>240</sup>

<sup>235</sup> Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, 1988, a.a.O., Artikel 6.

<sup>236</sup> Vgl. ebd., Artikel 6, 9, 11 und 31.

<sup>237</sup> Vgl. ebd., Artikel 13.

<sup>238</sup> Vgl. ebd., Artikel 15.

<sup>239</sup> J. Hilal, 1993: PLO institutions. The challenge ahead, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 23, No. 1, S. 46-60, S. 57.

<sup>240</sup> Vgl. Charta des Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, 1988, a.a.O., Artikel 27.

Zum Vorwurf machte sie der PLO in diesem Artikel nur, dass diese eine säkulare Position vertrat und die religiöse Idee eines islamischen Staates völlig außer Acht ließ. Erst mit den Beschlüssen des 19. PNR sowie Arafats auf einer Teilstaatenlösung basierenden diplomatischen Offensive 1988 stellte sich die Hamas offen gegen die PLO und die Fatah und präsentierte sich innerhalb der palästinensischen Gesellschaft als alternative Führungskraft. Mit ihrer Forderung, den Heiligen Kampf bis zur vollständigen Rückeroberung ganz Palästinas weiterzuführen, machte sie sich genau die Strategie zu eigen, die die Fatah gerade abzulegen begann. Unterstützt wurde die Hamas dabei von unterschiedlichsten Seiten und aus verschiedensten Gründen: Zum einen indirekt durch Israel, die beispielsweise während der Intifada gegen Hamas-Demonstrationen im Gazastreifen weit weniger brutal vorgingen als gegen von der VNFI organisierte Aufstände und sich durch diese Stärkung der Hamas eine Schwächung der PLO- bzw. der Fatah-Verhandlungsposition bei möglichen Friedensgesprächen erhofften.<sup>241</sup> Zum anderen finanziell durch Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten, insbesondere nach dem ersten Golfkrieg 1991, um der Fatah-Führung deutlich zu machen, dass sie sich mit der Parteinahme für Saddam Hussein auf die falsche Seite gestellt hatte.<sup>242</sup> So gestärkt etablierte sich die Hamas innerhalb von nur zwei Jahren bis 1990 als eine feste Größe im innerpalästinensischen Konflikt. Für die Fatah bedeutete das eine Schwächung ihrer bis dahin stetig ausgebauten, dominierenden Stellung unter den Palästinenser und das zunehmende infrage stellen ihres Führungsanspruchs. Mit der Übernahme der Strategie des bewaffneten Kampfes – in Form des Dschihads – bediente sich die Hamas jetzt dieses ursprünglich von der Fatah angewandten, aber bisher nicht wirksamen Mittels zur Mobilisierung der Massen. Aufgrund der äußeren Umstände allerdings – trotz der Intifada hatten sich bis 1990 die Lebensbedingungen für die Palästinenser in den besetzten Gebieten kaum verbessert, die diplomatischen Verhandlungen auf internationaler Ebene blieben noch erfolglos und der Islam war aus Enttäuschung über die bisher erfolglose palästinensisch-nationalistische Ideologie für viele Palästinenser zur neuen Hoffnung auf eine Befreiung geworden – zog die Hamas mit ihrem Dschihad weit mehr Unterstützer an als die Fatah zuvor durch ihren bewaffneten Kampf.<sup>243</sup> Damit drohte der Fatah eine Isolation innerhalb der eigenen Gesellschaft.

Was war aus Sicht der Fatah-Spitze dafür zu tun, um diesem Machtverlust zu entgehen? Den Führungskräften um Arafat war klar: Ein „Zurück“ hin zu einem erneuten bewaffneten Kampf war nicht mehr möglich, da sich die Hamas diese Strategie bereits zu sehr zu eigen gemacht und sich die Fatah vor allem durch ihre Abkehr davon auf internationaler Ebene

<sup>241</sup> Vgl. L. Taraki, 1989: The Islamic Resistance Movement in the Palestinian Uprising, in: Middle East Report, No. 156, 30 – 32, S. 32.

<sup>242</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2006, a.a.O., S. 79 ff.

<sup>243</sup> Vgl. ebd., S. 154.

etabliert hatte. Ihr blieb also nur die Möglichkeit, ihre Anerkennung durch weitere diplomatische Offensiven mit realisierbaren Vorschlägen und Zielen auf dieser internationalen Ebene auszubauen, somit spürbare, positive Veränderungen für die Palästinenser – zum Beispiel in Form eines unabhängigen palästinensischen Staates auf einem Teil Palästinas – zu erwirken und so ihre Machtposition in ihrer eigenen Gemeinschaft erneut zu stärken.

Unerwartete Unterstützung erhielten sie dabei ab 1992 von Israel und den westlichen Ländern. Denn die Hamas hatte mit zunehmender Machtfülle begonnen, ihren Kampf in Form von Mordanschlägen direkt gegen Israelis zu richten und war damit für den Staat Israel zum Ärgernis geworden. Für den damaligen Ministerpräsident Yitzhak Rabin gab es daraufhin nur zwei Möglichkeiten, wie der israelische Journalist Uri Avnery beschreibt:

„entweder Arafat oder die islamischen Fundamentalisten; wenn die Israelis nicht mit Arafat paktieren, wird es unabwendbar zu einem Umschwung im palästinensischen Volk kommen; wenn die Intifada weitergeht, werden die Fundamentalisten die Führung übernehmen, weil sie extremer, radikaler und manchmal auch populärer waren als die viel gemäßigttere al-Fatah. Auf diese Weise kam Rabin endlich zu Arafat.“<sup>244</sup>

Erst diese Schwächung aus den eigenen Reihen durch die islamistische Hamas bereitete für die PLO- bzw. Fatah-Führung den Weg nach Oslo, zu Friedensverhandlungen und einer Teilstaatenlösung. Denn diese Bedrohung durch die neue Konkurrentin Hamas steigerte den Nutzen solcher auf den UN-Resolutionen 242 und 338 basierenden Verhandlungen für die Fatah zusätzlich. Einigte man sich dabei nämlich auf die Teilstaatenlösung, so war es die PLO und damit die Fatah-Führung, die als Verhandlungspartnerin die führende Rolle in einem daraus entstehenden unabhängigen palästinensischen Staat übernehmen und so an Macht hinzugewinnen würde. Die Kosten dafür, nämlich dass nicht alle Palästinenser für eine Teilstaatenlösung und die Aufgabe der Befreiung ganz Palästinas durch den bewaffneten Kampf waren, schienen vergleichsweise gering.<sup>245</sup>

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Mit dem Entstehen der Hamas als neuer, aus religiösen Motiven agierender Kraft innerhalb der palästinensischen Gesellschaft während der Intifada 1988 wurde die PLO zwar zunächst stark geschwächt. Außerdem nahm ihr diese neue Kraft endgültig die Option des bewaffneten Kampfes aus der Hand. Um einer Isolation zu entgehen, musste sich die Fatah-Führung besonders unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt jetzt vollständig auf den diplomatischen Weg begeben und den bereits 1974 begonnenen Wandel hin zu einer politischen Bewegung auch in der Praxis vollziehen.

### 3.2.3 Die Parteinahme für Saddam Hussein in Kuwait

<sup>244</sup> U. Avnery, 1995: Zwei Völker. Zwei Staaten. Gespräch über Israel und Palästina, Heidelberg: Palmyra, S. 26.

<sup>245</sup> Vgl. J. Hilal, 1993, a.a.O., S. 58 f.

Aber nicht nur durch den Separatfrieden zwischen Ägypten und Israel und die Konkurrenz aus der eigenen Gemeinschaft drohte der PLO und damit ebenso der Fatah eine politische Isolation, sondern auch durch die von Arafat selbst getroffene Entscheidung, sich im Zweiten Golfkrieg auf die Seite des irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu stellen. Wie es dazu kam und welche Folgen das für die PLO und die Fatah insbesondere im Bezug auf ihren Wandel hin zu einer politischen Bewegung hatte, soll im Folgenden untersucht werden.

Am 2. August 1990 marschierte die irakische Armee in Kuwait ein und besetzte das Emirat am Golf. Treibende Kraft war dabei der irakische Diktator Saddam Hussein, der durch diese neue expansive Politik seine panarabistische Idee von einem großen arabischen Staat unter irakischer Führung verwirklichen wollte. Kuwait, auf das Saddam Hussein alte aus dem Osmanischen Reich stammende Ansprüche erhob, diente ihm dabei als erste Erprobung dieser Politik. Noch am selben Tag des Einmarsches wurde der Konflikt internationalisiert: Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Besetzung als völkerrechtswidrig und forderte den Irak auf, seine Truppen aus Kuwait zurückzuziehen. Als Saddam Hussein dieser Aufforderung nicht nachkam, begannen die USA mit einer weltweiten Koalition – unter anderem aus Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien – unter ihrer Führung am 16. Januar 1991 den Zweiten Golfkrieg gegen den Irak, legitimiert durch die Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates, die dem Irak ein Ultimatum für den Rückzug stellte und bei Nicht-Einhalten ein Zurückdrängen mit allen erforderlichen Mitteln vorsah. Mit der Befreiung Kuwaits, der Zerschlagung der irakischen Armee und somit einem Sieg der alliierten Truppen endete dieser Krieg nach rund einem Monat am 28. Februar 1991.<sup>246</sup>

Auf die Palästinenser, die PLO, die Fatah, aber auch auf den gesamten Nahen Osten hatte der Zweite Golfkrieg große Auswirkung. Denn schon kurz nach Ende des Kalten Krieges zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion im November 1990 öffnete sich dadurch erneut die Chance auf die Errichtung einer „Neuen Weltordnung“ und damit ein „Fenster der Gelegenheiten“ für eine Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts, wie es der damalige US-Präsident George Bush und sein Außenminister James Baker beschrieben.<sup>247</sup> Die Golfkrise wurde damit zum Katalysator für eine Wiederbelebung des regionalen Friedensprozesses und führte auf diese Weise die PLO und Israel letztendlich an den Verhandlungstisch von Madrid.

Wie aber kam es dazu? Spätestens mit dem Eingreifen der USA in den Konflikt zwischen Kuwait und dem Irak blieben allen anderen Akteuren in der Region nur noch zwei Optionen: Entweder schlossen sie sich einer Koalition mit den USA gegen den Irak an oder sie stellten

---

<sup>246</sup> Vgl. u.a. B. Tibi, 1991: Nach dem Golfkrieg, in: Politische Meinung, Bd. 36, Heft 257, S. 4 – 11, S. 5; W. Ruf, 1991: Vom Kalten Krieg zur Heißen Ordnung. Der Golfkrieg. Hintergründe und Perspektiven, Münster: Lit Verlag, S. 206 ff.

<sup>247</sup> Vgl. George Bush und James Baker zitiert nach M. Ferdowsi, 1992: Der verlorene Sieg. Der Nahe Osten ein Jahr nach dem Golfkrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 203 – 214, S. 204 und 209.

sich hinter den Irak, damit aber auch gleichzeitig gegen die USA und ihre Koalitionspartner. Die PLO brachte das in ein schwerwiegendes Dilemma. Auf der einen Seite standen die USA und ihre Verbündeten, die die Möglichkeit auf internationale Anerkennung und einen palästinensischen Staat in Friedensverhandlungen mit Israel boten, gleichzeitig aber das Verhalten von Saddam Hussein klar ablehnten. Auf der anderen Seite war der Irak, der die PLO zu dieser Zeit als einziger arabischer Staat sowohl politisch als auch finanziell rückhaltlos unterstützte. Diese Verbundenheit machte Saddam Hussein 10 Tage nach dem Einmarsch in Kuwait mit seinem „linkage“-Plan deutlich: Darin schlug er vor, alle Fälle von Besetzung innerhalb der arabischen Region miteinander zu koppeln. Konkret bedeutete das: Die irakische Armee würde Kuwait nur räumen, wenn die israelische Armee im Gegenzug die palästinensischen Gebiete verließ und die syrische Armee sich aus dem Libanon zurückzog. Ein politisch wohlüberlegter Schachzug, der Saddam Hussein breite Zustimmung unter den in den besetzten Gebieten lebenden Palästinensern sicherte.<sup>248</sup> Diese „Pro-Saddam“-Stimmung in den besetzten Gebieten war es, die Arafat, der sich mit seinem pragmatisch-flexiblen Führungsstil bisher nach allen Seiten hin offen gehalten und auf Ausgleich plädiert hatte, dazu bewegte, sich nicht offensiv gegen die Besetzung Kuwaits und damit gegen Saddam zu stellen. Vielmehr versuchte er weiterhin, die Rolle eines regionalen Vermittlers zu spielen. Doch durch die damit verbundene mangelnde öffentliche Distanzierung, machte sich die PLO in den Augen der USA und ihrer Unterstützer zur Verbündeten Saddam Husseins.<sup>249</sup>

Dabei war Arafats moderater Kurs gegenüber dem Irak besonders unter den Fatah-Führern höchst umstritten. Allen voran Fatahs Nummer zwei, Salah Khalaf, aber auch eine kuwaitische Fraktion um Khaled und Hani al-Hassan forderten, dass sich die PLO klar von Saddam Hussein distanzieren und die Besetzung Kuwaits verurteilen. Khaled und Hani al-Hassan teilten dabei die Sorge der großen Zahl palästinensischer Migranten, die in Kuwait und den anderen Golfstaaten lebten und arbeiteten, dass sie durch eine falsche Parteinahme der PLO die Arbeit in ihren mit den USA verbündeten Gastländern verlieren und isoliert werden könnten. Vor dem Golfkrieg lebten allein im ölreichen Kuwait 400 000 Palästinenser,<sup>250</sup> die mit ihrem dortigen Verdienst nicht nur sich selbst sondern auch oft ihre Familien in den besetzten Gebieten versorgten. Darüber hinaus waren Saudi-Arabien und Kuwait zusammen mit Spenden in Höhe von 23 Millionen US-Dollar jährlich bis 1986 die Hauptfinanziers der PLO, aus deren Mitteln sich auch die Fatah finanzierte. Schon während der Intifada hatten sich die Spenden dieser beiden Länder für die PLO um rund die Hälfte verringert: Zum einen, weil die Erdölpreise in den 80er Jahren drastisch sanken und die Golfstaaten extreme finanzielle Einbu-

<sup>248</sup> Vgl. H. Baumgarten, 1991, a.a.O., S. 328.

<sup>249</sup> M. Muslih, 1992: The shift in Palestinian thinking, in: *Current History*, Vol. 91, No. 561, S. 22 – 28, S. 22.

<sup>250</sup> A. Lesch, 1991: Palestinians in Kuwait, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 20, No. 4, S. 42 – 54, S. 42.

Ben hinnehmen mussten. Zum anderen, weil mit dem verbleibenden Geld jetzt auch die neu entstandenen islamischen Kräfte, besonders die Hamas, mitfinanziert wurden, die unter der Bevölkerung in den Golfstaaten aufgrund ihrer Religiosität und ihrer direkten Ablehnung Saddams ein weit höheres Ansehen besaßen als die säkulare Fatah.<sup>251</sup> Mit einer Parteinahme für den Irak befürchteten Khaled und Hani al-Hassan auch noch die letzte finanzielle Unterstützung aus den Golfstaaten zu verlieren und damit die ökonomische Grundlage der PLO zu zerstören.

Auch Salah Khalaf trat energisch für einen direkten Widerspruch der Palästinenser gegen die irakische Besetzung Kuwaits ein. Für Khalaf verstieß diese Besetzung gegen ein Grundprinzip der Fatah: Die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten.

„Wir folgten von Anfang an einem Prinzip, das man nicht aufgeben darf: Die gewaltsame Besetzung eines fremden Territoriums und die Einmischung in die internen Angelegenheiten eines anderen arabischen Staates sind nicht akzeptabel.“<sup>252</sup>

Diesen Prinzipienverstoß durfte die Fatah nach Khalafs Meinung nicht hinnehmen; nicht zuletzt, weil sich die Palästinenser durch fehlendes Staatsgebiet und finanzielle Abhängigkeit von den anderen arabischen Staaten, in einer sehr verletzbaren Position befanden, die seiner Meinung nach nur einen neutralen Standpunkt gegenüber innerarabischen Konflikten zuließ.<sup>253</sup> Er war damit klar gegen eine Hinwendung nach Bagdad, tat seine Meinung aber zur Bewahrung der palästinensischen Einheit weniger in der Öffentlichkeit, sondern vor allem hinter verschlossenen Türen und direkt gegenüber Saddam Hussein und Yasir Arafat kund. Noch vor Ausbruch des zweiten Golfkrieges, im Januar 1991, wurde Salah Khalaf in Tunis ermordet. Zwar bekannte sich zu dieser Tat eine Gruppe Fatah-Abtrünniger um Abu Nidal, doch wird unter Forschern bis heute vermutet, dass diese Gruppe in Absprache mit Saddam Hussein handelte, dem Khalaf zu kritisch geworden war.<sup>254</sup>

Trotz der Warnungen und Bedenken seiner engsten Berater und Unterstützer, wandte sich Yasir Arafat nicht vom Irak und Saddam ab. Warum?

Zum einen bot Bagdad einen neuen, sicheren Zufluchtsort für die palästinensische Führungsspitze, deren tunesisches Exil nach israelischen Bombardierungen 1985 und der Ermordung Khalil al-Wazirs dort zunehmend gefährlich wurde. Nach und nach hatte Arafat deshalb die PLO-Verbände sowie seine politischen Aktivitäten bis 1990 in den Irak verlagert. Diese neue Basis wollte er nicht schon wieder verloren geben.

Zweitens war es lediglich der Irak, der seit Ausbruch der Intifada regelmäßig rund 4 Millionen Dollar pro Monat an die PLO zahlte. Diese kontinuierlichen Zahlungen waren dringend notwendig, um den großen bürokratischen Apparat der PLO und die zahlreichen Aktionen währ-

<sup>251</sup> Vgl. N. C. Livingstone / D. Halevy, 1990, a.a.O., S. 168 ff.

<sup>252</sup> Salah Khalaf zitiert nach A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 515.

<sup>253</sup> Vgl. M. Muslih, 1992, a.a.O., S. 23 f.

<sup>254</sup> Vgl. A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 515 f.

rend der Intifada zu finanzieren. Während die anderen arabischen Staaten auch den neuen Fatah-Konkurrenten Hamas unterstützten, widmete Saddam seine Zuwendungen nur der PLO und damit der Fatah. Diese Verlässlichkeit wollte Arafat nicht missen.<sup>255</sup>

Drittens hatte Arafat als PLO-Führer nach Ausbruch der ersten Intifada seinen Fokus verstärkt auf die Palästinenser in den besetzten Gebieten gerichtet. Unter ihnen war Saddam Hussein populär, zum einen aufgrund des „linkage“-Plans, zum anderen weil er gegen die USA aufbegehrte, von denen viele Palästinenser enttäuscht waren. Denn weder die Intifada noch die verstärkte Hinwendung der PLO-Führung zu einem politisch-diplomatischen Kurs hatten die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten verbessert. Sie fühlten sich von den USA im Stich gelassen und sahen in Saddam Hussein eine Art neuen „Erretter“, der die Befreiung bringen würde, die Yasir Arafat weder durch den bewaffneten Kampf noch durch seine diplomatischen Initiativen erwirkt hatte. Arafat folgte dieser Stimmung in den besetzten Gebieten und ließ sich zunehmend auf Saddam Hussein ein.<sup>256</sup>

Diese mangelnde Distanzierung Arafats, die von außen als Parteinahme für den Irak wahrgenommen wurde, hatte für die PLO – teilweise bereits von den irakkritischen Fatah-Führern vorhergesagt – zwei schwerwiegende Konsequenzen: Ein finanzpolitisches Desaster und die politische Isolation sowohl innerhalb der arabischen Welt als auch auf internationaler Ebene. Nachdem sich Arafat auf dem Höhepunkt der Golfkrise bei einem Besuch in Bagdad vor laufenden Fernsehkameras von Saddam Hussein umarmen ließ, stellten die Golfstaaten alle ihre Zahlungen an die PLO ein. Nach der Befreiung Kuwaits verloren allein dort über 250 000 Palästinenser<sup>257</sup> ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Auch die anderen arabischen Emirate verschärfte ihre Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen für palästinensische Gastarbeiter. Damit blieben plötzlich auch die Geldüberweisungen der Arbeiter an ihre oft in den besetzten Gebieten lebenden Familien aus, die dadurch wiederum verstärkt auf die Hilfe der finanziell ebenfalls angeschlagenen PLO angewiesen waren. Sylvia Ortlieb beziffert den Gesamtverlust aufgrund der ausbleibenden Hilfsleistungen in den besetzten Gebieten auf rund 400 Millionen US-Dollar zwischen August 1990 und August 1991.<sup>258</sup> Das stürzte die PLO in eine immense Finanzkrise. Sie war nicht mehr in der Lage, die von ihr errichteten Institutionen in den besetzten Gebieten und in der Diaspora zu finanzieren und mussten ihre Büros in mehreren Ländern schließen.

Neben der finanziellen Unterstützung gefährdete die PLO durch diese Parteinahme zunehmend ihre durch die Intifada gewonnenen Sympathien und Anerkennung für die Palästinenserfrage auf regionaler und internationaler Ebene. Der Golfkrieg hatte bereits durch den

<sup>255</sup> Vgl. A. Gowers / T. Walker, 1994, a.a.O., S. 470 f.

<sup>256</sup> Vgl. M. Muslih, 1992, a.a.O., S. 24.

<sup>257</sup> Vgl. A. Lesch, 1991, a.a.O., S. 43.

<sup>258</sup> Vgl. Sylvia Ortlieb in: W. Starke, 2000, a.a.O., S. 159.

Kampf arabischer Länder gegeneinander das Ende der Idee des Panarabismus bewirkt. Die Palästinenserfrage als „Kitt“ einer solchen Idee war damit obsolet geworden und aus dem Fokus der Interessen der arabischen Staaten gerückt. Die Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes auf politischer Ebene brachte für die arabischen Staaten keinen Nutzen mehr, sondern schadete vielmehr der neu angestrebten Kooperation mit den USA. Die PLO und die Fatah waren somit nach dem Ende des Golfkrieges innerhalb der arabischen Welt politisch isoliert.<sup>259</sup> Auch international hatte die PLO an Sympathien verloren: Viele Staaten hatten nach dem Ende des Kalten Krieges in ihr ein neues Feindbild gefunden: mit Arafat als „Erzterroristen“ und Saddam als „neuen Hitler“, wie es Helga Baumgarten beschreibt.<sup>260</sup> Auch international war die PLO damit nach dem Golfkrieg politisch weitgehend isoliert.

Auf diesem Tiefpunkt der PLO suchte Arafat nach einem Ausweg. Er fand ihn in Form einer Fortsetzung seines bereits 1974 eingeschlagenen politisch-diplomatischen Weges. Im Sinne einer neuen Welt- und Sicherheitsordnung hatte es sich der amerikanische Präsident Bush nach Ende des Golfkriegs zur Aufgabe gemacht, durch Verhandlungen Frieden im Nahen Osten zu schaffen. Eine Teilnahme an diesen Verhandlungen bot für die PLO und damit auch für die Fatah die Chance, der politischen Isolierung zu entkommen und erneut an Bedeutung zu gewinnen. Dafür bedurfte es aber eines klaren und eindeutigen Strategiewechsels hin zu einem politisch-diplomatischen Kurs und des Akzeptierens von Friedensverhandlungen unter amerikanischen und israelischen Bedingungen. Die zu erwartende Friedensdividende schien aber aus Sicht von PLO-Führer Arafat auch entsprechend hoch: Eine Einigung auf die von den USA angestrebte Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates stellte der PLO nämlich die Übernahme einer staatsähnlichen Funktion und damit eine völlig neue Kontrollkapazität und Patronagemöglichkeit in Aussicht. Außerdem versprach eine Hinwendung zu Friedensverhandlungen unter amerikanischer Leitung eine neue finanzielle Unterstützung aus den USA und Europa.<sup>261</sup> Diese Dividende machte den Nutzen einer politisch-diplomatischen Strategie aus. Auf der 20. Sitzung des PNR in Algier setzten sich Arafat und die Fatah-Mitglieder, vor allem unterstützt vom aus der Westbank stammenden einflussreichen palästinensischen Politiker Bashir Barghuti, durch, Friedensverhandlungen mit Israel unter der Leitung der USA zuzustimmen, wie sich in den dort gefassten pragmatischen Beschlüssen widerspiegelt. Darin werden die Friedensinitiative von Präsident Bush begrüßt und erste Konferenzgrundlagen festgelegt.<sup>262</sup>

<sup>259</sup> Vgl. T. Bassam, 1991, a.a.O., S. 6 f.

<sup>260</sup> Vgl. H. Baumgarten, 2002, a.a.O., S. 160.

<sup>261</sup> M. Beck, 1996: Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 18, S. 3 – 12, S. 10.

<sup>262</sup> Vgl. Palästinensischer Nationalrat, 1991: Beschlüsse der 20. Sitzung, September 1991, Algier, [http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse\\_des\\_20\\_pnr\\_1991.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse_des_20_pnr_1991.pdf) [Zugriff: 2. 10. 2008].

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Golfkrieg und die Parteinahme für Saddam Hussein für die Fatah weit reichende Konsequenzen hatte: Sie verlor dabei sowohl die durch die Intifada gewonnenen Sympathien innerhalb der internationalen Staatenwelt für die Palästinenser in den besetzten Gebieten, sowie die finanzielle Unterstützung vieler arabischer Staaten, was die PLO an den Rand eines Zusammenbruchs brachte. Einen Ausweg aus dieser politischen Isolation bot die von US-Präsident Bush angeregte Friedensinitiative zu Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO unter der Leitung der USA. Daran teilzunehmen war für die PLO- bzw. Fatah-Führer in diesem Moment von großem machtpolitischen Nutzen, dass sie sich für Friedensverhandlungen und damit für einen politisch-diplomatischen Weg entschieden, wie die Beschlüsse der 20. Sitzung des PNR deutlich machen.

### **3.2.4 Fazit**

Neben dem ausbleibenden militärischen Erfolg in Jordanien und im Libanon sowie während der Intifada, war es vor allem die politische Isolation, die die Fatah-Spitze dazu bewegte, sich endgültig vom Guerillakampf abzuwenden und eine auf diplomatischen Dialog setzende Verhandlungspolitik zu betreiben. Diese Isolation drohte auf drei Ebenen: Nämlich innerpalästinensisch, regional und international.

Innerpalästinensisch drohte eine Isolation durch das Entstehen einer Konkurrenz aus der eigenen Gesellschaft während der ersten Intifada in Form der nationalreligiösen Hamas. Diese versuchte die Lücke auszunutzen, die die PLO bzw. die Fatah durch ihr Abrücken von einer Einstaatenlösung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft hinterlassen hatte. Und zwar dadurch, dass sie weiterhin für eine Befreiung ganz Palästinas und die Errichtung eines auf den islamischen Gottesgesetzen basierenden Staates dort eintrat. Damit wurde sie zur Sammelbecken für vom politisch-diplomatischen Weg enttäuschte Palästinenser und zur größten Konkurrentin der Fatah.

Regional drohte eine solche Isolation durch die Nichtbeteiligung an den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen in Camp David. Der dort geschlossene Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten machte eine vollständige Befreiung Palästinas auf militärischem Weg aus realpolitischer Sicht nicht mehr möglich. Mit einem Festhalten am bewaffneten Kampf droht die PLO ihre Rolle als einzige legitime Vertreterin der Palästinenser und damit ihr Mitspracherecht bei einer Lösung für die Palästinenserfrage auf regionaler Ebene zu verlieren.

International drohte eine solche Isolation durch die ausbleibende klare Stellungnahme der PLO gegen Saddam Hussein im Zweiten Golfkrieg. Mit dieser auch in der Fatah umstrittenen impliziten Parteinahme für Saddam Hussein verlor die PLO nicht nur einen Großteil ihrer

arabischen Finanziers auf regionaler Ebene, sondern auch die vor allem während der Intifada auf internationaler Ebene gewonnene Sympathie und Anerkennung für die Palästinenserfrage. Diese Erfahrungen der politischen Isolation auf unterschiedlichen Ebenen hatten der von der Fatah geführten PLO gezeigt: Nur der politisch-diplomatische Weg und damit die Einnahme der pro-aktiven Rolle eines politischen Akteurs im Friedensprozess, konnte ihr Bestehen als führende Kraft innerhalb der Palästinenser und damit ihre Machtposition sichern. Symbolfigur dieser neuen palästinensischen Verhandlungspolitik wurde Yasir Arafat, der mit seinem Anerkennungsbrief an Yitzhak Rabin 1993 die endgültige Abkehr der Fatah von ihrem ursprünglichen Ziel einer gewaltsamen Befreiung ganz Palästinas besiegelte.

#### **4. Zusammenfassende Betrachtung und Ausblick**

Das Ziel dieser Arbeit war es, zu untersuchen, welche Faktoren die Transformation der Fatah weg von einem Gewaltakteur hin zu einem politisch-diplomatisch handelnden Akteur begünstigt haben und inwieweit dieser Wandel aus einem Kosten-Nutzen-Kalkül der palästinensischen Elite, sprich der Fatah-Führung, erfolgte, um einem Verlust an politischer Relevanz und Macht zu verhindern.

Hierzu bedurfte es zunächst einer näheren Betrachtung der Fatah, um nachzuvollziehen, wie und von wem dort Entscheidungen getroffen wurden. Dabei wurde gezeigt, dass sich die Fatah 1959 als säkulare, nationalistische Untergrundbewegung gründete, basierend auf engen Freundschaften und streng hierarchisch organisiert mit dem aus ihren Gründern bestehenden Zentralkomitee an der Spitze. Eine leitende Position innerhalb dieses Komitees nahm dabei von Beginn an Yasir Arafat ein und prägte durch den ihm eigenen pragmatischen, an Macht orientierten und auf Ausgleich bedachten Führungsstil die Fatah-Entscheidungen; insbesondere nach seinem Erstarren innerhalb der eigenen Reihen durch seinen Einsatz für die Aufnahme eines bewaffneten Kampfes und die Schlacht von Karameh. Anschließend wurde dieser bewaffnete Kampf dargestellt, durch den die Fatah aus eigener palästinensischer Kraft unabhängig von den anderen arabischen Staaten ihr ursprünglich oberstes Ziel, die Befreiung ganz Palästinas, erreichen wollte. Dabei wurde gezeigt, dass die Fatah diese Parole des Kampfes nicht nur als Mittel zur Befreiung, sondern vor allem als Mobilisierungs- und Legitimationsinstrument einsetzte. Spätestens mit der Schlacht von Karameh wurde der bewaffnete Kampf nämlich zum zentralen Symbol der Fatah, auf dessen Propagierung und konkreter Anwendung ihr Führungsanspruch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft beruhte. Erst dadurch war es, wie gezeigt wurde, möglich, dass die Bewegung die Führung in der von den arabischen Staaten gegründeten PLO übernahm. Mit dieser dominierenden Stellung gewannen vor allem die Fatah-Spitze und Yasir Arafat innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, aber auch auf regionaler und internationaler Ebene

an Macht und Einfluss hinzu und lenkten ab 1969 die PLO-Entscheidung nach ihren eigenen machtpolitischen Interessen. Der bewaffnete Kampf wurde für die Fatah damit zum zentralen Machtfaktor.

Im Rahmen der anschließenden empirischen Analyse des Transformationsprozesses der Bewegung wurde dann anhand ausgewählter historischer Ereignisse gezeigt, dass sich die Fatah-Führung vom bewaffneten Kampf abwandte, weil dessen Kosten seinen Nutzen überstiegen. Begünstigend wirkten dabei vor allem zwei Faktoren: Der ausbleibende militärische Erfolg dieses Kampfes und die zunehmende politische Isolation der Fatah auf innerpalästinensischer, regionaler und internationaler Ebene. Dabei zeigte die Vertreibung der PLO aus Jordanien und dem Libanon, dass ein auf die Befreiung ganz Palästinas abzielender Guerillakampf gegen Israel vom Territorium arabischer Gaststaaten aus nicht möglich war, sondern vielmehr unter hohen materiellen und personellen Kosten zum zweimaligen Verlust der PLO- und Fatah-Basis führte. Bereits auf der 12. Sitzung des PNR zog die Fatah deshalb Konsequenzen aus diesen Verlusten und setzte eine neue pragmatische Doppelstrategie durch, bei der der bewaffnete Kampf als Legitimationsgrundlage zwar vor allem begrifflich beibehalten, in der Praxis aber zunehmend durch politisch-diplomatische Verhandlungen über eine bloße Teilbefreiung Palästinas ersetzt wurde. Die interne Opposition, die sich innerhalb der Fatah gegen diese neue Strategie regte, war für die Fatah-Führung und Arafat dabei nur ein geringer Preis, verglichen mit dem Prestigegewinn, den sie durch eine politisch-diplomatische Öffnung auf internationaler Ebene erzielten.

Bestätigt wurde dieser machtpolitische Nutzen des diplomatischen Weges durch den Ausbruch der ersten Intifada, dem Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Mit weitestgehend friedlichen Mitteln erreichten die PLO und die Fatah hierbei sowohl von den arabischen Staaten als auch innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft großen Zuspruch, Anerkennung und Unterstützung, die ihnen in dem Maße mit der Anwendung von Gewalt im Guerillakampf zuvor verwehrt geblieben war.

Aber nicht nur der ausbleibende militärische Erfolg des bewaffneten Kampfes, sondern auch die zunehmende politische Isolation machte den politisch-diplomatischen Weg machtpolitisch für die Fatah-Führung attraktiv und begünstigte somit den Wandel der Fatah.

Aufgrund des anfänglichen Beharrens auf einer gewaltsamen Befreiung ganz Palästinas, wurde die PLO zunächst von internationalen Verhandlungen über eine mögliche Lösung des Nahost-Konflikts und der Palästinenserfrage ausgegrenzt. Wie gezeigt, schlossen Ägypten und Israel in Camp David deshalb einen Separatfrieden, bei dem sie ohne Berücksichtigung der PLO eine Regelung für den Gazastreifen und das Westjordanland bestimmten. Die Einnahme einer auf Gewalt basierenden Position führte die PLO folglich in eine politische Isolation, die sie das Mitspracherecht bei Friedensverhandlungen und somit den Vertretungsan-

spruch der Palästinenser auf internationaler Ebene kosteten. Ein zu hoher Preis für die Fatah-Führung, zumal die Teilnahme an diplomatischen Verhandlungen eine hohe Friedensdividende in Form einer Übernahme staatsähnlicher Funktion und damit völlig neuer Kontrollkapazitäten und Patronagemöglichkeiten in Aussicht stellte.

Außerdem wurde gezeigt, dass der Fatah mit der Gründung der religiös orientierten Hamas 1987 eine Konkurrentin entstand, die sich gegen eine Teilstaatenlösung und für den bewaffneten Kampf aussprach und damit zum Sammelbecken für von den diplomatischen Verhandlungen enttäuschte Palästinenser wurde. Das bedrohte die führende Stellung der Fatah innerhalb der eigenen Gesellschaft und steigerte den machtpolitischen Nutzen diplomatischer Verhandlungen. Denn nur Erfolge auf dieser Ebene verhinderten ein weiteres Erstarken der Hamas und damit einen drohenden Machtverlust innerhalb der palästinensischen Gesellschaft.

Auch die Erfahrung der PLO während und nach dem Golfkrieg, in dem sie durch die Parteinahme für Saddam Hussein alle Unterstützung der arabischen Welt verlor und politisch isoliert wurde, begünstigte den Wandel. Diese Isolation brachte sie nämlich vor allem finanziell an den Rand des Zusammenbruchs und steigerte weiter den Anreiz, einen politisch-diplomatischen Weg einzuschlagen, der die finanzielle Unterstützung vor allem der europäischen Staaten und der USA versprach.

Abschließend lassen sich aus dieser Transformationsbeobachtung zwei zentrale Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens zeigte sich dabei, dass das Hauptziel der Fatah-Führung um Arafat nicht darin bestand, eine Lösung für Palästina zu finden, sondern eine Lösung, bei der die Fatah eine zentrale Rolle spielte und die ihre Führungsposition innerhalb der eigenen Gesellschaft sicherte. Arafat ging es also um Macht, vor allem in Form von politischer Mitbestimmung. Sah er zunächst im bewaffneten Kampf dieses Mittel zum Machterhalt, ließ er diese Strategie fallen, sobald dessen Kosten dessen Nutzen überstiegen und wandte sich dem aus machtpolitischer Sicht nutzbringenden Mittel des politisch-diplomatischen Handelns zu.

Allgemein bedeutete das für die Befriedung eines Gewaltakteurs: Kalkuliert und handelt dieser Kosten und Nutzen orientiert, wovon zunächst auszugehen ist, fördern ausbleibender militärischer Erfolg und politische Isolation den Transformationsprozess.

Das gilt auch für einen möglichen Wandel der Hamas, dem neuen palästinensischen Gewaltakteur im Nahen Osten. Mit politischer Isolation ist dabei aber kein finanzieller Boykott gemeint, wie ihn die USA und die EU nach den für die Hamas erfolgreichen Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat gegen die Palästinensische Autonomiebehörde im Juni 2006 verhängten. Auch geht es nicht um eine wirtschaftliche Isolation, wie sie die israelische Re-

gierung Anfang 2008 mit einer vollständigen Abriegelung aller Grenzübergänge zum Gazastreifen erwirkte und damit weniger die Hamas-Führer als vielmehr die rund 1,5 Millionen dort lebenden Palästinenser traf. Politische Isolation meint hier den Entzug der Patronage, die im Fall der Hamas durch die arabischen Staaten und insbesondere durch den Iran erfolgt. Das könnte durch eine Annäherung der internationalen Staatengemeinschaft an den Iran umgesetzt werden – zum Beispiel in Form von bilateralen Friedensverhandlungen mit Israel, vergleichbar denen zwischen Ägypten und Israel in den 70er Jahren in Camp David. Eine zweite allgemeine Schlussfolgerung aus dieser Transformationsbeobachtung ist, dass sich ein solcher Wandel nur langsam in einem komplexen Prozess von Wechselwirkungen zwischen inneren Strukturen und äußeren Einflüssen vollzieht. Im Fall der Fatah dauerte diese Transformation fast fünfzig Jahre. Bis heute ist die Bewegung dabei in ihrer Rolle als politisch-diplomatisch handelnder Akteur noch nicht vollständig gefestigt: Insbesondere seit November 2004 nach dem Tod Yasir Arafats, der als palästinensische Symbolfigur mit seinem pragmatischen und ausgleichenden Führungsstil die Bewegung auf dem politisch-diplomatischen Weg geeint hatte, fällt die Fatah immer wieder in alte Gewaltmuster zurück, wie sich aktuell in den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Hamas im Gazastreifen und in der Westbank zeigt.

Ganz entscheidend für die weitere Entwicklung sowohl der Fatah als auch der Hamas hin zu mit ausschließlich friedlichen Mitteln handelnden Akteuren wird es deshalb sein, dass diplomatisches Verhandeln machtpolitisch weiter nutzbringend bleibt und die Anwendung von Gewalt zu hohen machtpolitischen Kosten führt. Eine erste Möglichkeit könnte dabei die Errichtung eines unabhängigen, überlebensfähigen palästinensischen Staates sein, in dem sich sowohl die Fatah als auch die Hamas als politische Akteure etablieren und ihre Kämpfe um den Führungsanspruch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft mit friedlichen Mitteln austragen können.

## Literaturverzeichnis

### Sekundärliteratur

- Abboushi, Wasif, 1980: Changing political attitudes in the West Bank after Camp David, in: Emile Nakhleh: A Palestinian agenda for the West Bank and Gaza, Washington: American Enterprise Institute, S. 6 - 15.
- Abu Iyad [Salah Khalaf] / Eric Rouleau, 1981: My home. My land. A narrative of the Palestinian struggle, New York: Times Books.
- Abu Iyad [Salah Khalaf] 1990: Lowering the sword, in: Foreign Policy, No. 78, S. 92 -112.
- Alexander, Yonah / Joshua Sinai, 1989: Terrorism. The PLO connection, New York: Crane Russak.
- Alexander, Yonah, 2003: Palestinian secular terrorism. Profiles of Fatah, Popular Front for the Liberation of Palestine, Popular Front for the Liberation of Palestine General Command and the Democratic Front for the Liberation of Palestine, New York: Transnational Publishers.
- Al-Hout, Bayan Nuwaihied, 1982: The nature of the Palestine Liberation Organization, in: Ibrahim Abu Lughod (Hrsg.): Palestine Rights. Affirmative and Denial, Illinois: Wilmette, S. 11 - 21.
- Arafat, Yasser, 1969, in: Jerusalem Post, Ausgabe vom 19. März 1969.
- Arafat, Yasser, 1982: A discussion with Yasser Arafat, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 11, No. 2, S. 3 - 15.
- Asseburg, Muriel, 2002: Arafat vor dem Aus. Und dann?, September, in: SWP-aktuell, Nr. 37, Stiftung Wissenschaft und Politik, [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=449](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=449) [Zugriff: 2.10.2008].
- Avnery, Uri, 1995: Zwei Völker. Zwei Staaten. Gespräch über Israel und Palästina, Heidelberg: Palmyra.
- Awad, Mubarak E., 1984: Non-violent resistance. A strategy for the occupied territories, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 13, Nr. 4, S. 22 - 36.
- Baumgarten, Helga, 1991: Palästina. Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Baumgarten, Helga, 2002: Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München: Ullstein.
- Baumgarten, Helga, 2006: Hamas. Der politische Islam in Palästina, München: Heinrich Hugendubel Verlag.
- Beck, Martin, 1996: Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 18, S. 3 - 12.
- Becker, Jillian, 1984: The PLO. Rise and fall of the Palestine Liberation Organization, New York: St. Martin`s Press.
- Bligh, Alexander, 1999: The Intifada and the New Political Role of the Israeli-Arab Leadership, in: Middle Eastern Studies, Vol. 35, No. 1, S. 134 - 164.
- Brynen, Rex (Hrsg.), 1991: Echoes of the Intifada. Regional repercussions of the Palestinian-Israeli-Conflict, Oxford: Westview Press.
- Bunzel, John / Nadia El-Masri (Hrsg.), 1989: Der Aufstand. Palästinensische und israelische Stimmen zur Intifada, Wien: Passagen-Verlag.
- Chiari, Bernhard / Dieter H. Kollmer, 2007: Wegweiser zur Geschichte. Naher Osten, Paderborn: Schöningh.
- Cobban, Helena, 1984: The Palestinian Liberation Organization. People, power and politics, New York: Cambridge University Press.
- Cobban, Helena, 1990: The PLO and the Intifada, in: Middle East Journal, Vol. 44, No. 2, S. 208 - 233.
- Collier, David / Steven Levitsky, 1997: Democracy with adjectives. Conceptual innovation in comparative research, in: World politics, Vol. 49, S. 430 - 451.
- Connelly, Matthew James, 2002: A diplomatic revolution. Algeria's fight for independence and the origins of the post-cold war era, Oxford: Oxford University Press.
- Craissati, Dina, 1997: Neue Soziale Bewegung in Palästina. Zivilgesellschaft und Demokratie, in: Margarete Johannsen / Claudia Schmid (Hrsg.): Wege aus dem Labyrinth? Frie-

- denssuche in Nahost. Stationen. Akteure. Probleme des nahöstlichen Friedensprozesses, Baden-Baden: Nomos, S. 122 - 145.
- Eberlein, Klaus D., 1993: Die Arabische Liga. Politische Geschichte der Staaten der arabischen Liga ab 1959, Band 3, Frankfurt a.M.: R.G. Fischer.
- El- Maneie, Juliane, 1997: Zum Einfluss der islamistischen Bewegung auf die palästinensische Gesellschaft in den besetzten Gebieten 1986 - 1996, Würzburg: Ergon Verlag.
- Fabig, Jens, 1996: Kampf der Palästinenser für den eigenen Staat, in: Mohssen Massarrat (Hrsg.): Mittlerer und Naher Osten. Eine Einführung in die Geschichte und Gegenwart der Region, Münster: Agenda-Verlag, S. 151 - 175.
- Fanon, Frantz / Traugott König, 1966: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a.M: Suhrkamp.
- Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.), 2000: Stand und Perspektiven des Nahost-Friedensprozesses, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 29, Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Ferdowsi, Mir. A., 1992: Der verlorene Sieg. Der Nahe Osten ein Jahr nach dem Golfkrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 203 - 214.
- Frangi, Abdallah, 1982: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a. M.: Fischer.
- Garfinkel, Adam M., 1983: Sources of the Al-Fatah mutiny, in: Orbis, Bd. 27, Heft 3, S. 603 - 640.
- Goldstone, J.A., 1980: Theories of Revolution. The Third Generation, in: World Politics, Vol. 32, S. 423 - 453.
- Gowers, Andrew /Tony Walker, 1994: Arafat. Hinter dem Mythos, Hamburg: Europäischer Verlagsanstalt.
- Gresh, Alain, 1985: The PLO. The Struggle within. Towards an independent Palestinian state, London: Zed Books.
- Gresh, Alain, 2002: Israel. Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts, Zürich: Rotpunktverlag.
- Hamid, Rashid, 1975: What is the PLO?, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 4, No. 4, S. 90 - 109.
- Hanf, Theodor, 1988: Libanon-Konflikt, in: Steinbach, Udo / Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur, Band 1. Opladen: Leske und Budrich, S. 663 - 679.
- Hanf, Theodor, 1999: Dealing with difference. Religion. Ethnicity and politics. Comparing cases and concepts, Baden-Baden: Nomos.
- Harkabi, Yehoshafat, 1968: Fedayeen action and Arab strategy, London: Institut of Strategic Studies.
- Harkabi, Yehoshafat, 1974: Palästina und Israel, Stuttgart: Seewald.
- Harkabi, Yehoshafat, 1980: Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart: Seewald.
- Harkabi, Yehoshafat, 1985: The Debate at the 12th Palestinian National Council, in: Michael Curtis / Joseph Neyer u.a.: The Palestinians. People. History. Politics, New Brunswick: Transaction Books.
- Hart, Alan, 1987: Arafat. Terrorist or peacemaker, London: Sidgwick and Jackson.
- Hartung, Arnold (Hrsg.), 1979: Zeittafel zum Nahost-Konflikt 1920-1979, Band 5c, Berlin: Berlin-Verlag.
- Herz, Dietmar, 2001: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte. Politik. Kultur, München: C.H. Beck.
- Hilal, Jamil, 1993: PLO institutions. The challenge ahead, in: Journal of Palestine Studies, Vol. 23, No. 1, S. 46 - 60.
- Hippler, Jochen, 2006: Konfliktanalyse Libanon, Gruppe Friedensentwicklung, Duisburg, <http://www.jochen-hippler.de/> [Zugriff. 2.10.2008].

- Hirst, David, 1977: *The gun and the olive branch. The roots of violence in the Middle East*, New York/ London: Harcourt Brace Jovanovich.
- Hudson, Michael C., 1972: *Developments and setbacks in the Palestinian Resistance Movement 1967 - 1971*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 1, No. 3, S. 64 - 84.
- Hudson, Michael C., 1978: *The Palestinian Factor in the Lebanese civil war*, in: *Middle East Journal*, Vol. 32, No. 3, S. 261 - 278.
- Hudson, Michael, 1969: *The Palestinian Arab Resistance Movement. Its significance in the Middle East Crisis*, in: *Middle East Journal*, Vol. 23, No. 3, S. 291 - 307.
- Huntington, Samuel P., 1991: *The third wave. Democratization in the late twentieth century*, Norman: University of Oklahoma Press.
- Kaden, Wolfgang, 1970: *Nur weg hier. Jordanien. Guerillas*, in: *Der Spiegel*, Nr. 49, S. 150 - 153.
- Kapeliuk, Ammon, 2005: *Yassir Arafat. Die Biographie*, Heidelberg: Palmyra-Verlag.
- Karmon, Ely, 2000: *Fatah and the Popular Front of the Liberation of Palestine. International terrorism strategies. 1968 – 1999*, International Institut for Counter-Terrorism (ICT), <http://212.150.54.123/articles/articleDET.cfm?articleid=145> [Zugriff: 2.10.2008].
- Kerr, Malcolm, 1971: *The Arab Cold War. Gamal Abd al-Nasser and his rivals 1958 – 1970*, London: Oxford University Press.
- Khalidi, Rashid, 1985: *The Palestinian Dilemma. PLO policy after Lebanon*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 15, No. 1, S. 88 - 103.
- Khalidi, Rashid, 1986: *Under siege. The PLO decisionmaking during the 1982 war*, New York: Columbia University Press.
- Khalidi, Rashid, 1988: *The Palestine Liberation Organization*, in: William B. Quandt: *The Middle East. Ten years after Camp David*, Washington D.C.: The Brookings Institution, S. 261 - 278.
- Khalidi, Rashid, 1994: *A Palestinian view on the accord with Israel*, in: *Current History*, Band 93, Heft 580, S. 62 - 66.
- Khalidi, Walid, 1983: *Conflict and violence in Lebanon. Confrontation in the Middle East*, Harvard: Harvard University Press.
- Kimmerling, Baruch / Joel S. Migdal, 1993: *Palestinians. The making of a people*, New York: Free Press.
- Kirisci, Kemal, 1986: *The PLO and the World Politics. A study of mobilization and support of the Palestinian cause*, New York: St. Martin's Press.
- Kofou, Nicole, 2008: *Die politische und sicherheitspolitische Dimension von Friedenskonsolidierungsprozessen. Fallstudie Libanon*, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 51, Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Kurz, Anat, 1987: *Contemporary trends in world terrorism*, New York: Praeger.
- Kurz, Anat, 2001: *Fatah's struggle for institutionalization*, in: *Strategic Assessment*, Vol. 3, No. 4, S. 20 - 26.
- Kurz, Anat, 2005: *Fatah and the politics of violence. The institutionalization of a popular struggle*, Brighton: Sussex Academic Press.
- Laffin, John, 1983: *The PLO connections*, London: Corgi Books.
- Laqueur, Walter / Barry Rubin, 2001: *The Israel-Arab Reader. A documentary history of the Middle East conflict*, New York: Penguin Books.
- Lemarchand, Philipp / Lamia Radi, 1997: *Israel und Palästina morgen. Ein geopolitischer Atlas*, Braunschweig: Westermann.
- Livingstone, Neil C. / David Halevy, 1990: *Inside the PLO. Covert units. Secret funds and the war against Israel and the United States*, New York: Morrow.
- Lockman, Zachary / Joel Beinin, 1989: *Intifada. The Palestinian uprising against Israeli occupation*, Boston: South End Press.
- Lüders, Michael, 1982: *PLO. Geschichte, Strategie, aktuelle Interviews*, Hannover: Fakelträger.

- Lukacs, Yehuda, 1992: *The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Matthies, Volker, 1995: *Der Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden. Ein vernachlässigtes Forschungsfeld*, in: ders. (Hrsg.): *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*, Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS), Band 8, Bremen: Edition Temmen, S. 8 - 38.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.), 1994: *Systemwechsel 1. Theorien. Ansätze und Konzeptionen*, Opladen: Leske und Budrich.
- Meulen, Lionel van der, 1989: *Fremde im eigenen Land. Die Geschichte der Palästinenser und der PLO*, München: Knesebeck und Schuler.
- Mishal, Shaul, 1986: *The PLO under Arafat. Between gun and olive branch*, London: Yale University Press.
- Mohns, Erik, 2005: *Die Hizbollah. Chancen und Hindernisse bei der Transformation einer Guerilla in eine politische Bewegung in der libanesischen Nachkriegsgesellschaft*, in: *Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung*, Nr. 38, Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Muslih, Muhammad, 1992: *The shift in Palestinian thinking*, in: *Current History*, Vol. 91, No. 1, S. 22 - 28.
- Nakhleh, Emile, 1988: *The West Bank and Gaza. Twenty years later*, in: *Middle East Journal*, Vol. 42, No. 2, S. 209 - 226.
- Nassar, Jamal Raji / Roger Heacock, 1990: *Intifada. Palestine at the crossroads*, New York: Praeger.
- Nassar, Jamal Raji, 1991: *The Palestine Liberation Organization. From armed struggle to the declaration of independence*, New York: Praeger Verlag.
- Nasser, Mohammed Said, 1985: *PLO. Theorie und Praxis. Versuch einer kritischen Analyse*, Frankfurt a. M.: Verlag für akademische Schriften.
- Nasser, Mohammed Said, 1991: *Die gegenwärtige Krise der PLO. Ihre innerorganisatorisch-strukturellen Bedingungen und Grundlagen Nationalbewegung seit 1948*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Neuhaus, Dietrich / Christian Sterzing (Hrsg.), 1991: *Die PLO und der Staat Palästina. Analysen und Dokumente zur Entwicklung der PLO*, Frankfurt a. M.: Haag und Herchen.
- Parsons, Nigel, 2005: *The politics of the Palestinian Authority. From Oslo to al-Aqsa*, New York: Taylor and Francis Group.
- PASSIA (The Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs) *Diary*, 2008, Jerusalem.
- Peretz, Don, 1990: *Intifada. The Palestinian uprising*, Colorado: Westview Press.
- Perthes, Volker, 2002: *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*, Berlin: Siedler.
- Quandt, William B., 1986: *Camp David. Peacemaking and politics*, Washington D.C.: The Brookings Institution.
- Quandt, William B., 1988: *The Middle East. Ten years after Camp David*, Washington D.C.: The Brookings Institution.
- Reeve, Simon, 2006: *Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972*, München: Heyne.
- Riad, Mahmoud, 1981: *The struggle for peace in the Middle East*, London: Quartet Books.
- Robinson, Glenn E., 1997: *Building a Palestinian state. The incomplete revolution*, Bloomington: Indiana University Press.
- Rothstein, Robert L. / Moshe Ma'oz / Khalil Shikaki, 2002: *The Israeli-Palestinian peace process. Oslo and the lessons of failure. Perspectives, predicaments and prospects*, Brighton: Sussex Academic Press.
- Rubin, Barry M., 1994: *Revolution until victory? The politics and history of the PLO*, Cambridge: Harvard University Press.
- Rubin, Barry M., 1999: *The transformation of Palestinian politics. From Revolution to state building*, Cambridge: Harvard University Press.

- Rudenberg, Cheryl, 1983: *The Palestine Liberation Organization. Its institutional infrastructure*, Belmont: Institute of Arab Studies.
- Ruf, Werner, 1991: *Vom Kalten Krieg zur Heißen Ordnung. Der Golfkrieg. Hintergründe und Perspektiven*, Münster: Lit Verlag.
- Sahliyah, Emile, 1986: *PLO after the Lebanon War*, Colorado: Bolder.
- Said, Edward W., 1994: *The politics of dispossession. The struggle for Palestinian self-determination. 1969 - 1994*, New York: Pantheon Books.
- Said, Edward W., 2000: *The End of the Peace Process. Oslo and after*, London: Granta Publications.
- Sartori, Giovanni, 2005: *Parties and party systems. A framework for analysis*, Colchester: ECPR Press.
- Sayigh, Yezid, 1984: *Fatah. The first twenty years*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 13, No. 4, S. 114 - 117.
- Sayigh, Yezid, 1987: *The politics of Palestinian exile*, in: *Third World Quarterly*, Vol. 9, No. 1, S. 28 - 66.
- Sayigh, Yezid, 1989: *Struggle within. Struggle without. The transformation of the PLO politics since 1982*, in: *International Affairs*, Vol. 65, No. 2, S. 247 - 271.
- Sayigh, Yezid, 1997a: *Armed struggle and the search for state. The Palestinian National Movement 1949 - 1993*, Oxford: Clarendon Press.
- Sayigh, Yezid, 1997b: *The armed struggle and Palestinian nationalism*, in: Sela, Avraham / Moshe Ma'oz (Hrsg.): *The PLO and Israel. From armed conflict to political solution 1964 - 1994*, New York: St. Martin's Press, S. 23 - 36.
- Schiff, Zeev / Ehud Yaari, 1990: *Intifada. The Palestinian uprising. Israel's third front*, New York: Simon and Schuster.
- Schiff, Zeev / Raphael Rothstein, 1972: *Fedayeen. The story of the Palestinian guerillas*, Vallentine, London: Mitchell.
- Schiller, David Th., 1982: *Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie. Die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918 bis 1981*, München: Bernhard und Graefe.
- Schmid, Claudia, 1997: *Frieden auf Raten. Verhandlungsfrieden im Nahen Osten*, in: Margarete Johannsen / Claudia Schmid (Hrsg.): *Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost. Stationen. Akteure. Probleme des nahöstlichen Friedensprozesses*, Baden-Baden: Nomos, S. 12 - 42.
- Schreiber, Friedrich, 1983: *Die Palästinenser. Schicksal eines semitischen Volkes*, München: Molden.
- Sela, Avraham / Moshe Ma'oz, 1997: *The PLO and Israel. From armed conflict to political solution 1964 - 1994*, New York: St. Martin's Press.
- Shadid, Mohammed / Rick Seltzer, 1988: *Political attitudes of Palestinians in the West Bank and Gaza Strip*, in: *Middle East Journal*, Vol. 42, No. 1, S. 16 - 32.
- Sharabi, Hisham, 1970: *Palestine Guerrillas. Their credibility and effectiveness*, Washington D.C.: Georgetown University Press.
- Shehadeh, Raja, 1988: *Occupier's law and the uprising*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 17, No. 3, S. 24 - 37.
- Shehadeh, Raja, 1997: *From occupation to interim accords. Israel and the Palestinian Territories*, London: Kluwe Law International.
- Shihata, Ibrahim, 1974: *The territorial question and the October War*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 4, No.1, S. 43 - 54.
- Shikaki, Khalil, 1996: *The Peace Process. National reconstruction and the transition of democracy in Palestine*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 25, No. 2, S. 5 - 20.
- Shinar, Dov, 1987: *Palestinian voices. Communivation and national building in the West Bank*, Boulder: Rienner.
- Shuquair, Muhammad, 1983: *The Fateh split*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 13, No. 1, S. 169 - 180.
- Smith, Charles D., 1996: *Palestine and the Arab-Israeli conflict*, New York: St. Martin's Press.

- Starke, Wafa, 2000: Zur Strategie der PLO 1964 bis 1994. Zwischen bewaffnetem Kampf und Diplomatie. Zwischen Gesamtstaat und Teilstaat, Erlangen Nürnberg: Inaugural-Dissertation in der Philosophischen Fakultät 1 der Friedrich-Alexander-Universität.
- Steinbach, Udo: Das Gaza-Jericho-Abkommen. Wegmarke im Friedensprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 21-22/1994, S. 3 - 14.
- Taraki, Lisa, 1989: The Islamic Resistance Movement in the Palestinian uprising, in: Middle East Report, No. 156, S. 30 - 32.
- Tibi, Bassam, 1991: Nach dem Golfkrieg, in: Politische Meinung, Bd. 36, Heft 257, S. 4 - 11.
- Tuschhoff, Christian, 1983: Die PLO im regionalen Dreieckskonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49, S. 37 - 48.
- Wallach, Janet / John Wallach, 1990: Arafat in the eyes of the beholder, New York: Carol Publ. Group.
- Windfuhr, Volkhard, 1985: Arabische Scharons begehen Metzeleien. Spiegel-Interview mit PLO-Chef Jassir Arafat über die Lage der Palästinenser, in: Der Spiegel, Ausgabe 29, 15. Juli 1985, S. 86 - 87.
- Yaari, Ehud, 1968: Al Fath's political thinking, in: New Outlook, November / December, S. 19 - 34.
- Yaari, Ehud, 1970: Strike terror. The story of Fatah, New York: Sabra Books.
- Yodfat, Aryeh Y. / Yuval Arnon-Ohanna, 1981: PLO strategy and politics, London: C. Helm.

### Primärliteratur

- A Framework for Peace in the Middle East Agreed at Camp David, 17 September 1978, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 155 - 160.
- Arab League Summit Conference, 1973: Secret Resolutions, 14 December 1973, Algier, published by: Yehuda Lukacs, 1992, The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 463.
- Arab League Summit Conference, 1974: Communique, 29 October 1974, Rabat, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 464.
- Arab League Summit Conference, 1979: Resolutions, 31 March 1979, Baghdad, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 473 - 477.
- Arafat Yasir, 1988: Speech to the UN General Assembly, 13 December 1988, Geneva, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 420 - 434.
- Arafat, Yasir, 1974: Speech to the UN General Assembly, 13 November 1974, New York, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 317 -333.
- Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, 1988, abgedruckt in: Helga Baumgarten, 2006: Hamas. Der politische Islam in Palästina, München: Heinrich Hugendubel Verlag., S. 207 - 226.
- Das Palästinensische Nationale Manifest von 1964, abgedruckt in: Yehoshafat Harkabi, 1980: Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart: Seewald, S. 131 - 145.
- Die Palästinensische Nationalcharta, 1968, [http://www.palaestina.org/dokumente/plo/palaestinensische\\_nationalcharta.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/palaestinensische_nationalcharta.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].
- Die Verfassung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), 1968, angedruckt in: Yehoshafat Harkabi, 1980: Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart: Seewald, S. 146 - 154.

- Documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 30.  
[http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution\\_181.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution_181.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].
- Israel Ministry of Foreign Affairs, 2004: Topographie und Klima Israels,  
<http://www.mfa.gov.il/MFADE/Facts%20About%20Israel/LAND%20UND%20LEUTE-%20Topographie%20und%20Klima> [Zugriff: 2.10.2008].
- King Hussein of Jordan, 1988: Adress on Jordan's Disengagement from the West Bank, 31 July 1988, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A Documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 520 - 525.
- Letter from Yasser Arafat to Prime Minister Rabin, 9 September 1993, Washington D.C.,  
<http://www.jmcc.org/research/series/dop.html> [Zugriff: 2.10.2008].
- Palästinensischer Nationalrat, 1974: 10-Punkte-Programm, 12. Sitzungsperiode, Juni 1974,  
[http://www.palaestina.org/dokumente/plo/10\\_punkte\\_programm\\_1974.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/10_punkte_programm_1974.pdf), [Zugriff: 2.10.2008].
- Palästinensischer Nationalrat, 1984: Beschlüsse der 17. Sitzung, November 1984, Amman,  
[http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse\\_des\\_17\\_pnr\\_1984.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse_des_17_pnr_1984.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].
- Palästinensischer Nationalrat, 1988: Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina, 15. November 1988, Algier, <http://www.palaestina.org/dokumente/plo/>
- Palästinensischer Nationalrat, 1991: Beschlüsse der 20. Sitzung, September 1991, Algier,  
[http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse\\_des\\_20\\_pnr\\_1991.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/plo/beschluesse_des_20_pnr_1991.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].
- The Fatah Constitution, 1964, published by the Israel/Palestine Center for Research and Informations, [www.ipcri.org/files/fatah1964.html](http://www.ipcri.org/files/fatah1964.html) [Zugriff: 2.10.2008].
- The Rogers Plan, 1969, published by Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 55 - 60.
- UN Generalversammlung, 1974: Resolution 3236, 22. November 1974, New York,  
[http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution\\_3236.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution_3236.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].
- UN Generalversammlung, 1974: Resolution 3237, 22. November 1974, New York,  
[http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution\\_3237.pdf](http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution_3237.pdf) [Zugriff: 2.10.2008].
- UN Security Council, 1967: Resolution 242, 22 November 1967, New York, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1.
- UN Security Council, 1973: Resolution 338, 23 October 1973, New York, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 13.
- UN Security Council, 1987, Resolution 605, 22. December 1987, New York, published by: Yehuda Lukacs, 1992: The Israeli-Palestinian Conflict. A documentary record, Cambridge: Cambridge University Press, S. 18.
- UN Security Council, 1990: Resolution 678, 29 November 1990, New York,  
[http://www.undemocracy.com/S-RES-678\(1990\)/page\\_1](http://www.undemocracy.com/S-RES-678(1990)/page_1) [Zugriff: 2.10.2008].